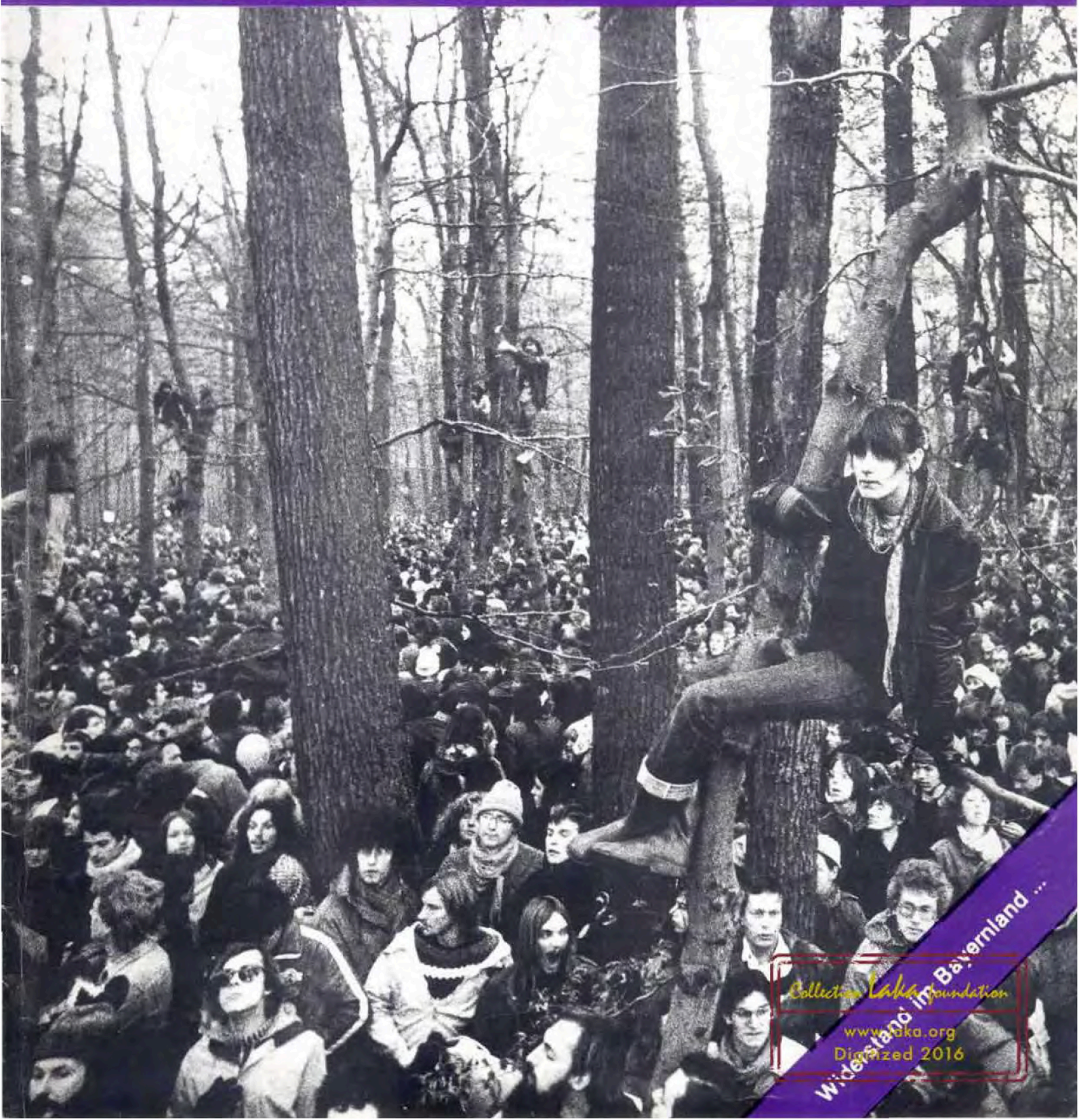
März/April 85 4.-DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom



Widerstand im Bayernland ...

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016

linke zeitung

ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt . . . und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

[ ] Ich bitte um Zustellung eines Probeexemplars der lz.

[ ] Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

☐ 3 Monate (6 Ausgaben) DM 12,00
☐ 6 Monate (12 Ausgaben) DM 24,00
☐ 12 Monate (24 Ausgaben) DM 48,00

.....
Vorname/Zuname

.....
Straße/Hausnummer

.....
Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

Lieferung ab .....

.....
Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Demokratische Sozialisten
Hohe Straße 28
6050 Offenbach

linke zeitung

BRANDNEU

-Chronologie der Revolutionären Zellen. Geschichte, Dokumente, Kritiken 15 DM

-Chronologie der Stammheim Prozesse von Bakker-Schut, ca. 600 S. 30 DM (in Vorber.)

-Entwicklung & Rüstung. Ein kpl. Reader aller relev. Institute und Spezialisten 10.50 DM

-IRLAND AKTUELL (für Reisende) 10 DM

-Undercover Agenten in der BRD, Memorandum 5 DM

-Die Invasion in den Libanon, Einzige authentische Chronologie. Alleinvertrieb. 20 DM

-Der neue Mustermann-Personalausweis, Wie man ihn überwindet. 8 DM

Liste anfordern. Vorauszahlung auf Postscheckkto. WISK 4062 93 - 609 Frankfurt

WISK 637 Oberursel 5 - Postfach 35

Graswurzel revolution

Die „graswurzelrevolution" ist eine libertär-sozialistische Zeitschrift mit Beiträgen über Gewaltfreiheit, Anarchismus, Antimilitarismus, Ökologie, direkte gewaltfreie Aktionen im In- und Ausland und zivilen Ungehorsam; 36 S., 10 Ausgaben im Jahr.
Probeheft: DM 3,50 (in Briefmarken).

Alternative Ökonomie

Aus dem Inhalt:
- ökonomische Analysen: Krise der Arbeit, ökologische Grenzen des Wachstums, Kritik der bürgerlichen und marxistischen Krisenbewältigung
- Utopien: Selbstverwaltungsmodelle, Anarchosyndikalismus, Beispiele aus der Geschichte und anderen Ländern
- Aktuelle Ansätze zum politischen Handeln.

Dieses Doppelheft der Zeitschrift „graswurzelrevolution" erscheint im Dezember zum Preis von DM 6.- & DM 0,80 Porto (in Briefmarken).
Wer schon jetzt bestellt, wird prompt beliefert. Auf jede Vorbestellung ab fünf Exemplaren gibt es 30 % Rabatt (gegen Rechnung).

Bezug: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Ausgabe 1/1985

Widerspenstiges Nikaragua

Nikaragua nach der Wahl ● Gespräch mit Sergio Ramirez ● Interview mit Fidel Castro

Außerdem: Äthiopien – Hunger und Revolution ● Indien nach Indira ● PLO-Nationalrat ● Demokratie in Uruguay ● Streik in Südafrika ● Chile ● Libanon ● Korea in der „neuen Pazifikära" ● Seerecht

Ausgabe 2/1985

Psychologische Kriegsführung

Neue Internationale Informationsordnung gegen Medien-Imperialismus ● UNESCO unter Beschuß ● Psychologischer Krieg gegen Nikaragua ● Die rote Flut

Außerdem: Verhandlungsangebot Angolas ● Rajiv Gandhis Erdrutschsieg ● Grenada-Wahlen unter der Besatzung ● Argentinien – ein Jahr Demokratie ● Das Abkommen von Lomé III ● Neukaledonien – Kanaken fordern Unabhängigkeit

Einzelheft 2,50 DM, Sonderheft 2,- DM, Jahresabonnement 25 DM. 33 % Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft. Kündigung nur zum Jahresende.

Coupon/Bitte einschicken an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Ich bestelle:
☐ ____ Ex. AIB 1/85
☐ ____ Ex. AIB 2/85
☐ ein kostenloses Probeheft
☐ ein Abonnement ab Nr. ____
Name: _____
Adresse: _____
_____
Datum/Unterschr.: _____
Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.
Unterschrift: _____

Impressum

Der **Atom Express / Atommüllzeitung** wird herausgegeben vom **'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.'** und vom **'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.**

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstraße 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/45290

Bestellungen :

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Alte Dorfstraße 9, 3119 Eddelstorf.
Konto:
'Gorleben aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206
Diese Konten sind gleichzeitig Spendenkonten!

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V.I.S.d.P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg

Diese Nummer kostet 5,- DM, für BIs und andere Wiederverkäufer 3.50 DM.

Ein **Abonnement** kostet **25 Mark** für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren **3,- DM.**

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Leser Innen

Die Ereignisse im Wendland zum TAG X haben uns in der ganzen Zeitungskonzeption für diese Nummer durcheinandergebracht. Eigentlich hatten wir ja vor, die gemeinsamen Ausgaben auf ein Kontingent von 52 Seiten zu begrenzen und den Preis bei 4,- DM einzufrieren. Daraus ist diesmal nichts geworden. Weil uns die ganzen Inhalte zu wichtig waren, um etwas rauszuschmeißen, haben wir uns entschlossen diesmal eine ganz dicke Nummer zu machen. Deshalb auch der hohe Preis.
Beim nächsten Mal wird es hoffentlich anders werden.
So, nun viel Spaß bei dieser Ausgabe. Für die Archivare unter Euch - dies ist der **Atom Express 43** und die **Atommüllzeitung 30**

INHALT

Wendland

Aktionstage - Trotz alledem 4
Prozeßübersicht 6
Göttinger Anklage 7
Atommüll zurückgeliefert 8
Castor - Alarm 9

Schwerpunkt 1: **Wiederaufbereitung**

Die Entscheidung über den WAA- Standort ist gefallen. Die Zweifel der Energiewirtschaft am Bau der WAA waren in den letzten Monaten deutlich geworden - trotzdem wird jetzt mit der Ernennung von Wackersdorf ein zügiger Baubeginn signalisiert. Wir analysieren die hinter diesem Umschwung stehenden Gründe und die Interessen der Bundesregierung.

Wiederaufarbeitung
Info- Büro besetzt 10
Plutoniumwirtschaft verordnet 12
Warum eine deutsche WAA 14
Die Bombe ist gezündet - der Widerstand auch 17
Interview mit der BI Schwandorf 19

Schwerpunkt 2: **Direkte Endlagerung**

Die direkte Endlagerung ist laut Kernforschungszentrum Karlsruhe billiger als die Wiederaufarbeitung und hat hinsichtlich der Gefährlichkeit zumindest keine Nachteile. Die WAA-Grundsatzentscheidung weist der Direkten Endlagerung den Platz der Ergänzung anstatt der Alternative zu.
Versuch einer Einschätzung

Direkte Endlagerung
Keine Alternative zur Wiederaufarbeitung 21

Kalkar - Abschied vom Brüten 25
Hanau 30

Schwerpunkt 3: **Energiewirtschaft**

Die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) spielen eine dominierende Rolle im Verbundsystem der Energiegiganten. Der 'umgeknickte" 380 KV - Mast mußte in eben demselben Zusammenhang Verbundwirtschaft dran glauben. In Form einer Klage gegen die HEW versucht sich eine Hamburger Physikerin gegen die Auswirkungen der Energiepolitik - hohe Preise für private Abnehmerinnen - zu wehren.

Energiewirtschaft
Wer oder was verhindert eine sinnvolle Energiepolitik 32
RWE- Anklage 36
Brokdorf/HEW 38
Fernwärme 43
Energiebroschüre 45

Krümmel 50
Atomenergie und Arbeitswelt 53
AKW- Bewegung und Grüne 54

Inventur Munitionstransporte 57
Zimmermann- Orgel 58
Radioaktivität und Waldsterben 60
Weltwirtschaftsgipfel 62
NPT- Überprüfungskonferenz 63

Trotz alledem

Nun ist doch noch geschehen, was zeitweise schon nicht mehr möglich erschien: die Aktionstage gegen Atommülltransporte und Kriminalisierung finden statt. Und schon wieder gibt's Probleme, wissen die AKW-Gegnerinnen doch nicht, wies sie das reichhaltige Angebot, das der Widerstand zu bieten hat, am optimalsten wahrnehmen sollen. Wackersdorf-Demo, RWE-Anklage, Aktionstage und der anstehende erste Castor-Transport sorgen für eine intensive "Freizeit"-Gestaltung.

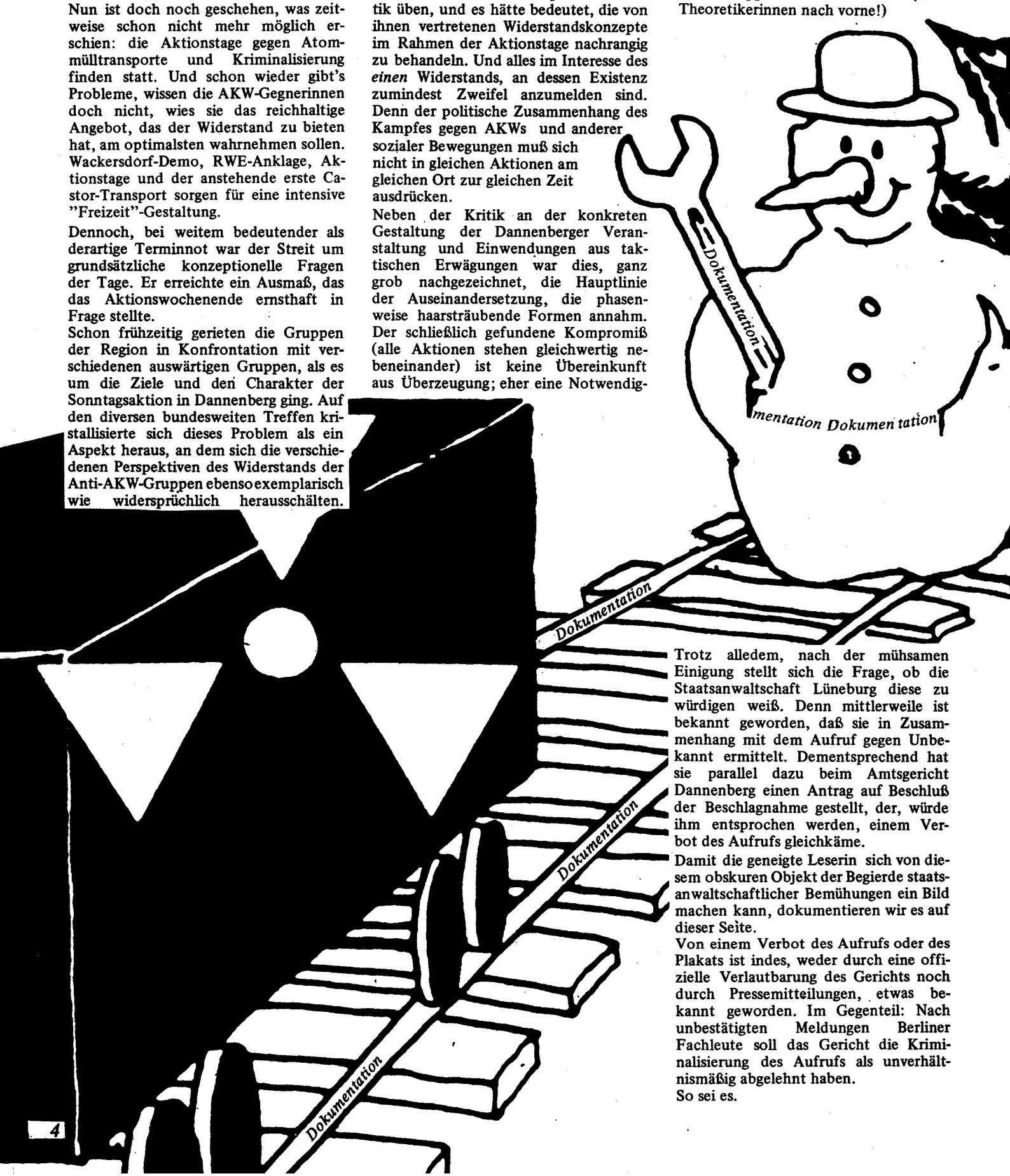
Dennoch, bei weitem bedeutender als derartige Terminnot war der Streit um grundsätzliche konzeptionelle Fragen der Tage. Er erreichte ein Ausmaß, das das Aktionswochenende ernsthaft in Frage stellte.

Schon frühzeitig gerieten die Gruppen der Region in Konfrontation mit verschiedenen auswärtigen Gruppen, als es um die Ziele und den Charakter der Sonntagsaktion in Dannenberg ging. Auf den diversen bundesweiten Treffen kristallisierte sich dieses Problem als ein Aspekt heraus, an dem sich die verschiedenen Perspektiven des Widerstands der Anti-AKW-Gruppen ebenso exemplarisch wie widersprüchlich herausschälten.

Der Anspruch der Wendländer auf eine "Abschluß" -aktion mit integrativem Charakter beinhaltete, daß eben diese Veranstaltung einen übergeordneten Stellenwert innerhalb des Konzepts erhalten hätte. Das aber hätte geheißen, einzelne Gruppen zu Aktionsformen zu bewegen, an denen sie wesentliche politische Kritik üben, und es hätte bedeutet, die von ihnen vertretenen Widerstandskonzepte im Rahmen der Aktionstage nachrangig zu behandeln. Und alles im Interesse des *einen* Widerstands, an dessen Existenz zumindest Zweifel anzumelden sind. Denn der politische Zusammenhang des Kampfes gegen AKWs und anderer sozialer Bewegungen muß sich nicht in gleichen Aktionen am gleichen Ort zur gleichen Zeit ausdrücken.

Neben der Kritik an der konkreten Gestaltung der Dannenberger Veranstaltung und Einwendungen aus taktischen Erwägungen war dies, ganz grob nachgezeichnet, die Hauptlinie der Auseinandersetzung, die phasenweise haarsträubende Formen annahm. Der schließlich gefundene Kompromiß (alle Aktionen stehen gleichwertig nebeneinander) ist keine Übereinkunft aus Überzeugung; eher eine Notwendigkeit, um die Aktionstage nicht den Bach hinuntergehen zu lassen.

Gut und richtig ist insofern auch die Idee, demnächst (nach den Aktionstagen!) eine grundsätzliche Diskussion über gemeinsame und gegensätzliche Strategien des Widerstands unter den AKW-Gruppen anzukurbeln. (Chef-Theoretikerinnen nach vorne!)

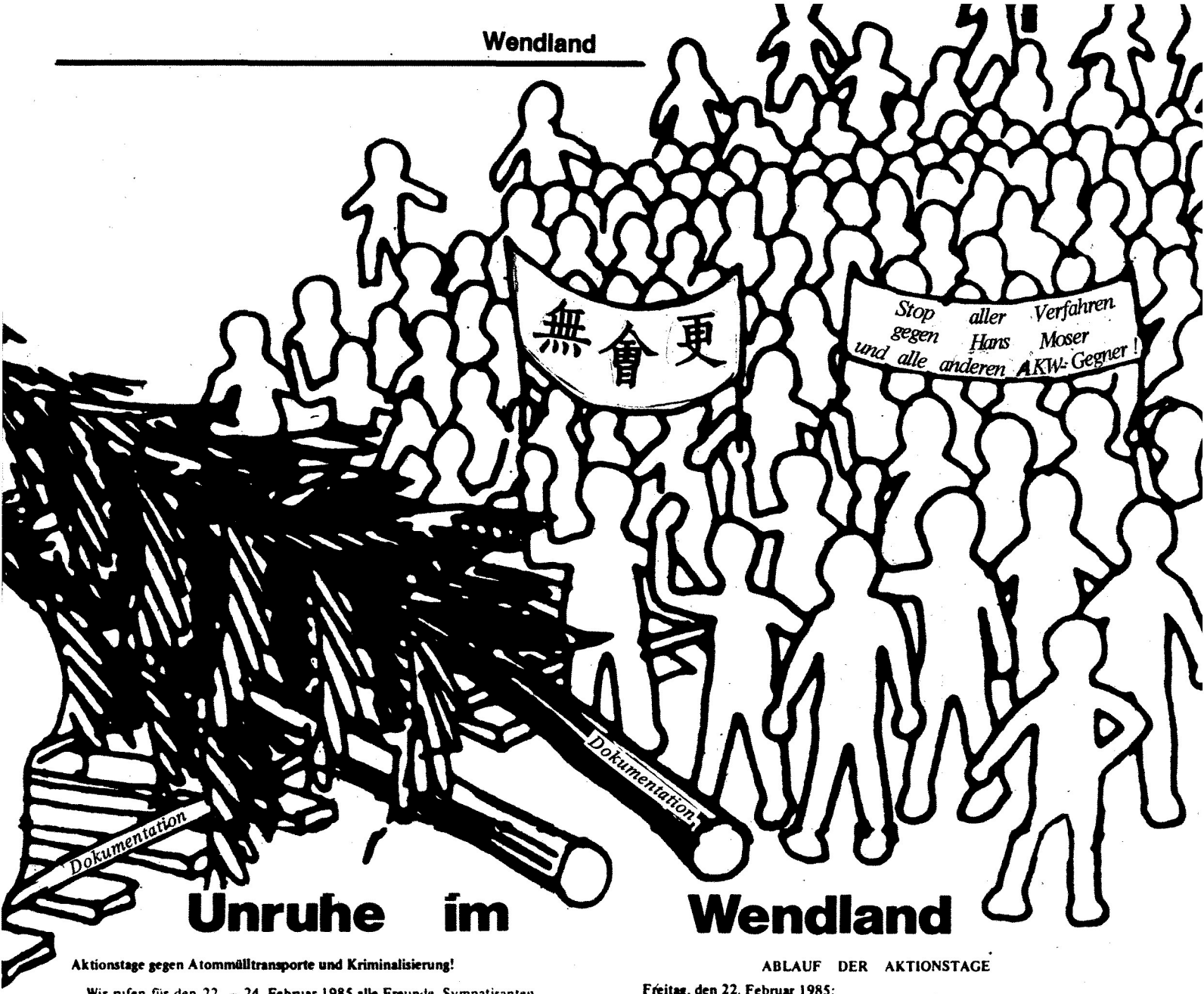


Trotz alledem, nach der mühsamen Einigung stellt sich die Frage, ob die Staatsanwaltschaft Lüneburg diese zu würdigen weiß. Denn mittlerweile ist bekannt geworden, daß sie in Zusammenhang mit dem Aufruf gegen Unbekannt ermittelt. Dementsprechend hat sie parallel dazu beim Amtsgericht Dannenberg einen Antrag auf Beschluß der Beschlagnahme gestellt, der, würde ihm entsprochen werden, einem Verbot des Aufrufs gleichkäme.

Damit die geneigte Leserin sich von diesem obskuren Objekt der Begierde staatsanwaltschaftlicher Bemühungen ein Bild machen kann, dokumentieren wir es auf dieser Seite.

Von einem Verbot des Aufrufs oder des Plakats ist indes, weder durch eine offizielle Verlautbarung des Gerichts noch durch Pressemitteilungen, etwas bekannt geworden. Im Gegenteil: Nach unbestätigten Meldungen Berliner Fachleute soll das Gericht die Kriminalisierung des Aufrufs als unverhältnismäßig abgelehnt haben.

So sei es.



Unruhe im Wendland

Aktionstage gegen Atommülltransporte und Kriminalisierung!

Wir rufen für den 22. – 24. Februar 1985 alle Freunde, Sympatisanten und Unterstützer zu gemeinsamen Aktionstagen im Wendland auf!
Mit den ersten Atommülltransporten nach Gorleben im Oktober 1984 begann für den Widerstand eine neue Phase der Auseinandersetzung.
Wir haben nicht resigniert, trotz der erfolgten Einlagerung der Atommüllfässer am Tag X.

ES GEHT WEITER!

Unser Ziel ist es, die Transporte von Atommüll langfristig unmöglich zu machen, indem wir den politischen Preis möglichst hoch treiben.
Die weiteren Transporte nach Gorleben werden Ziel unseres direkten Widerstandes sein und unabhängig von Transporten soll das Wendland zu einer Region werden, die für Politiker und Betreiber zum unkalkulierbaren Risiko wird.
Gerade darum ist es nötig, der eigenen Ermüdung und Resignation nicht nachzugeben und sich, gegen alle Versuche der Gegenseite uns zu kriminalisieren und zu spalten, zu widersetzen:

- der Welle der Hausdurchsuchungen,
- den Verfahren wegen angeblicher öffentlicher Aufforderung zu strafbaren Handlungen (§ 111),
- den Verfahren wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129),
- den skandalösen Vorfällen und der Kette der Pannen im Zwischenlager in Gorleben (ein Atommüllfass mit erhöhter Strahlung, defekter Fußboden),
- dem, trotz Grundwasserkontakt als Endlager ausgewählten Salzstock Gorleben,
- den anstehenden Castortransporten mit hochradioaktiven Atommüll,
- der Standortentscheidung für eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA),
- der menschenverachtenden Energie der Betreiber und Politiker bei der Durchsetzung atomarer Anlagen,

setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen!

Erfahrungen aus Aktionen, wie Kundgebungen, Demonstrationen und Menschenkette, sowie Wendlandblockade, Sabotagetätigkeiten und Tag X haben gezeigt, daß jede Aktionsform für sich alleine zu schwach ist.
Die Vielfalt aller Aktionsformen werden uns stärker machen.

ES GIBT NUR EINEN WIDERSTAND!

An zahlreichen Stellen entlang der Castor-Transportstrecke soll es zu Aktionen kommen, die von einheimischen und auswärtigen Widerstandsgruppen gemeinsam vorbereitet und durchgeführt werden. Sie sollen vor allem dazu dienen, uns auf die Behinderung der demnächst anrollenden Castor-Behälter vorzubereiten und die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken.

ABLAUF DER AKTIONSTAGE

Freitag, den 22. Februar 1985:
Veranstaltungen gegen 19.00 Uhr in verschiedenen Gaststätten des Landkreises Lüchow-Dannenberg.

Samstag, den 23. Februar 1985:
An diesem ersten Aktionstag laufen die unterschiedlichsten Aktionen, entsprechend dem gesamten Spektrum der Bewegung.
Aktionsraum sind die Hauptstrecken für die Castor-Behälter. Aktionsorte sind auch die Niederlassungen der Betreiber, das Zwischen- und Endlager, die Gebäude der Lakaien vor Ort, Kreishaus, Rathaus etc...
Unter anderem werden vorbereitet:

- **Aktionen entlang der Bahnstrecke Uelzen - Dannenberg.** Bahnspaziergänge mit Musik, Glühweinstände als Info-Zentrum, Bau eines Freundschaftshauses, Infos zur Funktion und zum Aufbau der Schienenstrecke und vielfältige Blockaden. (Kontakt: BUU-Büro, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/400423)
- **Straßenblockade auf der Strecke Dannenberg-Gorleben.** Diese Aktion soll auf die Castor-Transportstraße aufmerksam machen, indem die Strecke massenhaft blockiert wird. Dabei werden wir die Konfrontation mit der Staatsmacht nicht bis zum letzten suchen, sondern mit einem Konzept flexibler Blockadepunkte von Dannenberg in Richtung Gorleben nachhaltig für Unruhe sorgen und Strukturen für Aktionen gegen die nächsten Castor-Transporte aufbauen. (Kontakt: Lüneburger Vorbereitungsgruppe, c/o Grünes Büro, Am Springintgut 21, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/48243, zwischen 18. und 30. Januar: Tel.: 04131/31431 (zwischen 18.00 und 20.00 Uhr)

Sonntag, den 24. Februar 1985:

- **10.00 Uhr: sight-seeing-tour in Reisebussen** mit ortskundigen Reiseleitern zu einigen Verantwortlichen der Atomindustrie und deren "Verbündeten" (beteiligte Firmen im Wendland). Anmeldung mit Scheck oder Schein für den Kartenkauf: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 3131 Lüchow (15.00 DM pro Person; möglichst Sammelbestellung).
- **13.30 Uhr: Aktion in Dannenberg zwischen West- und Ostbahnhof.** Diese symbolische Aktion soll den massenhaften Widerstand an der Bahnstrecke ausdrucken, indem der Bahnkörper vom Westbahnhof aus mit Planen zugedeckt wird. Den Abschluß bildet eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Dannenberg.

Wir betonen ausdrücklich, daß diese Aktionstage die direkten Behinderungen von künftigen Atommmülltransporten nicht ersetzen.
Die bundesweite Alarmkette wird ausgelöst, wenn wir unsere Erfolgsaussichten für die Behinderung hoch einschatzen.

Freie Republik Wendland

Kritik zu den Aktionstagen

Nach mehreren, teilweise vergeudeten Vorbereitungstreffen in Trebel und Gülden ist nun der Beschluß gefaßt worden, die Aktionstage um vier Wochen auf den 23./24. Februar zu verschieben. Just zu dem Wochenende, an dem auch das RWE-Tribunal anberaumt wurde.
Dieser Termin ist spätestens seit der BuKo in Braunschweig im November letzten Jahres bekannt. Bis Gülden, dort wurde besagte Terminverschiebung am 5. Januar beschlossen, scheint diese Information allerdings nicht durchgedrungen zu sein, denn anders ist diese

Terminierung der Aktionstage nicht zu verstehen.
Wir aus Braunschweig finden diese Terminüberschneidung gelinde gesagt reichlich unglücklich. (Auch wir sind tief geknickt. Red. Atommüllzeitung) Noch dazu, wenn in Gülden auf dem Vorbereitungstreffen auf die Überschneidung hingewiesen wird und frau zur Antwort bekommt, daß nun kein anderer Termin gesucht wird, weil die Zeit zu weit fortgeschritten sei.
An einem solchen Punkt spiegelt sich aber auch die Bedeutung, die die BuKo für Teile der Bewegung offensichtlich hat. Auf der BuKo ist kein wirkliches Widerstandskonzept entwickelt worden, sondern die dort verabschiedeten Aktionen/Resolutionen stehen recht zufällig und zusammenhanglos nebeneinander. Durch die Fülle der Resolutionen und Aktionen ist eine gründliche Diskussion, gerade auch über den Zusammenhang und die Bedeutung einzelner Aktionen nicht geführt worden. Und es zeigt sich durch Terminüberschneidung dieser beiden wichtigen Dinge, daß die Aktionen noch nicht einmal in den Köpfen verankert sind und jetzt sogar gegeneinander stehen. Was hätte frau auf der BuKo noch alles beschließen können? Solche Fehler rächen sich schnell!!
Und schließlich ist das RWE-Tribunal kein Pappenstiel, über den frau einfach so hinweggehen kann, immer die eigenen Probleme für die wichtigsten haltend. Das Tribunal soll den RWE auf die schmutzigen Finger schauen, es ist die erste Aktion der Anti-AKW-Bewegung, die direkt ein EVU angreift, besonders auch im Hinblick auf die eine Woche später stattfindende Aktionärsversammlung der RWE.
Wir im Braunschweiger Arbeitskreis stehen nun vor der undankbaren Aufgabe, uns für eine der beiden Aktionen entscheiden zu müssen, entscheiden uns dennoch nicht, weil uns beide Aktionen wichtig sind. Die einzige Entscheidung, die wir treffen, ist die, nicht beleidigt zu sein (auch gut. Wieder Redaktion Atommüllzeitung).
Ein Rückzug oder neuerliche Spaltung der Bewegung wäre verhängnisvoll für die Verhinderung der Atommülltransporte, die Spaltung in "Aktivistinnen und Theoretikerinnen" der Bewegung haben wir bereits. Trotzdem rufen auch wir, wenn auch zähneknirschend, zur Teilnahme an den Aktionstagen auf, wohlwissend, daß ein breiter Widerstand so nicht entstehen wird. Auf Dauer werden wir uns nicht dem Diktat und der Unwissenheit einiger Bornierter beugen.

Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomscheiße

(gekürzt Red. Atommüllzeitung)

Prozeß-übersicht

Im Folgenden soll kurz ein Überblick über die in der letzten Zeit gelaufenen Prozesse im Zusammenhang mit der Wendlandblockade bzw. dem Tag X gegeben werden. Des weiteren wird der geneigte Leser gebeten, sich die angegebenen Prozeßtermin zu merken und massenhaft zu erscheinen.

In Wennigsen (bei Hannover) wurden mehrere „Täter" vom Vorwurf, das Tag X Plakat verbreitet zu haben, mangels Beweisen freigesprochen. Zur Freude besteht jedoch kein Anlaß, da der dem Strafverfahren vorausgegangene Beschlagnahmebeschluß gegen die Plakate aufrecht erhalten wurde. Der urteilende Richter hat insofern der rechtlichen Würdigung, daß es sich dabei um die öffentliche Aufforderung zu Straftaten handeln soll, für richtig befunden, mit anderen Worten: Hätte er den Angeklagten das Plakatieren nachweisen können, wären sie nach § 111 StGB verurteilt worden. Der zweite § 111-er Prozeß findet am 28.02. in Lüneburg statt. Matthias Küntzel, Redakteur der Atommüllzeitung, wird beschuldigt am Tag X mit Kreideparolen zu Widerstandsaktionen aufgerufen zu haben.

In Lüneburg ist vor kurzem ein Strafverfahren wegen Kennzeichenmißbrauch (angeblich vorsätzlich verschmutzte KFZ–Kennzeichen) über die Gerichtsbühne gegangen. In einer rasanten Beweiswürdigung hat sich der Richter über die übereinstimmenden Aussagen der Angeklagten und von drei Zeuginnen hinweggesetzt. Das Urteil ist unhaltbar. Es ist deshalb Berufung eingelegt worden. Ein weiteres Verfahren wegen Kennzeichenmißbrauch ist gegen Klaus terminiert auf Mittwoch, d. 20. Februar im Amtsgericht Lüneburg, Zi. 232, 11.00 Uhr. Das Strafverfahren gegen Thomas wegen Nötigung im Zusammenhang mit der Wendlandblockade findet im Amtsgericht Lüneburg am 27. Februar um 9.00 Uhr im Zimmer 8 statt.

Mittlerweile kochen die Ermittlungsbehörden auf kleinerer Flamme: sie haben den Vorwurf der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit einem Bahnanschlag fallengelassen und ermitteln jetzt „nur" wegen des Bahnanschlags selbst. Es im übrigen zu erwarten, daß die Konstruktion der kriminellen Vereinigung auch in anderen Verfahren nicht aufrechterhalten werden kann, da es der Staatsanwaltschaft schwer fallen dürfte eine „Vereinigung" nachzuweisen. Der Aufruf zu den Aktionstagen (Unruhe im Wendland) ist bisher offiziell noch nicht verboten worden. Die Informationen hierüber gehen auseinander: Es ist unklar, ob eine Verbotsentscheidung bereits getroffen wurde und diese nur noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt ist, oder ob der zuständige Richter beim Amtsgericht Dannenberg ein solches Verbot abgelehnt hat.

Die Sonderkommission, die im Wendland vor sich hin ermittelt, hat vom Oberlandesgericht Celle einen über den Hut bekommen: Während einer im Sommer 1984 erfolgten Hausdurchsuchung wurde der dort lebenden Wohngemeinschaft ein Durchsuchungsbeschluß präsentiert, der sich gegen einen Mitbewohner richtete, der dort gar nicht mehr wohnte. Dieser Durchsuchungsbeschluß wurde trotzdem zum Anlaß der Durchsuchung genommen. Das OLG Celle hat nun entschieden, daß die Hausdurchsuchung

Göttinger Staatsanwaltschaft verschickt Anklageschriften wegen Tag-X Plakat

Die meisten Stadtzeitungsleser werden das schwarz-gelbe Plakat mit dem großen X in der Mitte kennen, das Mitte des letzten Jahres in der BRD weite Verbreitung fand. Es ging um den ersten Atommülltransport ins Zwischenlager Gorleben, den Tag X, auf den sich die Anti-AKW-Bewegung seit Monaten vorbereitete. Der Staat versuchte seinerseits frühzeitig, die Mobilisierung zu den Tag-X-Aktionen unter Strafe zu stellen und damit lahmzulegen: Gerichtsbeschlüsse gegen das Tag-X-Plakat und den gemeinsamen Aufruf der 'Republik freies Wendland' und des Trebeler Treffens wurden erwirkt, Plakatierer und Aufrufverteiler verfolgt, Verteiler für die Plakate ausfindig gemacht, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen durchgeführt: bei der BI Lüchow-Dannenberg, hier in Göttingen beim AK gegen Atomenergie und einer Druckerei, bei den Grünen in Hannover. Auch der Atom-Express und die Atommüllzeitung wurden mit Verfahren behängt, alles in Verbindung mit dem Tag X. Die erste größere juristische Auseinandersetzung steht jetzt in Göttingen an: Anfang Januar wurden die Anklageschriften gegen die presserechtlich Verantwortlichen des Atom-Express und gegen ein Mitglied eines Göttinger Druckkollektivs verschickt. "...werden angeklagt, durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat, nämlich einer Nötigung aufgefordert zu haben, bzw. der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten Hilfe geleistet zu haben (§111, §240, 27, 74d STGB)".

Was ursprünglich keiner für möglich gehalten hatte, nämlich daß die Justiz wirklich wegen dieses Plakates zu Verurteilungen schreiten will, scheint jetzt einzutreten. Mit einem Verhandlungstermin innerhalb der nächsten Wochen muß gerechnet werden, Staatsanwalt Danilowski, am 1. 1. dieses Jahres zuständig für Politisches, will seinen Brotgebern keine Schande machen.

Wenn's soweit ist, werden Flugblätter usw. die Termine bekanntmachen. Achtet darauf, unterstützt die Angeklagten, kommt zum Prozeß und verhindert weiter die Atommülltransporte!

Letzte Meldung:
Ein §111-Verfahren gegen die Mitarbeiterin der Atommüllzeitung Anne-Kathrein Schröder wurde eingestellt. Gegen A.K. Schröder wurde wegen Verbreitung des Tag X - Aufrufs ermittelt.

rechtswidrig war, weil zum einen keine Gemeindemitglieder hinzugezogen worden sind und zum anderen das Fotografieren der Wohnräume nicht zulässig war. Die Sache hat jedoch einen Haken: Das OLG hat es abgelehnt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Beamten überhaupt mit diesem Durchsuchungsbeschluß in die Wohnräume eindringen durften. Ein entsprechender Feststellungsantrag ist momentan beim Amtsgericht Dannenberg anhängig. Jedoch ist zu erwarten, daß dieser Antrag als unzulässig zurückgewiesen wird. Dies hat zur Folge, daß es gerichtlichen Schutz gegenüber Hausdurchsuchungen oder -beschlagnahmen nicht gibt, wenn die Aktion bereits durchgeführt und beendet worden ist und die Beamten lediglich die Formvorschriften der Strafprozeßordnung beachtet haben.

Prozeßtermine:

1. 27.2. **Thomas aus Lüneburg wegen Nötigung, Amtsgericht Lüneburg, Zi. 8, 9.00 Uhr**
2. 28.2. **Matthias aus Lüneburg, § 111, AG Lüneburg**

Wolfram Gosslich

Atommüll zurück nach Stade

Im Dezember letzten Jahres wurde durch eine Indiskretion bekannt, daß ein Atommüllfaß, mit schwachradioaktivem Müll, aus dem AKW Stade am 7./8. Oktober mit einer 7.5fach zu hohen Strahlung über dem zulässigem Grenzwert in's Zwischenlager transportiert worden ist. Auflagengemäß muß jedes Faß vor der Einlagerung kontrolliert werden, was in diesem Fall erst mit einer dreiwöchigen Verspätung geschah. Unklar ist, wie es zu der Zeitspanne zwischen der Ankunft des Transportes und der Strahlenmessung kam, sowie, wer die Messung veranlaßte. **Die Behörden lassen die Öffentlichkeit im Unklaren.**

Statt der vorgegebenen Höchstgrenze von 200 Millirem pro Stunde sind bei diesem Faß 1500 gemessen worden.

Noch Anfang Sept. hatte das Nieders. Min. f. Bundesangelegenheiten behauptet, die tatsächliche Dosis liege erheblich unterhalb der Grenzwerte.

Vermutungen gehen dahin, daß nach der Verpackung ein höher radioaktives Teil von der Faßmitte an den Rand gerutscht ist. Laut Genehmigung dürfen aber nur gepreßte Teile fest verpackt werden. **Pfusch beim Verpacken des Mülls.**

Wie ist es möglich, daß das Faß das AKW Stade mit einer derart überhöhten Strahlung verlassen konnte, obwohl der Grenzwert in der Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager 200 Millirem vorschreibt.

Selbst eine ordnungsgemäße Kontrolle am Ausgangspunkt des Transportes scheint nicht gewährleistet zu sein. Der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes, Schwerter-Strumpf, begründete den Vorfall in Stade mit ungenauen Meßinstrumenten am AKW.

Somit können jederzeit Fässer mit einer Überdosis radioaktiver Strahlung transportiert werden.

Das Atommüllfaß mußte für den Rücktransport in einen zusätzlichen Behälter gepackt werden, der in Stade mit Beton ausgegossen werden mußte. **Laut Betriebsgenehmigung sind derartige Eingriffe in Gorleben unzulässig.**

Schleichende Schäden am Zwischenlager

Ein Entsorgungsnotstand im AKW Stade veranlaßte die Behörden, massive Fußbodenschäden in der Faßhalle des Zwischenlagers in Gorleben ungeachtet zu lassen und die Atommülltransporte auf Antrag der Betreiber mit sofortiger Vollziehbarkeit zu genehmigen.
Bei Ausbesserungsarbeiten des Betonbodens in der Halle wurde der sogenannte Duralit-Estrich verwendet. Diese Art Estrich enthält Magnesiumchlorid, das bei Feuchtigkeit auf Metall stark korrodierend wirkt. Um einen direkten Bodenkontakt der Fässer zu vermeiden, war eine Flüssigharzversiegelung geplant. Durch auftretende Komplikationen wurde der Betonboden nachträglich mit Acryl versiegelt. Um ein Durchrosten der Fässer zu verhindern, beantragte die DWK das Auslegen von Lattenrosten aus Baustahl. Möglicher Korrosion an den Lattenrosten soll durch Wegwischen von auftretendem Schwitzwasser und häufiger Kontrolle entgegengetreten werden. Die zusätzliche Strahlenbelastung für das Personal wird als hinnehmbar bezeichnet. Dem Antrag der DWK stimmten das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg und der TÜV–Hannover im August '84 zu.

Drei Tage nach den genehmigten Atommülltransporten vom 7./8. Oktober hob sich der Betón allerdings an den Stellen, an denen ungefähr im meterabstand bei Aufbringen des Estrichs Eisenplättchen im Boden verlegt wurden. Diese rosten im Beton, und bilden dadurch Hohlräume. Die Mängel am Fußboden sind "schleichende Schäden" und nicht plötzlich auftretende. **Hier wurde gepfuscht :**

1. **Bei der Bauausführung am Zwischenlager**
2. **Hat das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg gepfuscht.**
   Es hat Grünes Licht für die Betreiber gegeben, obwohl es von den Schäden hätte wissen müssen.
   Die Betreiber und Behörden spielten ein hinterhältiges Spiel, um eine Abschaltung des AKW Stade zu verhindern, daß sich mit Atommüll zu überfüllen drohte.
3. **Hintergehung der Vorschriften**
   Voraussetzung für die Einlagerung von Fässern mit radioaktivem Müll ist eine glatte Oberfläche des Betonbodens, um bei Störfällen die Faßhalle dekontaminieren zu können.

Um die Schäden zu beheben, mußten die Fässer umgestapelt werden, für das Personal eine weitere Strahlenbelastung. Minister Hasselmann : die Personendosisleistung liegt bei wenigen Millirem.
Inzwischen liegt eine neuerliche Einlagerungsgenehmigung für das Zwischenlager vor.

Photo : P. Brigant

Castor - Alarm

Lüneburg, den 5.2.85, 9.15 Uhr

Das Telefon klingelt neben mir. Alarm. Der erste Castor befindet sich auf dem Weg ins Zwischenlager Gorleben. Der Ost–Bahnhof in Dannenberg ist bereits mit einem massiven B.–Aufgebot umstellt. Mit einem Konvoi von sage und schreibe 3 Autos machen wir uns auf dem Weg zum Ost–Bahnhof. Das System der Alarmkette funktionierte zwar, aber die Bereitschaft der Leute, etwas gegen den Castor–Transport zu unternehmen, war mehr als mangelhaft (gibt es jetzt schon Zensuren? d.S.). Anscheinend rechnete keine so schnell mit einem Castor–Transport. Je weiter wir in den Landkreis fuhren, desto mehr Polizeiposten mit Kötern waren an den Wegkreuzungen, Waldwegen und Bahnübergängen zu beobachten. Als wir am Verladekran in Dannenberg, der sich ca. einen Kilometer hinter dem Ost–Bahnhof befindet, ankamen, waren dort schon ungefähr 200 Menschen hauptsächlich aus Dannenberg und Umgebung versammelt. Wir erfuhren, daß es sich nur um einen Probe–Castor handelt, weil der TÜV das so haben wollte.

Der Castor kam aus dem AKW Stade mit der Bahn über Uelzen. Er war in einem Container verpackt, wie auf dem Foto zu sehen ist. Beim Verladen gab es einige Probleme, denn es klemmten Schauben, das Dach des Containers ließ sich nicht öffnen und es gab Komplikationen beim Herausheben des Castors. Der ganze Vorgang dauerte mehrer Stunden. Wäre das Ding mit heißer Fracht beladen, wäre das Begleitpersonal einer mehrstündigen Strahlenbelastung ausgesetzt gewesen und es wäre wohl kaum möglich auf dem Castor herum zu klettern.

Fazit:

- verstärkte Mobilisierung für den ersten Castor–Transport mit hochradioaktiven Müll ist notwendig, denn um dem massiven B.–Aufgebot entgegenwirken zu können, dürfen nicht vereinzelte Aktionen geplant werden, sondern ein massenhaftes Auftreten an einem Punkt.
- Überprüfen der Info–Systeme

Der Castor kann schon morgen auf dem Weg ins Zwischenlager sein ! ! ! *F. T.*

EAM-»Besetzung« in Göttingen

EAM - «Besetzung» in Göttingen

Anläßlich der WAA-Standortentscheidung wurde auch in Göttingen gegen den WAAnsinn demonstriert.
Etwa 10 Leute 'stürmten' das sich widerstandslos ergebende Informationszentrum des Göttinger Stromversorgungsunternehmens EAM, um dort ein wenig Unruhe zu verbreiten. Sie wollten ihren Protest gegen sämtliche Atomanlagen in einer Erklärung vor geladener Presse kundtun. Es wurde darauf hingewiesen, daß «auch die EAM in die Atomindustrie verwickelt ist. Denn die Preußen-Elektra ist zu 46% Teilhaberin der EAM und liefert zu mehr als 50% Atomstrom nach Göttingen» (aus der Presseerklärung).
Parallel zu der 'Besetzung' zog eine flugblattverteilende Demo durch die Stadt zum EAM-Gebäude, um die 'Eindringlinge' in ihren Forderungen zu unterstützen. Eiligst verschlossene und von Ordnungshütern bewachte Türen vereitelten allerdings das Eindringen weiterer 'interessierter' Bürgerinnen in das eigentlich jederfrau zugängliche Informationszentrum. Trotz der Bedenken der EAM-Bediensteten blieben die Scheiben heil - lediglich Flugblätter 'verschmutzten' 'umweltzerstörend' (eine bei der EAM beschäftigte 'Umweltschützerin') die Teppiche. Nach 90 Minuten war der für die meisten Beteiligten erfolgreiche und zufriedenstellende Spuk vorbei.

Collection Lafka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

WAA - Grundsatzentscheidung - WAA Standortbenennung

Plutoniumwirtschaft angeordnet

DWK- Pressekonferenz zur Standortbenennung

DWK- Pressesprecher Peter Schmidt, Standortrepräsentant Klaus Sagemühl, DWK- Vorsitzender Scheuten, Dr. C. Salander und Dr. J. Hennecke (v. links)

Am 23.1. 85 hat die Bundesregierung endgültig die Wiederaufarbeitung als Entsorgungsnachweis verordnet, am 4.2. die DWK ohne nähere Begründung Wackersdorf als WAA-Standort benannt. Beide Entscheidungen gehören zusammen.

Es war durchgesickert, daß innerhalb der DWK, d.h. aus Sicht der in ihr versammelten Stromkonzerne, das Interesse an der WAA seit 1983/84 einen Tiefpunkt erreicht hatte, von den DWK-Anteilseignern haben sich zuletzt allein die mit der bayerischen Staatsregierung verflochtenen Bayernwerke massiv für die WAA eingesetzt.

Nachdem die DWK die Standortententscheidung monatelang verzögert hatte, war offenbar auch bis Mitte Januar 1985 unklar, ob sie am 4.2. tatsächlich einen WAA-Standort benennen würde. Anders jedenfalls läßt sich die Begleitmusik zur Bonner Grundsatzentscheidung kaum interpretieren:

Die CDU veröffentlichte am 23.1. eine Presseerklärung mit dem Tenor: *„Nun kann sich die DWK nicht mehr herausreden"* , ebenso die CSU:*„ Es liegt nun an den Betreibern der Kernkraftwerke zu entscheiden, daß eine WAA gebaut wird. Es gibt dazu jetzt keine Ausreden mehr."* Innenminister Zimmermann erklärte zum Kabinettsbeschluß, daß sich nun die Elektrizitätsunternehmen (EVU) *„entscheiden werden"* und fügte hinzu: *„Ich erwarte nunmehr von der DWK, daß unverzüglich nach der im Frühjahr 1985 zu erwartenden ersten Teilerrichtungsgenehmigung mit der Errichtung einer deutschen WAA begonnen wird."*

Auch die Unionsfraktionen im Bundestag forderten von der DWK, *„nun auch sobald wie möglich...mit massiven Baumaßnahmen zu beginnen."* (Erklärung vom 4.2.85)

Der Hund wird zur Jagd getragen - den Energiekonzernen mit kräftigen Tritten zu ihrem Glück verholfen!

Auch die unglaubliche Hektik, mit der die Bonner Grundsatzentscheidung über die Bühne ging, deutet darauf hin, daß noch rechtzeitig vor dem 4.2. Druck auf die DWK ausgeübt werden sollte.

Grundlage hierfür war die im Kernforschungszentrum Karlsruhe seit 1981 erstellte „Systemstudie Andere Entsorgung", in der zu prüfen war, ob die Entsorgung ohne WAA, also die Direkte Endlagerung der abgebrannten Brennelemente, entscheidende Vorteile bietet.

Veröffentlicht wird diese Studie erstmals im März '85 - selbst die Kurzfassung dieser Studie blieb bis n a c h der Grundsatzentscheidung von Januar 1985 ausdrücklich unter Verschluß. Bewußt übergangen wurden die ursprünglich beteiligten Länderregierungen und auch der Bundestag, der Ende März 85 eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Studie veranstaltet und es verwundert nicht, daß auch innerhalb der CDU Kritik geübt wurde an dem „Eilzugtempo" der Bundesregierung beim großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft.

Es spricht viel dafür, daß auch die DWK Entscheidung für Wackersdorf politisch motiviert war. Noch am Vortag der Bonner Kabinetts-Entscheidung war davon die Rede, *„die westdeutsche Energiewirtschaft hielte es offenbar für richtig, wenn sich ... (die DWK) zugunsten von Dragahn (Niedersachsen) und gegen Wackersdorf (Bayern) entscheiden würde... Daß die Äußerungen aus den Kreisen der westdeutschen Energiewirtschaft kommen, ist insofern bemerkenswert, als der DWK–Aufsichtsratsvorsitzende Rinke, dessen Stimme den Ausschlag geben dürfte, Vorstandsmitglied der RWE AG (Essen) ist, bei dem es sich um den gewichtigsten der zwölf DWK-Träger handelt."* (FAZ, 22.1.1985)

Nach RWE-Meinung ergeben sich – so die FAZ – *„für Dragahn objektiv mehrere gravierende sicherheitstechnische Vorteile"*, die im Einzelnen in der FAZ auch ausgeführt wurden.

Was gab den Ausschlag für Wackersdorf?

Daß Dragahn aus Sicht der Stromkonzerne allein wegen des Wegfalls unzähliger Atomtransporte zum vorgesehenen Endlager Gorleben günstiger abschneidet, war vor dem 4.2. allgemein bekannt. Ebenso der Umstand, daß Bayern im Gegenzug die für die Durchsetzung besseren politischen Rahmenbedingungen anbieten konnte. Was mit stabilen politischen Rahmenbedingungen gemeint ist, deutete Strauß unmittelbar nach der Standortentscheidung an, als er sich vehement für eine schärfere Beschränkung der Demonstrationsfreiheit einsetzte und die Hoffnung aussprach, *„daß alle Organe des Bundes und des Landes ihre Pflicht erfüllen"*, sobald es in Wackersdorf zu Störungen kommen sollte. (FAZ, 6.2.85)

Daß ein Ministerpräsident, der Pinochet und Botha zu seinen Freunden zählt, für die Durchsetzung der Plutonuimfabrik auch noch weitergehen wird, als vor einigen Jahren mit den „Nürnberger Massenverhaftungen" vorexerziert, ist sehr zu befürchten. Insofern steht Wackersdorf für einen stringenten Kurs bei der Durchsetzung der WAA, während Dragahn für die weniger interessierten Energieversorgungsunternehmen eher die Option auf weitere Verzögerungsstrategien (z.B. Abwarten der Landtagswahl 1986 usw.) offengelassen hätte.

Die politischen Rahmenbedingungen können aber gerade deshalb die Pro-Wackersdorf -Entscheidung nicht hinreichend erklären, weil die DWK zu erkennen gegeben hatte, daß ihr Interesse an einer raschen WAA-Errichtung begrenzt ist.

Interessanter ist der Hinweis des Schwandorfer Landrats Schuierer (SPD), wonach die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke (RWE) *„sich vom Bayernwerk geködert, das Versprechen abnehmen ließen, für die Oberpfalz zu stimmen."* (Die Woche, 31.1.85) Tatsächlich berichtete der Spiegel schon Mitte 1984 von dem Wunsch der RWE, 10% seiner (kostspieligen) DWK-Anteile an die Bayernwerk AG abzustoßen. Kurz nach Standortbekanntgabe erklärte das Bayernwerk, seine DWK-Anteile von 10 % auf 14,5 % zugunsten des RWE aufstocken zu wollen. Die RWE-Anteile an der DWK werden sich hierdurch von 31 % auf 25 % verringern.

Daß hiermit die Bayernwerke, die als einziges EVU massiv auf die Wackersdorf-WAA drängten gegenüber dem ausschlaggebenden RWE eine besondere Trumpfkarte ausreizen konnten ist klar. Zudem befinden sich schon im Aufsichtsrat der Bayernwerke AG drei Mitglieder der bayrischen Staatsregierung: Finanzminister Streibl, Wirtschaftsminister Jaumann und last not least Franz-Josef Strauß! Daß auch die Bundesregierung, speziell CSU-Zimmermann, den Standort Wackersdorf ansteuerte, wird nicht nur deutlich an den im Vorfeld der Standortentscheidung vorgetragenen Proteste der hannoverschen Landesregierung und der norddeutschen Wirtschaftsverbände gegen die bayernfreundliche Haltung Bonns. Dies wird auch daran deutlich, daß Bayerns Umweltminister Dick in einem Schreiben vom 21.12.1984 an die Bundesregierung *„zusicherte"*, daß *„die bayrische Staatsregierung grundsätzlich bereit sei, eine solche Anlage mitzufinanzieren."* (FAZ, 7.2.1985)

Dieser Hinweis ist insofern bemerkenswert, als demnach auch die Bundesregierung keineswegs neutral die Standortentscheidung abgewartet, sondern vielmehr hinter den Kulissen kräftig mitgemischt hat. Daß zwei Herren aus Bonn besonders engagiert bei der Sache waren, ist anzunehmen: gemeint ist der Staatssekretär von Würzen vom Bundeswirtschaftsministerium und der Staatssekretär Dr. Obert vom Finanzministerium ... beides Mitglieder im Aufsichtsrat der Bayernwerke AG. Damit schließt sich der Kreis.

Wackersdorf – das bedeutet, daß sich diejenigen durchgesetzt haben, die gemäß der Grundsatzentscheidung der Bundesregierung die WAA um jeden Preis und möglichst rasch wollen.

...Damit hat Dragahn als Standort eine Unionsoption und eine SPD-Option. Kommt es zu einer Bundesregierung unter Führung der SPD, so wird die Wiederaufarbeitungsanlage nicht gebaut werden. Sollte sie ihren Sitz in Dragahn haben, so brauchte man hier nur die Rolle zu wechseln: an die Stelle der Anlage würde eine Konditionierungsanlage treten, die die erforderliche Nähe zum Salzstock haben würde. Dragahn ist damit die Doppelbühne, die Wackersdorf nicht sein kann.

.... Vom RWE, das die Schlüsselrolle bei der Standortentscheidung treffen könnte, weiß man, daß seine geschäftlichen Bindungen an den Süden umfangreicher sind als in Richtung Norden. Man glaubt aber auch zu wissen, daß das RWE der Wiederaufarbeitung mit Skepsis gegenübersteht. Deshalb muß RWE eigentlich massiv an einem Standort gelegen sein, der in sich eine Alternative zur Wiederaufarbeitung nicht ausschließt, wenn diese politisch nötig werden sollte. .....

Aus: Rundblick vom 29.1.85

Warum eine deutsche WAA

Ohne das hier in der gebotenen Gründlichkeit aufrollen zu können, läßt sich doch sagen, daß die offiziösen Begründungen für die WAA wenig glaubhaft sind. Mal heißt es, die WAA sei als einzige Technik erprobt und genehmigungsfähig und somit als Entsorgungsnachweis unerläßlich.Dieses "Argument" ist mit Hinweis auf die insgesamt nicht erprobte , geschweige denn genehmigungsfähige Endlagertechnik schnell zu erledigen, zumal bereits 1979 die WAA nicht mehr als Entsorgungsnachweis gegolten hat.

Dann wird behauptet, daß nur die Plutoniumabtrennung und Zurückführung in die AKWs das Plutonium "verbrenne", während es bei der Direkten Endlagerung jederzeit hervorgeholt und in Waffen eingesetzt werden könne. Weil diese Kritik an der Direkten Endlagerung partiell stimmt, muß Atomenergie generell abgelehnt werden. Unterschlagen wird bei diesem "Argument" jedoch, daß man auch bei Direkter Endlagerung das Plutonium nur mittels Wiederaufarbeitung herausholen könnte und somit allein der generelle WAA-Verzicht die Plutoniumnutzung für Waffenzwecke ausschließt.

Hinzu kommt, daß bei der "Plutoniumverbrennung" in AKWs zwangsläufig gleichviel Plutonium und zusätzliche gefährliche Langzeitstrahler zurückbleiben.

Jede Glaubwürdigkeit verloren hat insbesondere das energiepolitische Argument, wonach mangels Uran die Wiederverwendung von Uran und Plutonium für die Energieversorgung nötig sei. Um dies Argument anzuführen wurden Szenarien mit AKW- Aufbauprogrammen und Stromsteigerungsraten konstruiert, die – wie im Fall der Karlsruher Studie – an der Wirklichkeit total vorbeigehen.

Plausibler ist dagegen das Argument, ohne WAA gäbe es in der BRD einen "technologischen Fadenriß", ohne WAA würde die technologische Kompetenz der BRD im internationalen Maßstab in Frage gestellt (s. der BDI) ohne eigene WAA gäbe es kein Mitspracherecht und keine Mitsprachemöglichkeit (so MdB Laermann, FDP) in der internationalen Szene.

Hier stellt sich allerdings die Frage, warum ausgerechnet in Sachen Plutoniumwirtschaft der technologische Fortschritt und das Mitspracherecht weit über 10 Mrd. DM wert sein sollen.

Bei der Beantwortung dieser Frage führt kein Weg daran vorbei, daß die nukleare Wiederaufarbeitung eine militärische Schlüsseltechnologie ist, die in den meisten Ländern der Welt vorrangig in dieser Funktion und nur untergeordnet a u c h für energiepolitische Zwecke eingesetzt wird.

Immerhin darf nicht vergessen werden, daß es bis 1966 das offizielle Ziel der Bundesregierung war, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen. Auch der langjährige Widerstand der Unionsparteien gegen den Atomwaffensperrvertrag verdeutlichte das Interesse an Atomwaffen. Als 1974 immer noch 90 CSU/CDU Abgeordnete gegen den Atomwaffensperrvertrag stimmten, waren darunter auch die heutigen Minister Dollinger, Mertes, Warncke, Kiechle, Wörner und Zimmermann.

Wenn sich überhaupt ein BRD-Politiker Zeit seines Lebens für die deutsche Mit-Verfügung über Atomwaffen stark gemacht hat, dann Strauß und seine CSU – sei es als Atomminister, sei es als Verteidigungsminister, sei es anläßlich der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages, als die bayerische Staatsregierung im Bundesrat ihren Einspruch gegen den Vertrag mit den Worten begründete, *"er mache die Atombewaffnung einer möglichen Europäischen Streitmacht völkerrechtlich angreifbar und verbiete eine Atombewaffnung der Bundeswehr." (Welt v. 6.5.74)*

Insofern hat das heftige Drängen Bonn's und die Backgroundpolitik Bayerns (s. hierzu auch 'Aasgeier') eher bestätigt, als widerlegt, was der damalige Leiter des Stockholmer Friedensinstitutes SIPRI Frank Barnaby schon anläßlich des Gorlebenhearings 1979 erklärt hatte :*"Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage im Eigentum der Bundesrepubluk Deutschland würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß zumindest e i n Zweck der Anlage sei, der Bundesrepublik die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein."*

Das, was bisher an Einzelheiten über die WAA-Grundsatzentscheidung und -Standortbenennung bekannt geworden ist, hat darüberhinaus deutlich gemacht :

Foto H. Schreg

1. Es ist gewiß nicht allein das innerhalb der Kernforschungszentren wirkende Trägheitsgesetz und die Angst der Atomgemeinde, arbeitslos zu werden, was dem scheinbar irrationalen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zugrunde liegt. Der maßgebliche Einfluß kommt von der politischen Führung dieses Landes, die nicht hilflos den vorgelegten Wissenschaftserkenntnissen nachtrabt (wie noch im Fall des Kalkar-Brüters), sondern die sich auch durch tendenziell gegenläufige Forschungsergebnisse nicht von ihrem politischen Grundziel – Aufbau der Plutoniumwirtschaft – abbringen läßt.
2. Dieser stringente politische Wille läßt sich von Unwirtschaftlichkeitsberechnungen ebensowenig beeindrucken, wie von Sicherheitsbedenken. Für die nationale Plutoniumfabrik scheint kein Preis zu hoch. Die Bedenken der EVUs werden mit Subventionen und Staatsverordnungen (Verpflichtung zur WAA) zerstreut und sei auch eine noch so große Mehrheit der DWK-Gesellschafter gegen die WAA.

Notwendiger denn je ist also der bundesweite Aufbau einer großen und entschlossenen Widerstandsfront gegen die WAA, die insbesondere auch die Friedensbewegung mit einbeziehen muß.

Wiederaufarbeitungsanlage ohne Aufträge?

Düsseldorf (ap)

Die geplante neue Anlage zur Wiederaufarbeitung von verbrauchtem Nuklearbrennstoff aus Kernkraftwerken wird im Vergleich zu den Anlagen in Frankreich und Großbritannien nicht wettbewerbsfähig sein. Darauf hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), Günther Scheuten, aufmerksam gemacht. Im „Jahrbuch der Atomwirtschaft 1984" begründete Scheuten diese Feststellung mit der unzureichenden Größe der Anlage, die 1992 entweder im niedersächsischen Dragahn oder im bayerischen Wackersdorf den Betrieb aufnehmen soll.

Scheuten deutete die Möglichkeit an, daß wegen der deutlich entspannten Entsorgungssituation der Kernkraftwerke die deutsche Anlage bei Betriebsbeginn ohne Aufträge dastehen könnte. Er verwies auf die bereits fest mit ausländischen Anlagen vereinbarten Mengen an wiederaufzuarbeitendem Brennstoff und erklärte, für den geplanten Start der Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik stünden dann „gerade noch die notwendigen Brennstoffmengen zur Verfügung, um die Anlage anfahren zu können". HAZ 16.2.84

Aasgeier

Wie schön, daß Albrecht ein schlechter Verlierer ist. Gleich nach der Standortvergabe ging es los, : Albrecht beschuldigte Strauß, Strauß beschuldigte Albrecht, Lockvogelangebote in Milliardenhöhe an die DWK herangetragen zu haben. Im Eifer des Gefechts werden Briefe an die Öffentlichkeit gezerrt, die beweisen : Wenn erstmal die öffentliche Hand zu schmieren beginnt, nehmen sich die Bestechungsgelder aus dem sog. Flickskandal wie Almosen aus.

Doch der Reihe nach :

Am 28.9.84 treffen sich Strauß und Albrecht in München und versichern einander hoch und heilig, einen Subventionenwettlauf um die WAA verhindern zu wollen. Zuvor waren bayerische Pläne über " äußerst großzügige " Subventionen an die DWK durchgesickert.

Mitte Oktober 84 wirft Strauß dem niedersächsischen Ministerpräsidenten in einem Brief vor, sein Handeln" *stehe in einem 'schreienden Gegensatz zu ihren eigenen Vorschlägen und Forderungen'. Er, Strauß, sei überrascht gewesen, daß das niedersächsische Kabinett nur wenige Tage nach dem Gespräch einen Subventionskatalog für das Milliardenprojekt der Wiederaufarbeitung erörtert habe, der von der gesetzlichen zehnprozentigen Investitionszulage über Investitionszuschüsse in Höhe von 480 Mio. Mark, über die volle Übernahme aller Infrastrukturmaßnahmen bis hin zu einer Zwei-Milliardenbürgschaft reicht." (FAZ, 3.11.84)*

Am 4.2.1985, unmittelbar nach Standortvergabe, behauptet Albrecht, *"daß das Land Bayern, entgegen der ausdrücklichen Absprache mit dem Ministerpräsidenten Strauß der DWK eine Landesbürgschaft zur Zinsverbilligung angeboten habe. Eine gemeinsame Erklärung, daß kein Land mehr als eine 10%ige Investitionszulage für das Projekt zahlen werde, habe Strauß nicht unterzeichnen wollen." (HAZ, 5.2.85)*

Am 5.2.85 erklärte Strauß, Albrecht habe sich nicht an die Absprachen gehalten, sondern *"sogar eine 100 %ige Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen zugesichert, wenn die Atomfabrik in Niedersachsen errichtet würde. Darauf habe er der DWK mitgeteilt, Bayern werde mit jedem Angebot gleichziehen ... Strauß bestätigte, daß die Staatsbürgschaft angeboten worden sei." (HAZ, 6.2.85)*

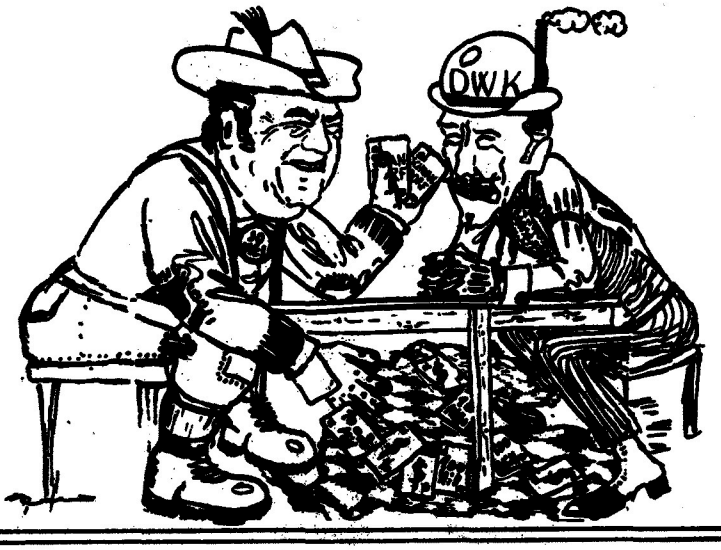
Am 6.2.85 veröffentlichte Albrecht einen Brief, an Strauß vom 1.2.85, in welchem er sich darüber beschwerte, daß Bayern *"der DWK Subventionen für eine Krypton-Pilotanlage, eine Staatsbürgschaft sowie die Mitfinanzierung der Tritium-Verpressung angeboten habe."* (FR, 7.2.85)

Gleichzeitig gab er zu, neben der Investitionszulage und der Übernahme aller Infrastrukturkosten gegenüber der DWK auch seinerseits die Zusage der Mit-Finanzierung der Krypton-Pilotanlage gegeben zu zu haben. *"Damit habe er auf eine Feststellung des Münchener Umweltministers Dick vom 21. Dezember gegenüber dem Bundesforschungsministerium reagiert,, wonach die bayerische Staatsregierung grundsätzlich bereit sei, eine solche Anlage mitzufinanzieren. Diese briefliche Zusicherung Dick's war nach den Worten Albrecht' s nicht mit Niedersachsen abgesprochen gewesen."* (FAZ, 7.2.85)

Am selben Tag erklärte sich Bonn, das mit dieser letzten Äußerung Albrechts mit in den Strudel zu geraten drohte, " über den Streit zwischen Albrecht und Strauß besorgt. "(FAZ, 7.2.85)

Am 7.2.85 enthüllte die DWK, daß auch Albrecht ihr vor dem 4.2. eine Landesbürgschaft für die WAA angeboten hatte, ein V orgehen, das Albrecht nach der Entscheidung bei Strauß als Lockvogelangebot kritisiert hatte.(s.o.)

Soweit der Informationsstand bei Redaktionsschluß. Was wird eigentlich, fragen wir uns, bei dieser WAA nicht aus Steuermitteln finanziert oder per Bürgschaft gegen Risiken abgedeckt ?Immerhin hat allein das RWE schon jetzt über Strompreiserhöhungen eine WAA-Rücklage von mittlerweile 2.6 Mrd. DM zusammengerafft.



Albrecht steht auf'm Schlauch

Schon vor der Standortentscheidung hatte Ernie angekündigt, er werde ohne die WAA in Dragahn die Vorbereitungen für das Gorleben-Endlager hinauszögern und die Versuche zur Endlagerung hochaktiven Müll's in der Asse blockieren (Sp 44/84).

Albrecht nörgelt herum, wie ein Kleinkind, dem die Rassel weggenommen wurde. Darf er sich auch ohne WAA noch Strahlemann nennen? Keine WAA, – das geht an die Substanz, an's Eingemachte, da ist alles egal.

Her mit neuen Atomanlagen. Ich will der Strahlemann bleiben. Komme was wolle.

Gleich nach der Standortentscheidung Wackersdorf drohte er an, "daß seine Landesregierung die Genehmigungsverfahren für die Niedersächsischen Atommüllager Gorleben, Asse und Zeche Konrad nunmehr im "Leerlauf" weiterbetreiben, und sich auf den Schlauch stellen" werde. "Niemand soll glauben, daß Niedersachsen den Müll nimmt, wenn die interessanten Projekte in andere Bundesländer vergeben werden", sagte er. Albrecht schloß nicht aus, daß Asse und Konrad als Endlager überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. (HAZ, 5.2.85)

Mit der Konditionierungsanlage will sich Albrecht auf keinen Fall zufrieden geben. "Niedersachsen erwarte von der DWK und ihren Gesellschaftern Vorschläge für Investitionsvorhaben, die den Gesamtinvestitionen von rund 10Mrd. DM für die Wiederaufarbeitungsanlage entsprächen. Dabei sei gleich, in welchem Sektor investiert werde, wenn sich für Niedersachsen nur ebensoviel an neuen Arbeitsplätzen, an Steuereinnahmen und zusätzlicher Kaufkraft ergeben werde wie jetzt in Bayern." (FAZ, 6.2. 85)

Albrecht: Zurück in die Keksfabrik ?

Unter einem Schnellen Brüter in der Größenordnung des französischen Superphenix ist also nichts drin. Daß dieses Projekt als möglicher Frustdämpfer für Albrecht schon länger im Gespräch, ja in Ostfriesland schon konkrete Vorbereitungen angelaufen sind, hatten wir in der letzten ATOM dargestellt

Wie wird es weitergehen?

Wenn sich Albrecht durchsetzen sollte, mit seiner Brüter-Schnapsidee hätte er immerhin den Beweis erbracht, daß auch gegen die Bundeskompetenz (der alle Atommüll-Endlagerfragen unterliegen) ein Bundesland seinen Dickkopf durchsetzenkann. Interessante Perspektiven also für rot-grüne Tolerierungsbündnisse in Hessen, NRW oder sonstwo.

Falls, wie in Hessen, CSU-Zimmermann per Anordnung aus Bonn die Weiterentwicklung der Entsorgungsanlagen anordnet und Albrechts letztes Druckmittel zerschlägt, kann dieser sich schon vorsorglich einen Job bei der Bahlsenkeksfabrik suchen. Wir wünschen viel Erfolg!

CDU-Kreistagsfraktion kritisiert:

„Ein unfreundlicher Akt"

Beschluß der DWK falsch – Konditionierungsanlage kein Thema

Die DWK maßt sich an, am 4. Februar über den Standort einer WAA zu entscheiden, das richtet sich gegen den Willen und die Interessen des großeren Teils der Bevölkerung hier wie dort.

Wir wollen die WAA nicht in Dragahn und nicht in Wackersdorf und nicht irgendwo sonst

Eine WAA ist so überflüssig wie ein Kropf. Mit ihren Kosten ließe sich die dreifache Menge sinnvoller Arbeitsplätze schaffen.

Kommt alle am 4. Februar 1985 um 18.00 Uhr nach Dragahn

Marianne und Wilhelm von Alemann, Preiler

Elbe-Jeetzel-Zeitung Febr. 85

In ihrer Erklärung dankt die CDU-Kreistagsfraktion der niedersächsischen Landesregierung, besonders Ministerpräsident Dr. Albrecht, für die Unterstützung und allen Bürgern, die die Fraktion in der Durchführung dieser Politik den Rücken stärkten. Die Kreistagsfraktion versichert abschließend, „daß sie die Politik zur wirtschaftlichen Gesundung des Landkreises Lüchow-Dannenberg zielstrebig fortsetzen wird".

Lüchow. Als enttäuschend für alle Kommunalpolitiker, die sich für Dragahn als Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage ausgesprochen haben, hat Landrat Werner Meiner gestern abend die Entscheidung der Betreibergesellschaft für Wackersdorf gewertet.

Meiner sagte, jetzt seien die Grünen und die WAA-Gegner gefordert, Vorschläge vorzulegen, wie die Arbeitslosen im Kreis „von der Straße geholt" werden sollen.

Enttäuschendes Votum

Landrat Meiner nimmt Grüne in die Pflicht

Die Bombe ist gezündet - der Widerstand auch

Erste Reaktionen nach der Standortbekanntgabe in Bayern

Spontane Fackelzüge, Sprüh- und Plakatieraktionen

Bereits kurz nach Bekanntwerden der Standortentscheidung für Wackersdorf/ Bayern am 4.2.85 gegen 17.00 Uhr, kam es zu zahlreichen Protestaktionen: Schon eine halbe Stunde danach demonstrierten in Landshut 50 Menschen mit Fackeln gegen die WAA. Später demonstrieten über 3.000 Menschen in Schwandorf mit einem Fackelzug gegen die Entscheidung. Die Redner der Protestkundgebung kündigten entschiedenen Widerstand gegen die WAA an:*„Die Staatsregierung wird sich noch wundern."* Alle Umweltverbände hätten mittlerweile die WAA in Schwandorf zum bundesweiten Konfliktfeld erklärt. U.a. wiesen sie darauf hin, daß die WAA demokratiefeindlich ist, *„weil die WAA nur durch Macht, Gesetzesänderung und mit Polizeigewalt am Bürger vorbei durchgepeitscht werden"* könne.

In Regensburg fand nachts noch eine Lärmdemo mit Trillerpfeifen, Trommeln und Rasseln mit über 1.000 Demonstranten statt. Sie versuchten u.a. zum Wohnsitz des Regierungspräsidenten vorzudringen. Dabei kam es zu Übergriffen der Polizei, die mindestens einen Demonstranten verprügelte. Weitere Fackelzüge fanden noch am selben Abend in Weiden, Amberg, Erlangen und München statt und am nächsten Abend unter anderem in Nürnberg und Sulzbach.

„Wir müssen nun den Sprung vom Protest zum Widerstand vollziehen"

Dies war der Haupttenor des Regensburger BI-Sprechers auf einer Pressekonferenz am 5.2.1985. Er wies darauf hin, daß jetzt auch Formen des zivilen Ungehorsams diskutiert werden, die weitgehender sind, nachdem weder jahrelange Aufklärungsarbeit, noch friedliche Protestkundgebungen oder 50.000 Unterschriften von Einwendern aus der Oberpfalz die WAA hätten bisher verhindern können. Auch könnte *„die Region zum Feindesland für die WAA-Betreiberfirmen erklärt werden."*

WAA Wackersdorf: Allparteienkoalition für die WAA

Am Tag nach der Standortentscheidung fand im Wackersdorfer Gemeinderat eine Sondersitzung statt. Wieder gab es eine rührende Geschlossenheit durch alle Parteien, CSU,SPD und Freie Wähler mit dem SPD-Bürgermeister an der Spitze.Ergebnis:*„Bevölkerung und Gemeinderat sind mehrheitlich erfreut."* Hier in Wackersdorf sind die Volksvertreter bereit, für Arbeitsplätze alles zu geben – notfalls wohl auch Gesundheit und Leben der Arbeiter und Bevölkerung.

Schuierer contra Strauß: „Sabotage und Meinungsfeiheit"

„Die SPD läuft Amok gegen bayrische Interessen", warf der CSU-Generalsekretär Tandler dem SPD-Landesverband einen Tag vor der Standortentscheidung vor. Mit ihrer Teilnahmebereitschaft an Demonstrationen gegen die WAA setzte sich die SPD in Widerspruch zu den Bewohnern jener Gemeinden um den angebotenen Standort Wackersdorf, die sich überwiegend positiv zu dem Großprojekt geäußert hätten – was die CSU gar nicht sehen will, ist wohl, daß sie selbst sich in Widerspruch zu der Mehrheit (!) der Bevölkerung befindet, wie selbst aus DWK-Umfragen klar hervorgeht.

Einen weiteren Zahn legte Strauß zu, als er rückblickend die durch Landrat Schuierer verzögerte Auslegung des Bebauungsplanes als "Sabotageversuch" brandmarkte.

Hier muß man wirklich ganz deutlich auf die Wortwahl achten :Um einen Landrat, der als aktiver WAA-Gegner mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war, zu verunglimpfen, wählt Strauß gleiche Worte, die für viele in der Bevölkerung eine Verbindung zum "Terrorismus" enthalten. Darüberhinaus hat Strauß dem Landrat angedroht, wenn er den staatlichen Weisungen nicht Folge leisten werde, könne es ihm so ergehen, wie dem – wegen des Verdachts strafbarer Handlungen – amtsenthobenen früheren Rottaler CSU-Landrat Meyer.

Schuierer dem vom Landkreisverband inzwischen ein absolut korrektes Auftreten bestätigt worden ist, fragte in seiner Antworterklärung :

Wie lange noch müsse man sich *"in Bayern , wenn man nicht CSU-Meinungen von Leuten wie Strauß, Stoiber, Tandler und Gefolgsleuten vertritt, noch als Rechtsbrecher, Saboteur, Volksverhetzer"* bezeichnen lassen. Nur von einer *"autoritär geführten Regierung könnten auf dem Rechtsweg vorgetragene sachliche Bedenken zu den fehlerhaften Unterlagen der DWK beim WAA-Bebauungsplan auf solche verwerfliche Art kommentiert werden."*

Das alles gibt eine leichte Vorahnung dessen, was hier in Bayern in den nächsten Jahren noch auf uns zu kommt – und zwar auf allen Ebenen.

Der "Frei"staat wird so frei sein wollen, durch alles, was nötig ist, auch mit Brachialmethoden, um die WAA durchzusetzen, zu machen, was er will, während die anderen, speziell die AKW-Gegner, wohl als vogelfrei erklärt werden sollen.

Das bayerische Innenministerium hat bereits ein "humanitäres" Polizei-Einsatzmittel in Auftrag gegeben : einen neuen 'Granatwerfer', der Gummischrot und Reizstoffpatronen 60m weit verschießen kann, gleichzeitig sollen die Einsatzhundertschaften der kasernierten Polizei von bisher vier auf zwölf erhöht werden, also verdreifacht ! Und daß der Strauß ein knallhartes Demo"Recht" durchsetzen will, ist beim besten Willen nicht zu übersehen.

Es muß Sache der BIs sein, nicht nur den Widerstand zu verbreitern, sondern auch von vornherein keinerlei Spaltung in "gute" und "böse" WAA-Gegner zuzulassen.

Nur gemeinsam sind wir stark. Keine WAA in Schwandorf und auch nicht anderswo! *(Oh nein, nicht schon wieder. das Säzzer)*

Anita / NIGA

Die Schwandorfer BI ruft auf

Auftakt mit einem Brandsatz

Vermutlich erster militanter Widerstand gegen geplante WAA
Die Wettermeßstation sollte in Flammen aufgehen – Gescheitert

Schwandorf. (hou) Wenige Tage vor der Entscheidung über den Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage hat es am Wochenende in der Nähe von Altenschwand (Kreis Schwandorf) eine kriminelle Tat gegeben, die nach Meinung der Behörden im Zusammenhang mit der Standortfrage zu sehen sein dürfte. In der Nacht zum Samstag deponierten Unbekannte neben dem gemauerten Gebäude der Wettermeßstation am sogenannten Mappenberg einen Brandsatz.

„Der Widerstand beginnt": mit dieser Festellung hatte eine „Aktion militanter Heimatschutz Oberpfalz" brieflich einer Regensburger Zeitung Anschläge „gegen Symbolfiguren der WAA" angekündigt. Das Schreiben war in der Vorwoche eingegangen, seither fanden verstärkte Kontrollen zahlreicher Gebäude durch die Polizei statt.

Möglicherweise ist jenes Verbrechen, das in der Nacht zum Samstag geschah, dieser „Aktion militärischer Heimatschutz" zuzuordnen. Der geplante Anschlag galt einer zwischen Wackersdorf und Altenschwand stehenden Wettermeßstation, die seit Mai 1983 Werte im Hinblick auf die geplante WAA ermitteln soll. In unmittelbarer Nähe des gemauerten Stationsgebäudes wurde am Samstag gegen 9 Uhr morgens ein Kartoffelkorb aus Plastik gefunden, in dem sich neben zehn Litern Benzin- und Dieselgemisch auch Kerzen und treibstoffgetränkte Bekleidung befanden. Da Kripo und Landespolizei über die Brisanz kein Urteil fällen konnten, ließ man per Hubschrauber eine technische Sondergruppe des Landeskriminalamtes einfliegen, deren Beamte, so war zu erfahren, machten den Brandsatz „unschädlich".

Wäre der Anschlag geglückt, hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblichen Schaden gegeben. Denn in dem Meßstationsgebäude befinden sich Wertbestimmungseinrichtungen, die nicht eben billig sind.

zur Teilnahme an der Großdemo am 16.2.85. Warum frage ich mich? Wo doch seit Jahren versucht wird, die Auswärtigen vor den Toren Schwandorfs aufzuhalten und sie ja nicht in ihr Standortrevier hineinzulassen. Der bayr. Widerstand, organisiert durch die Lako (Landeskonferenz) scheint die Schwandorfer BI noch nie groß interessiert zu haben. Zu diesen Gedanken kann frau sehr schnell kommen, wenn sie sich in landesweiten Gremien wie der Lako oder Demoausschuß bewegt. Ein kleiner Einblick in das jahrelange Wirken der BI Schwandorf gibt das letzte Atom Jan./Febr. 85 Seite 24. Wobei dies, so dachten alle Beteiligten, der Höhepunkt oder dessen Ende war. Weit gefehlt jedoch.

So geschah es drei Wochen vor Demobeginn, daß sich die BI Schwandorf aus dem vorbereiteten Konzept der gemeinsamen Großdemo am Baugelände herauslöste und anfing ihre eigene Protestkundgebung in Schwandorf zu organisieren. Nicht nur, daß damit die monatelange Arbeit des landesweiten Demoausschusses boykotiert wurde. Nein die BI Schwandorf fuhr fort,indem sie mit dem spalterischen Verhalten die gemeinsam eingeladenen Rednerinnen ohne Wissen der anderen BIs auf oben gegnannte eigene Veranstaltung einlud. Die BI hatte es wieder einmal mehr verstanden alle vor dem Kopf zu stoßen und ihren Behauptungen gerecht zu werden „auf die Standortbekanntgabe mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen zu antworten". So glaube ich, dürfe es einmalig im AKW–Widerstand sein, daß gleichzeitig zu zwei Großdemos aufgerufen wird und beide sind nur ca. 15 km voneinander entfernt. Dies mag Außenstehenden einen kleinen Einblick in den oberpfälzischen Widerstand geben. Zu hoffen wäre natürlich, dies wäre das letzte Eigentor und der Widerstand würde endlich Standort und landesweit verbunden bestehen können.

Eine AKW-Gegnerin aus Regensburg

Interview

mit Frau Spanne, BI Schwandorf

Atommüllzeitung (AZ): *Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die WAA Entscheidung auf die Bevölkerung und den Widerstand ausgewirkt?*

Frau Spanne (Sp): Die Bevölkerung fühlte sich deutlich verschaukelt und im Recht betrogen. Eine Formierung verschiedener Gruppen war die unmittelbare Folge, viele Verbände, erstmals kirchliche wie die katholische Jugend Regensburg, haben sich angeschlossen. Die Zahl der dezidierten Gegner ist sprunghaft gestiegen; den Bau der WAA will man in weiten Kreisen verhindert wissen. Für die Demo am 16.Februar rechnen wir bundesweit mit 20.000 Teilnehmern. Insgesamt sind wir mit der Reaktion voll zufrieden, so hatten wir das gar nicht erwartet.

AZ: *Welche Aktionen und Reaktionen gab es nach der Standortbekanntgabe?*

Sp.: Am 4.2., nur wenige Stunden nach der Standortbekanntgabe, wurde ein eindrucksvoller Fackelzug mit 4.000 Teilnehmern in Schwandorf durchgeführt. Besonders die Jugend setzte den Protest mit Sprechchören bis in die späteren Abendstunden fort.

Darüberhinaus gab es ein lebhaftes Echo in der Bundespresse.

AZ: *Welche Vorstellungen hat die BI Schwandorf über den weiteren Widerstandsweg?*

Sp.: In der BI besteht Einigkeit, daß massiver Widerstand beharrlich und mit allen der BI zur Verfügung stehenden Mitteln weitergeführt werden muß.

AZ: *Dies bezieht sich ausschließlich auf legalen Widerstand?*

Sp: Der BI stehen ausschließlich legale Mittel zu.

AZ: *Auch die Betreiber bescheinigen der BI Schwandorf, sie habe sich immer an den legalen Weg gehalten. Sehen sie dies als Problem?*

Sp: Die BI bleibt bei ihrer Aussage, daß sie nie andere als legale Mittel benutzen wird, diese aber bis zum letzten ausschöpft.

AZ: *Wie bewertet die BI Schwandorf die Erfolgschancen der gerichtlichen Auseinandersetzung angesichts der Lüchow-Dannenberger Erfahrungen?*

Sp: Selbstverständlich wird die BI klagen. Unsere wissenschaftlichen Experten haben im Sicherheitsbericht eine Unzahl Fehler, Schwachstellen und Auslassungen entdeckt und da wir an unseren Rechtsstaat glauben und auf die Unparteilichkeit der Justiz vertrauen, sind wir vom letztendlichen Erfolg der Klage überzeugt. Wir verfügen zwar über einen guten Grundstock an Geldmitteln, aber Spenden, und seien sie noch so klein, sind erwünscht und werden dringend benötigt.

Auch wenn die Lüchow-Dannenberger Erfahrungen negativ waren, sind wir überzeugt, daß der Rechtsstaat funktioniert.

AZ: *Nach unseren Informationen ist die BI aus der landesweiten Koordination (LAKO) ausgeschieden. Wird dies Folgen für eine überregionale und bundesweite Zusammenarbeit mit anderen BIs haben?*

Sp: Die BI ist nicht aus der LAKO ausgetreten. Darüberhinaus beweist die Tatsache, daß die BI Schwandorf Mitglied im BBU ist, unser Interesse an überregionaler Zusammenarbeit.

AZ: *Wie sieht die BI den Vorstoß der bayrischen SPD und des BUND, der ja wohl auch von Teilen des Schwandorfer BI-Vorstandes getragen wird, den ursprünglichen Plan einer Demo zum WAA-Bauplatz fallen zu lassen und statt dessen nur in Schwandorf zu demonstrieren? Dies wird in Teilen des überregionalen Widerstands als Spaltung begriffen.*

Sp: Auch die LAKO findet eine Demo nur zum Bauplatz nicht sinnvoll, sie findet aber zum Abschluß an die Kundgebung in Schwandorf als angemeldete Demo statt.

AZ: *Vielen Dank für dieses Gespräch.*

Photo : H. Schreg

Legal - Illegal - Scheißegal

Nach Auskunft des Wackersdorfer DWK-Standortrepräsentanten setzt die DWK darauf,* *daß das Protestpotential in der abgelegenen Oberpfalz sehr viel geringer ist, als im widerstandserfahrenen Niedersachsen. "Mit solchen Zuständen wie in Gorleben oder Grohnde, besonders mit dem Auftreten von Gewalt, ist nicht zu rechnen." sagte Fischer. Der Bürgerinitiative gegen Wackersdorf müsse man "fairerweise" bescheinigen, daß sie alles unterlasse, was nach Gewalt aussähe." (FR, 20.10.84)*

Auch nach der Standortentscheidung betonten die großen WAA-Gegnerinnenverbände der Oberpfalz :" *Jetzt beginnt der Widerstand mit allen uns zur Verfügung stehenden legalen Mitteln!"* und BI-Sprecher Kersting rief am Abend des 4.2.85 dazu auf, den WAA-Befürwortern *"bei der nächsten Wahl die Quittung zu geben".*

Der Eintritt des populären Landrates Schuirer in die BI-Schwandorf (als Reaktion auf die Standortbenennung) wird den ohnehin erheblichen SPD-Einfluß in der BI Schwandorf, über den wir in der Atommüllzeitung Nr. 23 (noch erhältlich!) ausführlich berichtet hatten, erheblich verstärken. Die durch den Schritt erreichte Vermassung des (legalen) BI-Widerstandes hat auch eine Kehrseite : mit der Drohung, gegebennenfalls aus der BI auszutreten, könnte Schuirer alle BI-Protestformen jenseits des strikten Legalismus im Zaum halten.

Es ist zwar 100fach bewiesen, daß die SPD dem Rechtsstaat notfalls auch bis zur Selbstaufgabe die Stange hält, und es ist ebenfalls bekannt, daß die SPD als P A R T E I immer wieder versucht, oppositionelle Bewegungen zu spalten und in die Sackgasse des Legalismus zu zwängen.Dennoch wird die Einsicht hierrüber erst dann Fuß fassen können, wenn k o n k r e t dieV erkommenheit der Gerichte und des Rechtsstaates erfahrbar geworden ist – auch in Lüchow-Dannenberg ist die unvergleichbar große Akzeptanz für Sabotageaktionen und für den zivilen Ungehorsam nur in dem Maße gewachsen, wie die Lüneburger Richter im Zwischenlagerprozeß" Recht zu Unrecht "machten und sich Albrecht als Lügner (" Keine WAA nach Gorleben Lüchow-Dannenberg ") hinreichend qualifiziert hatte.

Hinzukommt, daß die zum Teil schon faschistoiden Attacken der CSU auf die SPD deren Imagepflege als" konsequente Gegnerpartei "nur dienlich ist und auch weiterhin dienlich sein wird.

Daß gerade im CSU-Staat ein von den Massenprotestenabgekoppelter Widerstand schnell zerschlagen und in die Resignation gedrängt wird, ist sonnenklar. Andererseits ist genauso klar, daß mit direkten Aktionen nicht solange gewartet werden kann, bis die BI den Aufruf unterschrieben hat. Gerade für Widerstandserfahrene" auswärtige "BIs stellt sich die Aufgabe, die Infrastruktur für einen langen Kampf aufzubauen, Spaltungskonzepten in jeder Hinsicht eine Abfuhr zu erteilen und sich eng auf der Grundlage einer kontinuierlichen Praxis mit relevanten Teilen des örtlichen Widerstandes zu vernetzen.

Das bayerische Landeskonferenz-Info, daß sich seit dem 4.2." Radi-Aktiv" nennt, will jetzt als Zeitung bundesweit expandieren und alle wichtigen Infos von vor Ort verbreiten, was wir auf das Schärfste begrüßen.

Bestellt werden kann bei :
NIGA
c/o Anita Aschenbrenner
Keßlerplatz 15
8500 Nürnberg 20

Direkte Endlagerung - Keine Alternative zur WAA

Der Anfang: Scheinbare Offenheit

Ursprünglich sollte die Direkte Endlagerung (DE) nach offiziellen Aussagen als Alternative zur Wiederaufarbeitung untersucht werden. Der Anstoß dazu kam vor allem:

1) vom Gorleben-Hearing März/April 1979. Ministerpräsident Albrecht beharrte danach in seiner Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 zwar auf *"der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit"* der Wiederaufarbeitung, forderte jedoch auch die Untersuchung von Alternativen und die Aufschiebung der endgültigen Entscheidung für den großen Einstieg in die Wiederaufarbeitung.
2) vom DGB, der etwa zur gleichen Zeit u.a. unter Hinweis auf fehlende Sicherheits- und Arbeitsschutzanalysen, die besondere Problematik von Reparaturen und auch die hohen Kosten als Alternative zur (sofortigen) Wiederaufarbeitung die *"rückholbare Endlagerung"* der abgebrannten Brennelemente vorschlug.

Am 28. September 1979 beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern, daß neben der Weiterarbeit am Entsorgungskonzept mit Wiederaufarbeitung auch die DE untersucht werden sollte, mit dem Ziel, bis zur Mitte der 80er-Jahre ein abschließendes Urteil darüber zu fällen, ob letztere *"entscheidende sicherheitsmäßige Vorteile"* biete.

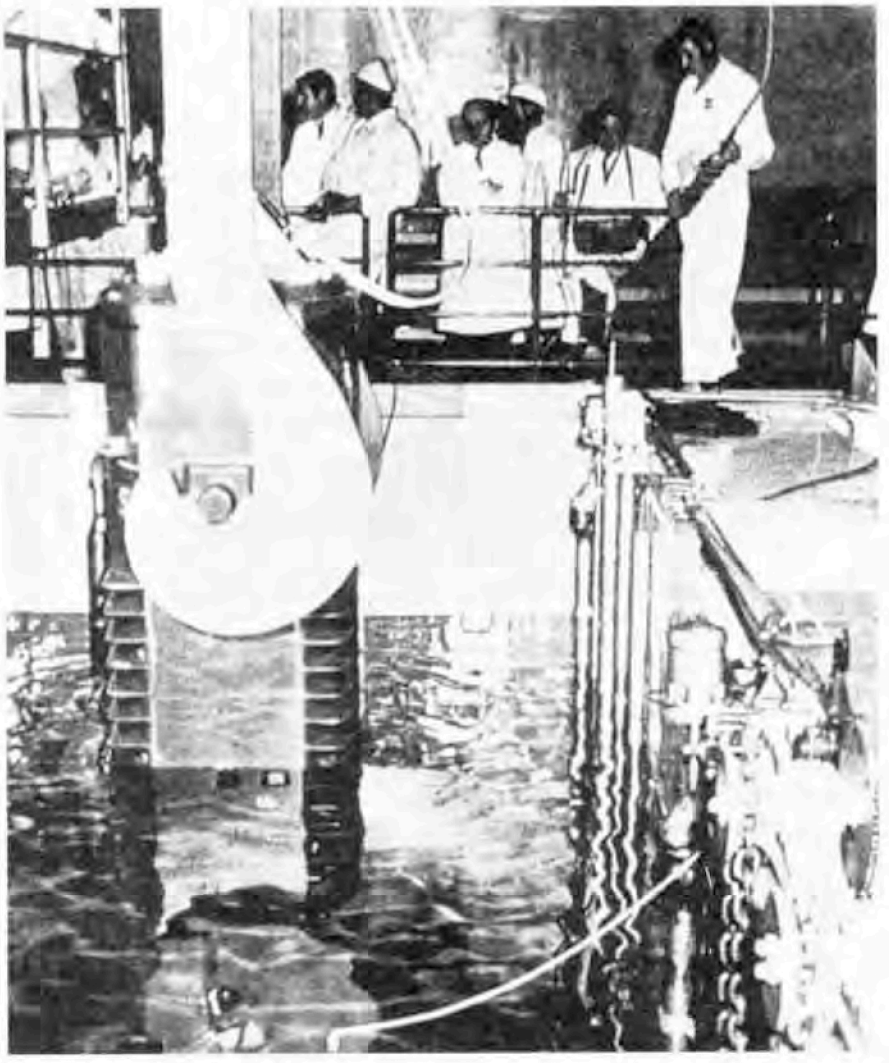
Von Anfang 1981 bis Ende 1984 wurde sodann, finanziert vom BMFT (ca. 50 Mill. DM), der "Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt Andere Entsorgungstechniken" (FESAE) durchgezogen.

Alibi und Akzeptanz

Von Anfang an war aber ersichtlich, daß von offizieller Seite

- kein Interesse an einer wirklich gleichberechtigten Abwägung der Alternativen bestand, sowie
- FESAE auch und vor allem zur Akzeptanzerhöhung der Kernenergie dienen sollte, indem einer der besonders umstrittenen Punkte, die Wiederaufarbeitung, scheinbar in Frage gestellt wurde.

Die mangelnde Ernsthaftigkeit des Unternehmens ist bereits aus der knappen Terminierung und dem - gemessen an dem im Nuklearsektor sonst "üblichen" - knappen Budget zu ersehen. Eine Ungleichbehandlung der Alternativen steckt freilich bereits in der Formulierung der Regierungschefs, die DE sei auf *"entscheidende sicherheitsmäßige Vorteile"* zu untersuchen (bei nur geringen Vorteilen würde also automatisch der Wiederaufarbeitung der Vorzug gegeben).



Brennelemente im Lagerbecken

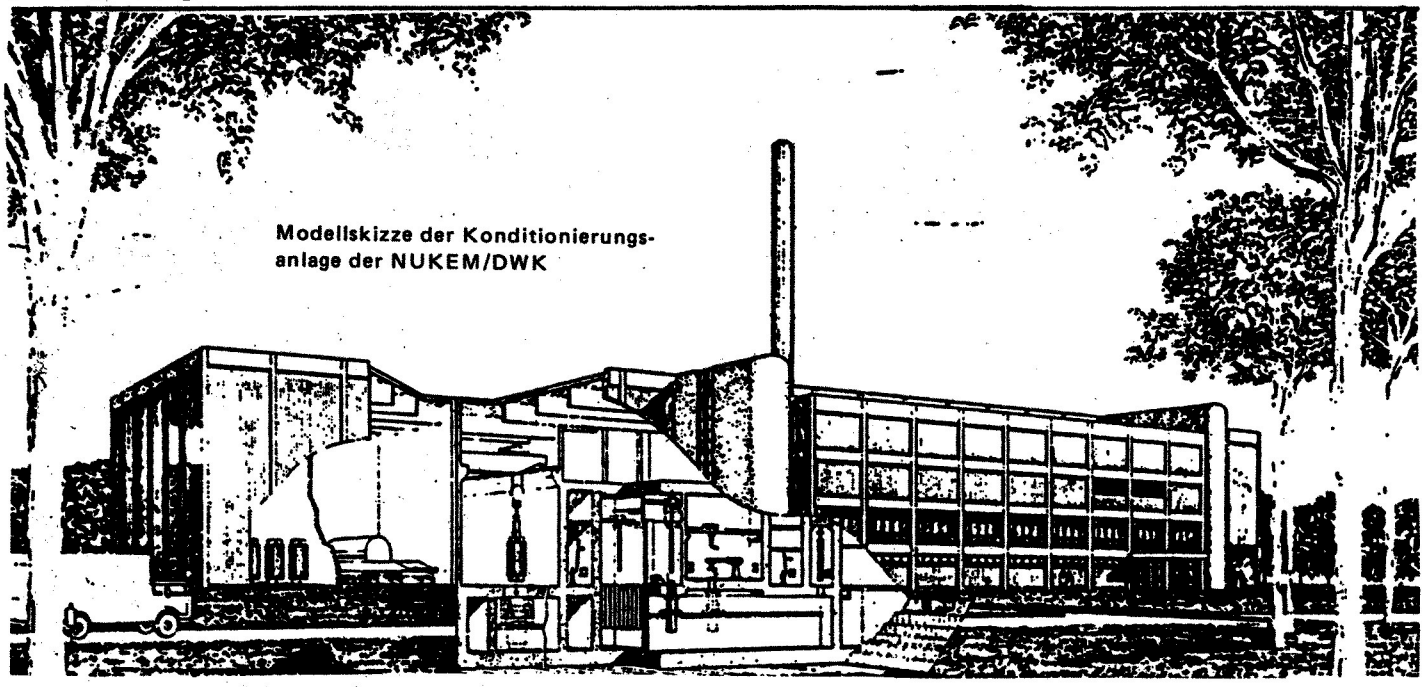
Die Frage der **Akzeptanz** spielte sowohl für den DGB als auch für Ministerpräsident Albrecht eine wichtige Rolle. Albrecht wollte, wie sich bald darauf zeigte, zunächst Zwischen- und Endlager vorantreiben, und brachte die WAA 1982 wieder ins Spiel. Der DGB hoffte grundsätzlich, durch vorläufigen Verzicht auf Wiederaufarbeitung den sonstigen Ausbau des Atomprogrammes zu sichern; auf die "Rückholbarkeit" der endgelagerten Brennelemente wurde großer Wert gelegt, um die Möglichkeit einer späteren Wiederaufarbeitung offenzuhalten.

Nach der Wende: Immer klarer für die Wiederaufarbeitung

Nach der Wende verlor FESAE noch einiges an offiziellem Stellenwert. Dies bestätigt einmal mehr die Erfahrung, daß die "Alibikation" eine eher sozialdemokratische Taktik ist, während CDU/CSU mehr zu brutalen Durchsetzungsverfahren neigen.

Am 3. April 1984 stellte der Länderausschuß Atomkernenergie fest, daß andere Entsorgungstechniken aus heutiger technischer und rechtlicher Sicht nicht zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge in Betracht kämen. Die Direkte Endlagerung sei nur für solche Brennelemente interessant, für die die Entwicklung einer eigenen Wiederaufarbeitungstechnik wirtschaftlich nicht vertretbar sei.

Innenminister Zimmermann erklärte



Modellskizze der Konditionierungsanlage der NUKEM/DWK

auf der Jahrestagung Kerntechnik am 24. Mai 1984 schließlich, daß nicht damit zu rechnen sei, *"daß eine direkte Endlagerung den Vorrang vor der Wiederaufarbeitung erhalten wird."* Eine wichtige Rolle spielt für die Bundesregierung das Verwertungsgebot in § 9a Atomgesetz, aus dem herausgelesen wird, daß Wiederaufarbeitung vorgeschrieben sei. Mit Zimmermanns Erklärung wurde FESAE weitgehend zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Ergebnisse überhaupt noch nicht vorlagen. Es soll nun offensichtlich nichr mehr darum gehen, eine Alternative zur Wiederaufarbeitung zu entwickeln, und dann einen Vergleich mit folgender "entweder-oder"-Entscheidung durchzuführen, sondern nur noch darum, für spezielle Brennelemente (z.B. die erste Generation plutoniumhaltiger Mischoxid (MOX) -Brennelemente aus LWR, oder auch HTR-Brennelemente) eine ergänzende Variante zu schaffen.

Die SPD hat im Mai 1984 einen Parteitagsbeschluß gefaßt, der die Wiederaufarbeitung ablehnt. Ihr früheres Verhalten als Regierungspartei sowie die Tatsache, daß im Länderausschuß für Atomenergie auch alle SPD-regierten Länder (außer Bremen) den Beschluß vom 3. April 1984 unterstützen, lassen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses "Schwenks" verständlich erscheinen. Am 23. Januar dieses Jahres hat sich dann die Bundesregierung endgültig gegen die DE ausgesprochen.

Trotz der z.zT. klaren Bevorzugung der Wiederaufarbeitung ist aber damit zu rechnen, daß in nächster Zeit eine Konditionierungsanlage für DE errichtet wird, um die oben erwähnten Sonder-Brennelemente zu behandeln - wahrscheinlich an jenem WAA-Standort (Wackersdorf oder Dragahn), der bei dem Wettlauf um die WAA "unterliegt". Damit wird auch die Möglichkeit, die DE später aus taktischen Gründen wieder mehr in den Vordergrund zu stellen, offengehalten.

Zur Einschätzung der Direkten Endlagerung

Rein technisch gesehen ist die direkte Endlagerung, im Gegensatz zur Wiederaufarbeitung, ein Verfahren, das durch den Verzicht auf Plutoniumabtrennung insoweit keine Weichenstellung zum Schnellen Brüter (sowie der Option der Atomwaffenherstellung) mit sich bringt. Politisch und wirtschaftlich gesehen kann sie aber innerhalb einer Strategie, die sehr wohl auf Einstieg in die Brüterwirtschaft und langfristigen Ausbau des Atomprogrammes hinzielt, dennoch eine wichtige und gefährliche Rolle spielen:

1) durch Akzeptanzförderung: Bei (scheinbarem oder tatsächlichem) Zurückstellen der Wiederaufarbeitungspläne und lautstarker Propagierung der DE kann der Eindruck entstehen, das Schlimmste sei schon mal verhindert, und der Widerstand geschwächt, evtl. gespaltenwerden. Zu einem der Atomlobby geeigneten Zeitpunkt werden dann die alten Pläne wieder hervorgeholt.

2) als vorübergehendes Mittel zur Kostensenkung: Rückt der Zeitpunkt, ab dem Brütereinsatz in großem Maßstab geplant ist, noch weiter gegen die Mitte des 21. Jahrhunderts, wird auch Plutonium in großen Mengen erst später benötigt. Da damit gerechnet wird, daß die Konditionierung zur DE erheblich billiger kommt als die Wiederaufarbeitung, könnte die DE als billige Zwischenlösung eingeplant werden. Dadurch könnte die Atomindustrie sogar einen "längeren Atem" bekommen und sich finanzielle Spielräume schaffen. Auf die Rückholbarkeit könnte dabei u.U. völlig verzichtet werden, wenn die Atomlobby damit rechnet, später noch genug " frischere" Brennelemente (in denen noch nicht der Großteil des PU-241 zerfallen ist) für die Wiederaufarbeitung zur Vefügung zu haben.

Insgesamt ist angesichts dieser Überlegungen aber nicht auszuschließen, daß es auch einer CDU/CSU-Regierung in den Kram passen könnte, die DE wieder in den Vordergrund zu schieben.

Festzuhalten ist noch, daß die DE keinen raschen Zugriff auf waffenfähiges Material ermöglicht und damit jedenfalls kurzfristig die Option der Atombewaffnung nicht näherbringt. Durch die in der BRD bereits vorhandenen PU-Mengen (bei Alkem in Hanau lagern z.Zt. bis zu 3 t, eine Erweiterung des Lagers ist geplant) wird dieser Punkt allerdings stark relativiert: Die Option ist heute bereits nahe genug!

Die Sicherheitsprobleme im Endlager sind bei Wiederaufarbeitung und DE in etwa vergleichbar; bei der DE kommt allerdings hinzu, daß das Endlager ein potentielles "Plutonium-Bergwerk" darstellt.

Bei den oberirdischen Anlagen und Vorgängen stellen sich bei der Konditionierung zur DE einige Probleme der Wiederaufarbeitung in geringerer Schärfe (z.B. Pu-Abzweigung; Unfälle durch Brand, Explosionen, Kritikalität, Störungen bei der Abgasreinigung); die Anlage ist weniger komplex. Bestehen bleibt aber der grundsätzliche Punkt der Lagerung und Hantierung eines großen radioaktiven Inventars an einem Standort. Transporte von abgebranntem Brennstoff sind in beiden Fällen in gleichem Maße erforderlich. Bei DE wird kein Plutonium in abgetrennter Form oder als MOX transportiert; aufgrund des höheren Anreicherungsbedarfs dafür mehr Uranhexafluorid. Die deutlich geringere Komplexität gilt im übrigen auch nur für das heute bevorzugte Referenzverfahren (Verpackung unzerlegter Brennelemente).

Die auf der Jahrestagung Kerntechnik im Mai 1984 vorgetragenen ersten Ergebnisse von FESAE zeigen bei der Strahlenbelastung von Bevölkerung und Personal während des Betriebes der Anlagen deutliche V orteile der DE; zur Langzeitsicherung des Endlagers wurden noch keine Resultate präsentiert.

Bei beiden Varianten bestehen große Sicherheitsprobleme; die Langzeit-Sicherheit des Endlagers ist in beiden Fällen

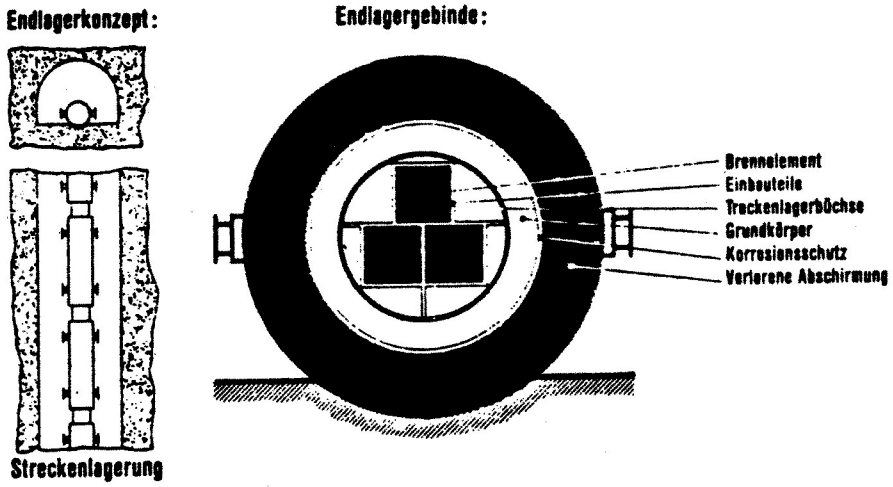


Abb. 1: Für den Systemvergleich konzipiertes Referenzkonzept der Direkten Endlagerung (schematisch).

nicht gewährleistet. Dieser entscheidende Punkt darf nie vergessen werden, wenn man/frau über relative Vor- und Nachteile der einen oder anderen Variante spricht. Aus all dem leite ich folgende Vorschläge für die Position der Anti-AKW-Bewegung zur DE ab:

Vorschläge für die Haltung der Anti-AKW-Bewegung zur DE:

1) Ablehnung der direkten Endlagerung - auch durch sie wird die Atomenergie nicht "akzeptabel".
2) Festhalten an dem Grundsatz: An der Entsorgungsdiskussion beteiligt sich die Anti-AKW-Bewegung konstruktiv erst nach der endgültigen Stillegung aller Atomanlagen.
3) Es muß aufgezeigt werden, daß beide Varianten eine große Gefährdung darstellen, und die offiziellen Angaben in beiden Fällen beschönigend sind. Das ist wichtiger als die relativen Unterschiede.
4) In dem z.Zt. besonders aktuellen Kampf gegen die Wiederaufarbeitung ist es nur dann zulässig, mit gewissen relativen Vorteilen der DE zu argumentieren, wenn kein Widerspruch zu Punkt 1) - 3) besteht.
5) Eine differenzierte Betrachtungsweise wird allerdings bei der Verknüpfung von ziviler und militärischer Atomtechnologie erforderlich sein, u.a. auch im internationalen Rahmen (z.B. in Zusammenhang mit dem NPT). Hier ist Wiederaufarbeitung eindeutig als problematischer einzustufen. (Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß mehrere Tonnen abgetrenntes Pu in der BRD bereits existieren.)

II. Ablauf und Entwicklung des Projektes unter spezieller Berücksichtigung der Konditionierungsanlage

1. Ablauf des Projektes

Projektphase 1 (1981 bis Mitte 1982): Bearbeitung mehrer Konzepte für - Konditionierung (ca. 10 Verfahren wurden näher untersucht, angefangen beim einfachen Verpacken intakter Brennelemente bis hin zum Auslösen des Brennstoffs mit nachfolgender Verglasung).

Anhand einer sog. *"Nutzwertanalyse"* wurde dann am Ende von Projektphase 1 jeweils ein Referenzkonzept ausgewählt. Auswahlkriterien waren: sicherheitstechnische Aspekte, technische Realisierbarkeit, Kosten, Aufwand für Kernmaterialüberwachung, Rohstoffverfügbarkeit.

Angesichts der Situation des Projektes - Zeit - und Kostendruck - muß bezweifelt werden, ob denn die "sichersten" Lösungsansätze auch tatsächlich ausgedacht bzw. weiterentwickelt worden sind. Jedenfalls wurde in der Projektphase *"in erster Linie technisch einfache Konzepte weiterverfolgt, von denen angenommen werden konnte, daß deren technische Realisierbarkeit bis zum Abschluß des Projektes, d.h. bis Ende 1984, beurteilt und nach Möglichkeit auch nachgewiesen werden kann."* (aus: atw 8-9/ 1984. S. 460).

Beteiligte Firmen/Gruppen: Projektgruppe Entsorgungstechniken (PAE) im KfK, Aufgabe: Koordination und Vorbereitung des Systemvergleiches. Nukem/ DWK: Entwicklung der Endlagerbehälter und der Konditionierungstechniken. DBE: Planung des Endlagers in Anlehnung an Gorleben. KWU: Verhalten des abgebrannten Kernbrennstoffes bei der Endlagerung. Weitere Firmen /Gruppen arbeiteten an speziellen Einzelfragen, wie z.B. BGR, EWI, GUW, KFA, Noell, PSE, TN, TU Berlin, Batelle u.v.a.

2. Das ausgewählte Konzept (Referenzkonzept)

Als Konditionierungsverfahren wurde das Verpacken unzerlegter Brennelemen-

Auslaugungen am Salzstock

Neue hydrogeologische Untersuchungen zum geplanten Endlager in Gorleben widerlegen eine „Eignungshöffigkeit" des Salzstockes. Mehrere Salzspiegelbohrungen in GoHy 1302 und 1303 und Pumpversuche in GoHy 2320 bestätigten eine noch heute andauernde Subrosion (Salzauflösung) durch strömendes Grundwasser innerhalb des Salzstockes. In einer Erklärung des SPD–Bundestagsabgeordneten Peter Struck und dem nieders. SPD–Landtagsabgeordneten Heiner Kreuzer heißt es: die vorläufigen Ergebnisse der sogenannten Salzspiegelbohrung hätten zu Skepsis über die mögliche Eignung Anlaß gegeben. Es zeige sich jetzt, daß die Entscheidung der Bundesregierung vom Juli 1983, mit der unterirrdischen Erkundung des Salzstocks zu beginnen, vorschnell getroffen sei. Die Bundesregierung lehnte die SPD-Forderung im Bundestag, eine weitere potentielle Endlagerstätte zu unersuchen, ab.

Der CDU–Landtagsabgeordnete Grill äußerte sich optimistisch: es sei keinesfalls erwiesen, daß der Salzstock für Endlagerzwecke ungeeignet sein würde. Zur Zeit finden, wie von der PTB bestätigt, noch weitere Salzspiegelbohrungen statt. Das teilte auch der nieders. Minister für Bundesangelegenheiten Hasselmann im Landtag den Grünen mit, die einen Antrag stellten, demzufolge das Land den Bund offiziell daraufhinweisen soll, daß weitere Ausgaben für das Endlager nicht mehr zu rechtfertigen sind und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellen.

Für die zweite Jahreshälfte 1985, oder für das erste Halbjahr 1986 wünschen sich die SPD–Politiker eine neuerliche Anhörung (mal wieder nen bischen Bürgerdialog treiben, d.S.) und öffentliche Diskussion der bisherigen Erkundungsergebnisse.

Die ursprüngliche Erwartung, daß der Salzstock durch ein dichtes Deckgebirge gegen jede Berührung mit Grundwasser abgeschirmt sei, ist somit nicht bestätigt. Für die PTB in Braunschweig ist das kein Grund zur Skepsis. Bei den Sicherheitsbetrachtungen nach der Stillegung des Endlagers wurde ein Wassereinbruch als denkbar unterstellt, erläuterte die Behörde. Bei derartigen Störfällen, soll die Radioaktivität angeblich nur im zulässigen Maß in die Biosphäre freigesetzt werden, spekuliert die PTB. Für unseren werten Ministerpräsidenten sind die Bohrergebnisse prinzipiell nichts Neues. Er bezeichnete die Ablaugungen im Salzstock als unbedeutend.

te ausgewählt. Ein Endlagergebinde in seiner Gesamtheit ist in Abb. 1 zu sehen. In der Konditionierungsanlage werden die Brennelemente aus den Transportbehälten entnommen. Drei unzerlegte BE werden in einen dünnwandigen Behälter, die sog. Trockenlagerbüchse (T LB), gasdicht eingeschweißt. Dadurch soll verhindert werden, daß die während des Einsatzes im Reaktor entstandenen flüchtigen Spaltprodukte (Tritium, Krypton 85, Jod 129) während der Betriebsphase des Endlagers freigesetzt werden. Diese Trockenlagerbüchse muß dann in den eigentlichen Endlagerbehälter eingebracht werden. Er besteht aus dem Grundkörper (der die mechanische Stabilität des Endlagerbehälters gegenüber dem Gebirgsdruck leisten soll) und einem Korrosionsschutz (der für den Fall eines Laugenzutrittes eine etwa 500-jährige Barrierenfunktion übernehmen soll). Alle Arbeiten müssen fernbedient in heißen Zellen ausgeführt werden. Der Endlagerbehälter soll zum guten Schluß von einer verlorenen Abschirmung aus Sphäroguß GGG 40 umgeben werden (Endlagergebinde). Einzelheiten des Endlagergebindes: Dosierleistung 200 mrem/Stunde an der Behälteroberfläche, 10 mrem/Stunde in 1 Meter Abstand; Länge ca. 6 Meter, Durchmesser 1,4 m, Gewicht ca. 53 Tonnen (davon sind 1,6 Tonnen die drei Brennelemente vom Biblis-Typ (Referenzkonzept); Wärmeleistung des Gebindes 2 400 Watt. In der Konditionierungsanlage mit einem Durchsatz von 700 t Schwermetall/Jahr sollen pro Jahr 437 Gebinde hergestellt werden. Ein spezieller Behälter für den Transport von der Konditionierungsanlage zum Endlager ist von der Firma "Transnuklear" bereits konzipiert worden. Das gesamte Endlagergebinde kann jedoch auch als Typ-B-Behälter gesaltet werden, der auf öffentlichen Verkehrswegen transportiert werden darf. Ergänzend zum beschriebenen Konzept des Verpackens von drei ganzen Brennelementen wurde noch das Verpacken von in Brennstäbe zerlegten Brennelementen bearbeitet. Auf diese Weise passen etwa acht BE in ein Endlagergebinde.

3. Abfälle bei der Konditionierung

Bei der Konditionierung von BE entstehen feste, flüssige und gasförmige Betriebsabfälle. Die wesentlichen Aktivitätsquellen sind:

- Korrosionsprodukte von der äußeren BE-Oberfläche, die in Form von Festpartikeln anfallen können.
- Freisetzungen aus defekten Hüllrohren, insbesondere Spaltgase und flüchtige Stoffe sowie Spuren von Festpartikeln unter Störfallbedingungen. Die von den FESAE-Leuten unterstellte Hüllrohrschadensquote beträgt maximal 1 %.
- Verbleibende Ablagerungen in den Transportbehälten aus der Beladung der Transportbehälter in den Becken der AKW und nachfolgender Entleerung und Trocknung.

Daneben fallen in als gering angenommenen Maß Abfälle aus dem sog. Rework an, d.h. wenn BE nicht einwandfrei endkonditioniert worden sind und wieder geöffnet und erneut konditioniert werden müssen.

Die in der Anlage freigesetzten Spaltgase werden ohne Rückhaltung in die Umgebung geleitet. Die festen und flüssigen Abfälle werden zementiert.

Und so soll sie aussehen, die Konditionierungsanlage, die für viele Jahre etwa 245 Leuten (incl. Sicherungspersonal) einen mehr oder weniger heißen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen kann. Ein Baustrukturplan ist auch schon fertig.

Gruppe Ökologie

Kalkar -

Weder schnell noch Brüter

Die Kalkar- Anhörung vom 4. 12. 84 zur Veränderung des Brüterkerns brachte an die Öffentlichkeit, was Betreibern, Atomindustrie und den unverantwortlichen Politikern seit über 12 Jahren bekannt ist: Der Schnelle Brüter Kalkar ist kein Brüter, d.h. er erbrütet keinen Plutonium- Gewinn. Dieses öffentliche Eingeständnis macht die Genehmigungsvoraussetzungen (der Reaktor sollte als Demonstrationskraftwerk beweisen, daß "Brüten" möglich ist) zunichte. Trotzdem soll Kalkar nach neuesten Plänen 1987, 15 Jahre nach Baubeginn, ans Netz gehen. Da trotz Verlust der Bruteigenschaften dennoch das Uran im Brutmantel in das extrem waffentaugliche Plutonium 239 umgewandelt wird, produziert erstmals ein Nicht- Atomwaffenstaat erstklassiges Waffenplutonium.

Mark I A - Abschied vom Brüter

1983 unterrichtete die Schnelle-Brüter- Kernkraftgesellschaft (SBK) die Genehmigungsbehörde, daß sie die Brüterkernanordnung (Mark I) zu ändern gedenke. Bei der jetzt vorgesehenen Abwandlung (Mark IA) werden die Plutonium- Elemente von 840 kg auf 1.181 kg aufgestockt. Als Grund werden ökonomische V orteile angegeben, die jedoch nie spezifiziert wurden. Mit

dem neuen Kern haben sich die „Sicherheits'eigenschaften weiter verschlechert, im Falle eines Unfalls wird doppelt soviel Radioakivität austreten, die 4 – 5 mal so lange die Landschaft verseucht. Die Genehmigung von Mark IA bedeutet jedoch die Aufgabe der Bruteigenschaften des SNR 300.

Die Aufgabe der Bruteigenschaften von Kalkar ist nicht neu, sondern immer verschleiert worden. In der Entwicklungsphase des SNR 300 Anfang der siebziger Jahre hatte das RWE als Auftraggeber darauf bestanden, die Brutrate aus Kostengründen unter 1 zu belassen, was zu Auseinandersetzungen mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (das den Brüter konzipierte) führte. Das von Karlsruhe anvisierte Hauptziel der Plutonium- Produktion war mit einer optimalen Energiegewinnung, an der das RWE Interesse hatte, nicht in Einklang zu bringen. (2) Anfang 1979 veranlaßte die SBK eine kostengünstigere nicht brütende Auslegung des Reaktorkerns. In den Antragsunterlagen wurde jedoch an der Bruteigenschaft festgehalten und dies wurde auch beim Erörterungstermin im März 72 der Bevölkerung vorgestellt. Im Dez. 72 wurde für diesen Antrag die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) erteilt, für alle weiteren TEGs wurde ebenso von dieser Bedingung ausgegangen, d.h. **Kalkar wurde unter vollkommen falschen Voraussetzungen genehmigt** und es wurden Milliarden an Forschungsmitteln und Steuergeldern für eine Technologie eingesackt, die mit dem V ersuchsbrüter im Kernforschungszentrum bereits vorhanden war.

Eine Offenlegung der Konzeptänderung zu jener Zeit hätte die der Öffentlichkeit vorgegaukelte Fiktion vom Schnellen Brüter, der für unbegrenzte Zeit zu niedrigste Kosten Energie liefert, indem er mehr Plutonium erbrütet als verbraucht, zum Platzen gebracht. Das mittlerweile offenbar gewordene finanzielle Desaster gesteht die Energiewirtschaft heute öffentlich ein: *„ Das reichliche Uranangebot ... und die gesunkenen Uranpreise machen die Brütertechnoligie auf absehbare Zeit ohnehin nicht erforderlich" ... „die Stromerzeugungskosten sind zu hoch, um mit Leichtwasserreaktoren konkurrieren..." „Eine Entscheidung über den Nachfolgetyp wird vor 1989 oder 1990 nicht notwendig"*(3), d.h. **vor dem Jahr 2000 wird aus planerischen Gründen kein weiterer Brüter auf dem Boden der BRD errichtet.**

Abschied genommen hat die Energiewirtschaft außerdem von der hoffnungslos veralteten Technologie des Kalkar-Brüters. Sollte in der BRD noch einmal ein internationaler Brüter errichten werden, so wird dies nach den Plänen des RWE ein aufgemotzter „Superphenix" sein. Die hier aufgezeigte Entwicklung macht die Forderung „sofortiger Stop von Kalkar" aktueller und berechtigter denn je. Kalkar erfüllt noch nicht einmal die einstmals benannten Kriterien der Energiewirtschaft, hier wird an einer maßlos gefährlichen, technologisch verheerenden und zur Stromerzeugung vollkommen unwirtschaftlichen Technologie festgehalten, bestenfalls aus irrationalem Technologiewahn, zu einem bedeutenden Teil aus politisch/militärischen Erwägungen.

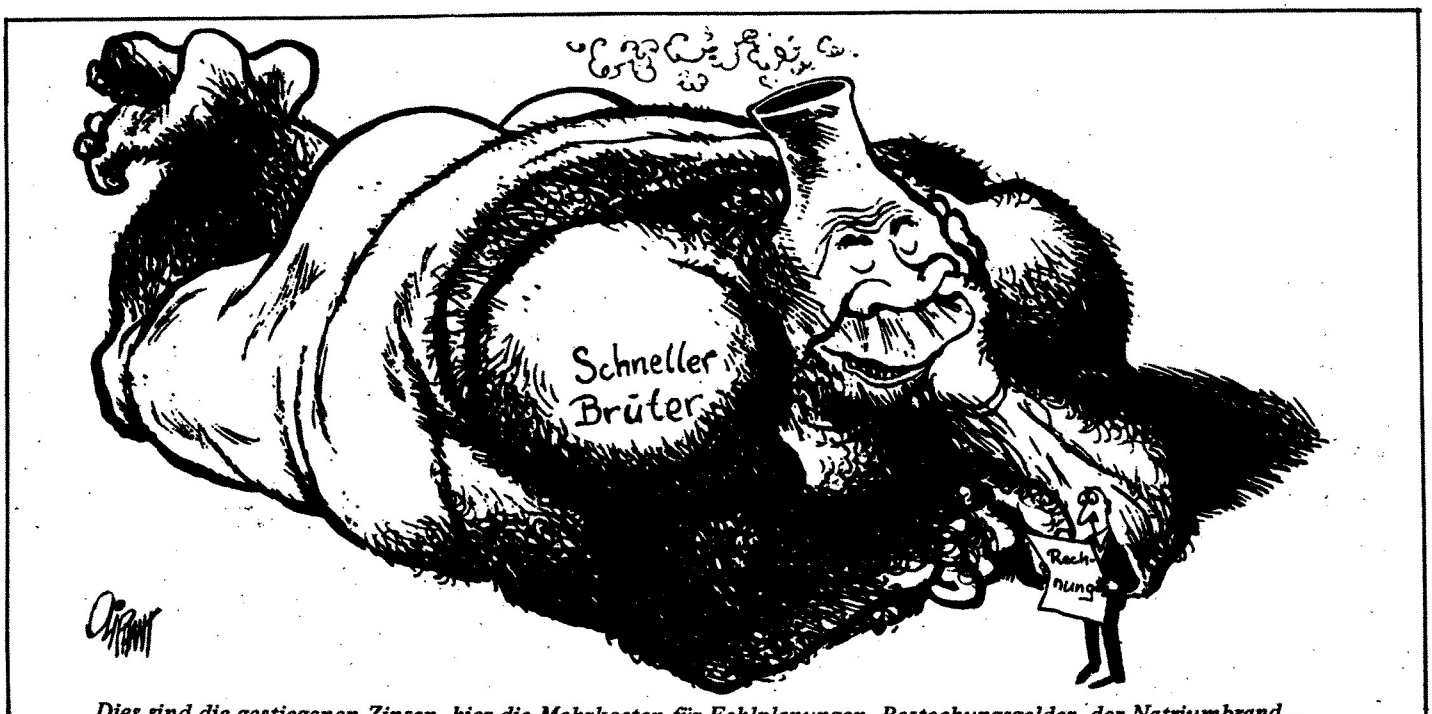
Der SPD fällt der Abschied schwer

„Eine handfeste ökonomische Notwendigkeit sehe ich in seiner Fertigstellung nicht mehr ... Die Brütertechnologie als Beitrag zur Überwindung drohender Uranknappheit hat vor dem Jahr 2000 überhaupt keine Anwendungschance auf größerer Breite ...", doch „wir wollen ihn zu Ende bauen, auch wenn er im Jahr 2000 womöglich ins Museum gehört. Wenn das herauskommt, ist es auch keine Tragödie. Wir haben dann immerhin technologische Erfahrungen gesammelt.", so der für die Betriebsgenehmigung von Kalkar zuständige nordrhein- westfälische Wirtschaftsminister Jochimsen 1981 in einem Spiegel-Interview. Diese „Nein, aber" Philosophie, die schon Generationen von SPD-Forschungsministern an Kalkar weiterbauen ließ, hat sich trotz SPD- Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft nicht geändert. Während Ministerpräsident Rau die Tolerierungsforderungen der Grünen, u.a. „Stop Kalkar" als *„allmählich übergeschnappt"* bezeichnet, stellt Jochimsen fest, *daß für die Weiterführung der Schnelle–Brüter–Technologie auch im internationalen Rahmen..."* **gegenwärtig und wohl auch für die nächsten drei oder vier Jahrzehnte** *ein Bedarf an dieser Reaktorlinie nicht besteht. Zudem hat sich auch im internationalen Rahmen die ursprüngliche Hoffnung auf außerordentlich niedrige Stromerzeugungskosten ... nicht bestätigt.. Vor diesem Hintergrund hat sich der SNR 300 ... eher als ein Entwicklungsvorhaben erwiesen und nicht als Demonstrationsvorhaben für die kommerzielle Nutzung"*(4) Während Jochimsen in seinen „ Positionen und Perspektiven zur Energiepolitik in Nordrhein-westfalen" berechtigt zweifelt, ob angesichts der damit verbundenen Risiken „die Nutzung der Kernenergie auch langfristig verantwortet werden kann", spielt er mit seinen Schlußfolgerungen den Betreibern objektiv in die Hände. Denn die „Positionen" legen ebenso fest, daß die Atomenergie „äußerst behutsam" ausgebaut werden solle, weil die „unbestreitbaren" Chancen dieser Technologie genutzt werden müßten (5) Ein Widerspruch zu den Betreibern ergibt sich weder bezüglich des zeitlichen Horizontes für den weiteren Ausbau noch bei der dafür benutzten Rechtfertigung „diese wichtige Technologie muß erhalten und weiterentwickelt werden", so auch der RWE- Experte Spalthoff.(3)

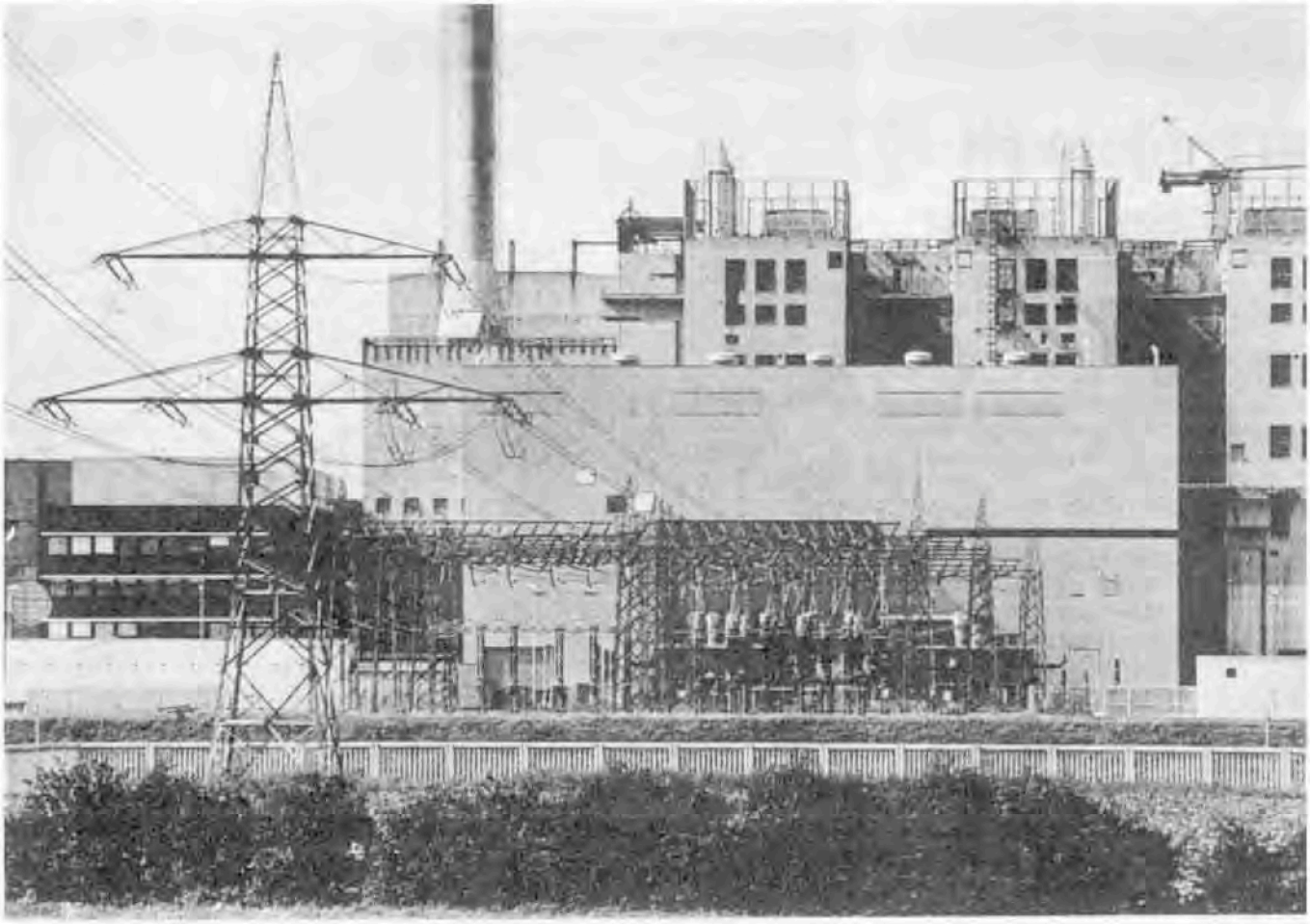
Anmerkungen

(1) Gutachten R. Donderer f. Erörterung
(2) Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, J. Radkau, Reinbeck, 1983
(3) HAZ v. 13.12.84, FR v. 10.12.84
(4) SZ v. 14.12.84
(5) Taz v. 6.12.84

BE – Brennelemente
SB – Schneller Brüter
LWR – Leichtwasserreaktor



Dies sind die gestiegenen Zinsen, hier die Mehrkosten für Fehlplanungen, Bestechungsgelder, der Natriumbrand...



Schneller Brüter SNR 300: „Wesentlich höheres Schadenspotential"

GAU-verdächtiger Natriumbrand

Am 22.November letzten Jahres kam es auf dem Gelände des fast fertigen Schnellen Brüters in Kalkar zu einem Brand von 100qm Fläche auf dem Dach des Reaktorgebäudes. Zwar hatte dpa die Meldung angeblich schon einen Tag später erhalten, veröffentlicht wurde sie aber merkwürdigerweise erst am 12. Dez. Bei einer Erprobung des Sicherheitssystems entzündete sich flüssiges Natrium, das durch defekte (Un-) Sicherheitsventile auf das Dach des Dampferzeugerhauses gelangt war. Zu dem Feuer kam es, als das Natrium mit der feuchten Abdeckung einer Druckgasleitung, durch das es entwichen war, in Berührung kam. Verstärkt wurde es noch dadurch, daß die herbeigeilte Werksfeuerwehr zunächst versuchte den Brand mit Wasser (!) zu löschen. Dabei wissen im allgemeinen bereits Siebentklässler aus dem Chemieunterricht, daß sich Natrium selbst schon beim Kontakt mit feuchter Luft entzündet. Die in Kalkar wollen nicht einmal gewußt haben, daß es sich überhaupt um Natrium handelte, dabei mußte ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums kleinlaut zugeben, daß der für den Brand verantwortliche Systemfehler in der Abgasanlage schon im vorangegangenen Genehmigungsverfahren negativ aufgefallen war. Es ist bezeichnend für solche Genehmigungsbehörden, daß derartige Fehler erst nach einem Unfall "sehr sorgfältig und gewissenhaft" überprüft werden.

Dabei hätte es nach Recherchen der GRÜNEN, zu der von den Betreibern und Genehmigern immer als völlig ausgeschlossenen abgetanen Explosion des Reaktorkerns kommen können, wenn der Brüter bereits in Betrieb gewesen wäre.

Die Betreiberfirma Schnelle-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) sieht das natürlich etwas anders. Die Herren entblödeten sich zunächst nicht einmal, die Öffentlichkeit mit der Version eines simplen Dachpappenbrandes, entstanden bei Schweißarbeiten, für dumm zu verkaufen. Dann war von einigen Natriumpartikeln die Rede, obwohl die GRÜNEN herausbekommen hatten, daß es tatsächlich zwischen 50 und 150 kg Natrium waren, die durch die Leitung ins Freie entwichen waren. Erst nach und nach kam die Wahrheit ans Licht. Erklärung für die Beinahekatastrophe getreu dem Motto:'Wir konnten ja nicht wissen, daß...'. Jetzt sind sie allerdings schon soweit, einzusehen, daß die defekten Ventile immer noch nicht soweit entwickelt sind, daß sie jemals funktionieren könnten.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen, allen voran Arbeitsminister Farthmann, empörte sich heftig über die Informationspolitik der SBK. Sie sei "katastrophal und und nicht akzeptabel und fördere nicht das Vertrauen der Bürger in die Atomindustrie."

Nach dem Brand in Kalkar scheint die von der SBK für Frühjahr 1985 erhoffte erste Betriebsgenehmigung auf alle Fälle erstmal in etwas weitere Ferne gerückt.

Farthmann wurde wegen seiner Äußerungen von der Rechtsregierung in Bonn vorgeworfen "die Unwahrheit" gesagt zu haben, doch Farthmanns Äußerung zeigt, daß es der SPD vorrangig um die Akzeptanz der Atomenergie geht und gesundes Mißtrauen gegenüber der SPD nach wie vor angebracht ist.

Spezielle Gefährlichkeit Schnelle Brüter

Schon ein 10millionstel Gramm Plütonium (Pu) genügt, um bei einem Menschen Lungenkrebs auszulösen, im Brüter Kalkar sollen ca. 600 kg Pu erzeugt werden. Das darin enthaltene Gefahrenpotential läßt sich verdeutlichen, wenn frau annimmt, daß allein das in den BE enthaltene Inventar an Pu 239 gleichmäßig in einer 10 cm dicken Luftschicht über die ganze BRD verteilt wird, so würde der maximal als Dauerbelastung zulässige Wert um das Zehntausendfache übertroffen. Der Brüter ist technologisch noch viel schwerer zu bewältigen als ein LWR. Während beimLWR bei Überhitzung des Reaktorkerns (z.B. durch Ausdampfen des Kühlmittels) die nukleare Kettenreaktion aus physikalischen Gründen zum Stillstand kommt, wächst sie beim Brüter explosionsartig an, dabei kann es zu so großen mechanischen Energiefreisetzungen kommen, daß der Reaktortank und die darin befindlichen meterdicken Betonumhüllungen bersten und das radioaktive Inventar des Kerns in die Atmosphäre freigesetzt wird, insbesondere verdampft das Pu, so das große Mengen dieser Substanz schnell und weitgehend ungehindert ausströmen können. Explosionsartige Freisetzungen dieser Art sind im LWR nicht möglich.

Die (Kritiker) Forschungsgruppe der Enquete–Kommission errechnete bei sofortigem Bersten des Reaktortanks (Bethe–Tait–Unfall) 2,7 Mio spätere Todesfälle, die Zahl der Spättoten ist etwa 20mal größer als beim schlimmsten Kernschmelzunfall im LWR. In einem Modell für eine Bethe–Tait–Unfall wurde errechnet, daß in einem Gebiet von 40.000 Quadratkilometern keine Milchwirtschaft mehr möglich ist, Nahrungsmittelanbau auf einer Fläche von 26.000 Quadratkilometern auf Jahrzehnte verboten werden muß. Die Landverseuchung klingt bei LWR nach 150 Jahren auf ein Zehntel ab, beim Brüter wegen der langen Halbwertzeit der Pu–Freisetzung kaum.

Diese Unfälle liegen nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit mathematischer Berechnungen, sie waren bereits zweimal Wirklichkeit. 1955 schmolz in den USA der für heutige Maßstäbe winzige Kern des Experimentellen Brut–Reaktors (EBR I) zusammen. 1966 ein Teil des Kern bei einem Bethe–Tait–Unfall im Versuchsreaktor Enrico Fermi (USA). Auch in Kalkar wäre ein solcher Unfall durch den Natriumbrand, also den Verlust des Kühlmittels, Wirklichkeit geworden wenn der Reaktor bereits kritisch geworden wäre.

WAA für Schnelle Brüter

Mitte dieses Jahres wollen Frankreich, Großbritannien und die BRD die entgültige Entscheidung über den Bau einer gemeinsamen WAA für Schnell-Brüter BE fällen. Als Standort des Projekts ist Dounreay im Norden Schottlands ins Auge gefaßt worden. Dort steht heute der militärisch genutzte Prototyp Brüter Großbritanniens sowie eine Klein-WAA ausschließlich für die BE des SB. Die geplante SB-WAA soll das Material von 4 Reaktoren, 2 britischen, 1 französischen und einem bundesdeutschen aufarbeiten; mit der Fertigstellung der Anlage wird in ca. 15 Jahren gerechnet. Dies ist aber beileibe nicht das einzige Projekt dieser Art, an dem die BRD sich gerne beteiligen würde. Für dieses Jahr ist die Inbetriebnahme der Anlage TOR in Marcoule, Frankreich, vorgesehen. Hier sollen jährlich bis zu 5 t SB-BE aufgearbeitet werden, *„wobei grundsätzlich genügend Möglichkeiten für die Entwicklungsarbeiten bleiben"*.(1) Außerdem befindet sich eine „halbindustrielle" Anlage MAR 600 mit einer Kapazität von 50 t/a für die Entsorgung des Superphenix und zweier weitere 1.500 MW SB in einem frühen Planungsstadium, Standort soll ebenfalls Marcoule sein. Marcoule ist Standort der militärischen Wiederaufarbeitung in Frankreich, hier steht der militärisch genutzte SB Phenix.

Die scheinbar harmlose Kennzeichnung „halbindustrielle Anlage" läßt den Schluß zu, daß die staatliche Agentur CEA hier die militärischen Belange vertreten wird. *„Im Rahmen des deutschen Entwicklungsprogramms zur SB-BE-Wiederaufarbeitung ist der Bau einer Anlage MILLI II vorgeschlagen worden, die bei flexibler Auslegung 12 - 15 t ... durchsetzen könnte".* (1)

Begrenzte Erfahrungen

Die Wiederaufarbeitungserfahrungen von SB-BE sind äußerst gering. Die Wiederaufarbeitung des ausschließlich militärisch genutzten Brütermantels unterliegt in Frankreich und GB der Geheimhaltung, bekannt ist, daß Mantel-PU in Marcoule und La Hague sowie in Dounray abgetrennt wurde.
Mehr ist bekannt über die Wiederaufarbeitung des Brüterkerns (Core), von dem insgesamt ca. 30t aufgearbeitet wurden. 10t davon waren schwach abgebrannte BE in Dounreay, die dortigen Erfahrungen sind auf die Abbrandraten anderer, stromerzeugender Brüter nicht übertragbar. In La Hague und Marcoule wurden ca. 16t , in der Karlsruher Anlage "Milli I" ca. 30kg aufgearbeitet.

Die geringen Erfahrungen zwingen zur Anleihe bei der Wiederaufarbeitungstechnologie für LWR-BE, doch die Besonderheiten des SB-Brennstoffes werfen nach wie vor größte Schwierigkeiten auf. Ein Grund ist die erforderliche kürzere Abklingzeit bei Brüter-BE (eine längere Kühlzeit eleminiert einen Teil des Gefahrenpotentials) , zusätzlich müssen die Aufschlußarbeiten und die Entfernung der Natriumreste von den BE noch bei erheblicher Wärmeleistung vonstatten gehen, eine höhere Strahlenbelastung des Lösungsmittels im gesamten Extraktionsprozeß muß beherrscht werden. Die Menge zurückbleibenden Abfalls ist wegen der hohen Spaltstoffaktivität und Konzentration noch grösser als in LWR-WAA's.

Kooperation macht's möglich

Die von der DWK mitherausgegebenen 'Reprocessing News" sehen eine *"weitgehende Übereinstimmung der Programme in den drei Ländern"* (F, GB, BRD), die es nahe lägen *"die Anstrengungen zu koordinieren und zusammenzufassen. Dies ist zur Zeit Gegenstand von multinationalen Verhandlungen."* Bekanntlicherweise nutzen Frankreich und GB ihre SB militärisch, die BRD würde mit dieser Kooperation erstmals höchst waffengrädiges Pu in alleiniger Zusammenarbeit mit zwei Atomwaffenstaaten abtrennen. Sowohl Frankreich als auch GB unterliegen als Atomwaffenstaaten keiner Euratomkontrolle. GB unterstellte seine zivil genutzten Anlagen 1978 "freiwillig" der Euratom-Kontrolle, der der Zugang zum SB Dounreay und der WAA Windscale wurde den Euratom-Kontrolleuren mit der Begründung verweigert, *"dies würde ihnen militärische Informationen verschaffen, bei denen wir gehalten sind, sie nicht zu veröffentlichen".(2)*

Es ist zu erwarten, daß Frankreich und Großbritanien die Kontrolle der Anlagen verweigern werden – Gelegenheit für die BRD, sich unschuldig hinter dieser Weigerung zu verschanzen und sie als Eintrittskarte in den unkontrollierten Atomclub zu benützen.

Anmerkungen :
(1 Reprocessing News , Nov. 84
(2) WISE, Nov. 84

MOX-Plutoniumkonservierung

für den Schnellen Brüter

Mischoxid - Brennelemente (MOX - BE), mit Plutonium gemischte Leichtwasserreaktor-Uranbrennelemente (LWR - BE), kosten laut NUKEM-Geschäftsführer Stoll (1) 10.000 DM pro Kilo, Uran - BE kosten 1.100 DM pro Kilo.
In den AKWs Esensham, Obrigheim und Neckarwestheim sind im letzten Jahr ein Teil der herkömmlichen LWR - BE durch MOX - BE ersetzt worden, weitere sollen folgen. Auch in Japan, Frankreich, Großbritannien, Belgien und der Schweiz sind MOX-Programme gestartet worden – allesamt Länder, die ihre abgebrannten Brennelemente aufarbeiten lassen oder eigene WAAs besitzen. Angesichts der ungewissen Zukunft aller in den Schubladen lagernden Brüter-Pläne stehen die Länder, die das in den WAAs abgebrannte Pu nicht direkt in ihre Atomwaffen stekken können oder wollen, vor dem Problem der Aufhäufung ungenutzter Pu-Arsenale.
Die Lagerung dieses Pu's wirft große Probleme auf, eine Verarbeitung zu Brennstoffen muß innerhalb von drei Jahren geschehen.
Plutonium hat die Eigenschaft spontan in AMERICIUM zu zerfallen, einen Gamma-Emitter mit der extrem langen Halbwertzeit von 7650 Jahren. Das aus LWR abgetrennte Pu enthält 10 - 20 % Pu 241, das sich aufgrund seiner kurzen Halbwertzeit (14,6 Jahre) schnell in Americium umwandelt. Das Americium läßt die ohnehin gefährliche Verarbeitung noch riskanter werden. Bei längerer Lagerung muß das Pu daher von Americium gereinigt werden, was sehr teuer wird. Die Kosten einer zehnjährigen Lagerung von spaltbarem Pu inclusive Reinigung betragen 18.000 - 30.000 $ / kg, der Preis für frisches Pu liegt laut Euratom-Bericht bei 4.000 - 5.000 $ / kg.
Mit der Verwendung von MOX- BE in LWR sollen die Pu-Bestände konserviert werden, den Zweck dieser Operation benannte der Direktor der französischen COGEMA, Aycoberry, sehr offen:*„Plutonium-Recyclierung im Leichtwasserreaktor erlaubt einen effizienten Gebrauch verfügbaren Plutoniums bis zur schwebenden Realisierung von Schnellen Brütern in Serie, die für den Beginn des nächsten Jahrhunderts während der weltweiten Rezession angekündigt ist."* (2) Daß mit diesem Pu nicht „billige" Brüter zur Abwendung der Weltwirtschaftskrise bestückt werden sollen, sondern die Atomwaffenarsenale kommender Atomwaffengenerationen auf großer Stufe ist am Beispiel Frankreichs bereits heute zu belegen.

Von dieser Kalkulation profitiert z.B. die Hanauer Plutunium-Firma Alkem, die ihre MOX- Fertigung von 15 auf 40 t/a ausbauen will, sowie die COGEMA, die ihre Pläne zur Entwicklung der MELOX-Anlage vorantreibt. Dort soll ab 1990 ca. 100 t MOX-BE pro Jahr gefertigt werden. Die geplante Erweiterung UP 800 der WAA La Hague soll zur Wiederaufbereitungsanlage für MOX und hochangereicherte Uran-BE umgewandelt werden. (3)

Anmerkungen:
(1) atomwirtschaft 2/83
(2) WISE Nr. 218, 11/84
(3) WISE Nr. 214, 10/84

Demo in Hanau, Foto: D.Köge

....HANAU...

Staatsanwalt beschlagnahmt Akten bei ALKEM

Der Vorwurf des illegalen Betriebs einer kerntechnischen Anlage hat für die ALKEM nun auch ein strafrechtliches Nachspiel eröffnet. Am 31.10.84 war durch den Anwalt Matthias Seipel (Hanau) eine Strafanzeige im Auftrag eines Hanauers gestellt worden. In ihr wurde beantragt, ein Ermittlungsverfahren gegen die Geschäftsführer der ALKEM einzuleiten sowie gegen die verantwortlichen Sachbearbeiter im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik wegen Beihilfe zum Betreiben einer unerlaubten Anlage vorzugehen. Den rechtlichen Hintergrund für diese Anzeige bietet der § 327 des Strafgesetzes, wonach der illegale Betrieb einer kerntechnischen Anlage strafbar ist. Da dieser Paragraph in der bundesrepublikanischen Rechtsgeschichte noch nie zur Anwendung kam (es geht ja bekanntlich im Atombereich stets alles nach Recht und Gesetz), war das Erstaunen bei den Nuklearfritzen in Hanau-Wolfgang entsprechend groß.

Noch überraschter jedoch dürften sie gewesen sein, als dann am 11. Dezember tatsächlich die Staatsanwaltschaft auftauchte und im Gefolge von "Atomexperten des TÜV" Berge von Dokumenten beschlagnahmen ließ. Das Material wurde sichergestellt, wobei die Firmenleitung sich kooperativ gezeigt haben soll, und in einem eigens von der Firma freigemachten Raum in Schränken aufbewahrt. Wie sicher dabei das staatsanwaltliche Siegel an der Tür ist, steht noch offen?

Die Sichtung und Untersuchung der Tausende von Blättern hält zur Stunde immer noch an. Immerhin kann nun im Detail geprüft werden, wie es dazu kam, daß z.B. die Stadt Hanau für den Bau eines Plutonium-Bunkes einen Bauschein ausstellen konnte oder wie die Rechtskonstruktion der Genehmigungsbehörde für weitgreifende Änderungen im Betrieb und im Zubau der Anlage zustande kamen.

Es darf sicherlich nicht unser einziger Weg bleiben, auf bürgerliches Recht zu pochen, da dieses Recht ohnehin im Sinne der Herrschenden angewendet wird, doch als Spiegelbild für die Glaubwürdigkeit der Atombosse kann es immerhin noch herhalten.

Jedenfall darf es als Erfolg für die Anti-AKW-Bewegung gewertet werden, daß selbst ein Staatsanwalt an den Machenschaften nicht mehr vorbeikommt. Politisch gesehen setzte sich der mutige Staatsanwalt sofort den Angriffen von CDU und FDP aus, die ihn und den Oberstaatsanwalt des Hanauer Landgerichts schon zwei Tage später zum Rapport vor den Landesausschuß luden.

Arbeiter bei ALKEM plutoniumverseucht Leiharbeiter erstes Opfer

Zum ersten Mal wurde nun öffentlich, daß ein Arbeiter bei der ALKEM mit Plutonium verseucht würde. Der folgenschwere Zwischenfall hatte sich im Oktober 84 ereignet, als im Handschuhkasten ein etwa 45-jähriger Leiharbeiter über einen kaputten Handschuh mit Plutonium in Berührung kam. Erst durch eine vom Betroffenen beantragte Blutuntersuchung stellte sich heraus, daß auch Plutonium ins Blut gelangte. Wie inzwischen bekannt wurde, sind defekte Handschuhe beim Umgang mit Plutonium keine Seltenheit mehr und werden von den betroffenen Arbeiterinnen meist auch gar nicht sehr ernst genommen. Der Vorfall zeigt, wie groß die Sicherheit bei der ALKEM ist und es erscheint immer dubioser, wie die Berufsgenossenschaft die ALKEM in die Gefahrenklasse 1,6 einstufen kann. Dies wird von der Firma stets als Rechtfertigung für den sicheren Betrieb angeführt. Sie vergleicht sich nämlich etwa mit den Gefahren, die in einem Zeichenbüro entstehen.

Nach Recherchen der Frankfurter Rundschau wurde nun klar, daß in den Hanauer Nuklearbetrieben ca. 17 % der Beschäftigten von Leiharbeiterinnen gestellt werden. Diese dürfen gesetzlich nur für 3 Monate an einer Arbeitsstelle bleiben. Der Fall des

Kontaminierten dürfte wohl nur die Spitze des Eisberges darstellen, da selbst der Sicherheitsbeauftragte Hagenberg (ALKEM) auf einer Fachverbandstagung 1976 festgestellt hatte: "Die Einhaltung der maximalen Dosiswerte ist oft nur durch einen rechtzeitigen Wechsel des Arbeitsplatzes möglich". Wie sehr sich für einen solchen Zweck Leiharbeiter eignen, liegt auf der Hand.
Im übrigen zeigt der Fall des Kontaminierten, wie medizinische Voruntersuchungen laufen, da noch nicht einmal festgestellt worden war, daß er an Hämorrhoiden leidet, wodurch die Kontamination im Blut entstand. Daß er mit Plutonium umzugehen hatte, wurde ihm von der Leihfirma ebenfalls nicht gesagt. Zur Einführung genügte ein Propagandafilm über Atomenergie.

Nachlese zur Hanau-Demo am 15. Dezember

Von Nicaragua bis Bangladesh, von BBC-London bis Australien wurde es getickert und gesendet, daß in Hanau mehr als 5 000 Demonstrantinnen gegen die Lagerung und Verarbeitung von Plutonium und Uran protestierten. Endlich mal weltweit bekannt, die Traumvorstellung mancher BI-lerin in Hanau hatte sich erfüllt. Während Bild am Sonntag von einer "Straßenschlacht mit Stahlkugeln" schmierte und gar 70 000 Autofahrerin im Stau stecken ließ, berichtete der überwiegende Teil der Tageszeitungen von der größten Demo in Hanau mit "Ausschreitungen nach der Demonstration". Verwundert nahm auch manche Pressevertreterin zur Kenntnis, daß die Zahl der Teilnehmerinnen vom Demo-Leitung und Einsatzleitung der Polizei jeweils mit ca 5 000 beziffert wurde. Friedliche und lockere Stimmung wurde den Teilnehmern attestiert. Neben den überall erwähnten "Steinwürfen von Vermummten" nach Beendigung der Abschlußkundgebung vor dem Tor der benachbarten Degussa, schrieben jedoch nur einige Blätter vom Wasserwerfer- und Stockeinsatz gegen "Unbeteiligte". Und hätte nicht ein Kamerateam des Hessischen Rundfunks hautnah miterlebt, wie zwei Fotografinnen grundlos zusammengeschlagen wurden, so hätte kaum ein Presseorgan über die aufziehenden Maßnahmen des Atom- und Überwachungsstaates berichtet. Immerhin waren ca. 1 800 Polizeibeamte in Einsatz und Bereitschaft gewesen. An- und abfahrende Autos waren ebenso hinreichend kontrolliert worden, und nach Abschluß der Demo wurde ein grüner Stadtrat aus Forchheim überfallartig festgenommen und ins Polizeipräsidium geschleift. Dies als Kehrseite zu einer friedlichen Demo, die aufgrund des Plutoniumwurms, der NUKEM-Krake und insbesondere des Stelzensensen-Manns mit Zimmermann an der Leine das Prädikat "lebendig" durchaus verdiente.
Welches Echo unser Protest in der Hanauer Bevölkerung hinterlassen hat, läßt sich nicht einheitlich feststellen. Die Stadt und deren Oberhaupt versuchte durch Stellungnahmen zum Ablauf der Demo inhaltliche Äußerungen zu umgehen. Daß wir auf einem Pulverfaß sitzen, hat wohl der Bürgermeister Hanaus in einem Anflug von schwarzem Humor schon vor einem Jahr gesagt, doch nach wie vor verschließen die Verantwortlichen die Augen und preisen die sicheren Arbeitsplätze in den Hanauer Nuklearbetrieben. Vereinzelt wurde in Stimmen aus der Bevölkerung etwas mehr Gefahrenbewußtsein deutlich, doch werden solche Empfindungen allzu schnell mit dem Argument der Arbeitsplätze erstickt.

Das militärische Potential muß nach wie vor betont werden

Schon im November haben wir mit einem Schreiben in 3 Sprachen auf die Gefahren von 6,7 t waffenfähigen Plutoniums und 6 t hochangereicherten Urans national und international versucht, Stellungnahmen an die Bundesregierung aus aller Welt anzuregen. Die Hunderte von Briefen, die wir mit finanzieller Unterstützung der Bundes-Grünen an Botschaften, befreundeten Organisationen und in- und ausländische Parlamentarierinnen verschickten, haben bislang nur ein kleines Echo gezeigt. Vielleicht aber kommt auch nur ein geringer Rücklauf an uns zurück. Immerhin hat ein Labour-Abgeordneter des Europa-Parlaments bei Lady Thatcher und bei Herrn Kohl Protest erhoben. Ein parlamentarischer Entschließungsantrag der Regenbogenfraktion wurde von Frank Schwalba-Hoth und Undine von Blottnitz ins Europa-Parlament gebracht. Und schließlich hat sich der Verteidigungsausschuß der USA Ende Januar mit der ALKEM beschäftigt. Wir hoffen auf weiteren Protest aus dem Ausland. Sicherlich wird das Thema Hanau auch im Hinblick auf die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags im September 1985 eine Rolle spielen müssen.

Ein weiterer Ansatz: die Gesundheit der Beschäftigten - ran an den DGB

Jens Scheer hat in seinem Beitrag am 15. Dezember in Hanau ganz besonders auf die Gefahren der langfristigen Schäden durch radioaktive Niedrigstrahlung hingewiesen. Der Fall des plutoniumverseuchten Arbeiters bei ALKEM hat erneut gezeigt, welchen Gefahren auch aktuell die Arbeiter ausgesetzt sind. Im Dezember und Januar sind wir gerade wegen der Gefahren und in der Frage der Leiharbeiter mit dem DGB über einen Beitrag der GRÜNEN in eine heftige Auseinandersetzung in der lokalen Presse geraten. Diese Auseinandersetzung gilt es weiterzuverfolgen. Der DGB hier im Main-Kinzig-Kreis ist auf strammer Pro-Atom-Linie und leugnet jegliche Gefahren ab. Wir glauben, daß der Ansatz, den Jens Scheer durch seine Gespräche mit Betriebsräten geleistet hat, auch für die Situation in Hanau etwas hergeben müßte.

Demo in Hanau, Foto: D.Köge

Der rot-grüne Knatsch in Hessen - wie geht's weiter auf BI-Ebene?

Sicherlich hat der Bruch des rot-grünen Bündnisses in Hessen einiges in Bewegung gebracht. Jetzt stellt sich die Frage, inweifern wir auf der BI-Ebene weitere Impulse entwickeln können, die jenseits der grünen Schiene Druck ausüben können. Ob SPD und GRÜNE in Hessen wieder zu einer Zusammenarbeit kommen, darf von uns nicht als alleiniger Fixpunkt angestarrt werden und unsere Aktivitäten lähmen. Wenn die BI-Bewegung durch die DEMO vom 15.12.84 in Hanau einen neuen Schub erfahren hat, so muß z.B. mit der WAA-Entscheidung, die ja auch mit Hanau etwas zu tun hat, öffentlicher Protest am Standort massiv zum Ausdruck gebracht werden. Das Ausstiegsszenario aus der Atomenergie - so von SPD und GRÜNEN vereinbart - darf die BI-Bewegung nicht in den Schlaf verfallen lassen.
Elmar- Initiativgruppe Umweltschutz Hanau

Inzwischen gibt es auch eine *Video-Casette* zu den Hanauer Nuklearbetrieben - mit Beiträgen von der Demo am 15.12.84 zu entleihen bei: Cinemedia, Kettelerstr. 6, 605 Offenbach oder Video und Tonbildschau, Spohrstr. 26, 6 000 Frankfurt am Main.

Wer oder was sinnvolle

So ist es ! Die tagtäglich vorangetriebene Zerstörung unseres Lebensraumes nennt man „sichere Versorgung". Seit 1920 versteckt die Energiewirtschaft ihre privatwirtschaftlichen Ziele hinter der Floskel vom „öffentlichen Interesse". Der Wald stirbt an Schwefeldioxid und Stickoxiden, die Luft ist verpestet, die Flüsse sind Kloaken, der Boden ist von der energieintensiven Landwirtschaft fast zerstört. Kinder trinken von giftgefüllten Brüsten und leiden an Pseudokrupp. Rohstoffe gehen zur Neige, Resourcen werden verschwendet. Bei der Stromerzeugung erfüllen nur ca 30% der eingesetzten Energie ihren Zweck, der Rest belastet die Umwelt als Abwärme.
Sinnvolle Konzepte für Energiesparen, rationelleren Energieumsatz, Einbeziehung regenerativer Energiequellen und dezentraler Energieversorgung liegen in den Schubladen und verschimmeln. Warum ?
Eine zentrale Ursache ist das seit 1935 nahezu unverändert geltende „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft", das oft verharmlosend „Energiewirtschaftsgesetz " genannt wird und die damit eng zusammenhängende Struktur der Energiewirtschaft. Die mächtigen Monopolisten der Stromerzeugung wußten dafür zu sorgen, daß der Passus „ im Interesse des Gemeinwohls die Energiearten einzusetzen " stets zu ihrem Wohl ausgelegt wurde.

Geschichte des Gesetzes

Am 13.12.1935 unterzeichnete Adolf Hitler das „ Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft ", ein Energieermächtigungsgesetz „ zur Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung ".
Ziel war, die deutsche Industrie kriegsfähig zu machen, wofür eine autarke, mächtige Energiewirtschaft und ein Großverbundnetz für nötig befunden wurden. Um dies zu erreichen mußten die sich destruktiv bekämpfenden großen EV U, insbesondere RWE und PREAG, befriedet werden, während die „uneffektiv arbeitenden" kommunalen Energieversorger zum Abschuß freigegeben wurden. 1927 hatte die Befriedung von RWE und PREAG mit dem sogenannten „Elektrofrieden" begonnen, 1935 wurde mit dem „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft "endgültig die Phase des offenen Expansionismus der großen EV U beendet'. Das Deutsche Reich wurde durch „Demarkationsverträge" unter den größten Stromerzeugern aufgeteilt und der Aufbau eines Versorgungsverbundnetzes begann. Im Bereich der heutigen BRD teilen sich , damals wie heute, 9 EV U den Kuchen. Die großen EV U hatten sich damit gegen den Flügel der NSDAP durchgesetzt, der aus militärstrategischen Gründen eine dezentrale Energieversorgung bevorzugte und so die Macht der großen Stromerzeuger gebrochen hätte.
Um schon zu Friedenszeiten unbemerkt große Produktionskapazitäten aufbauen zu können, ließ man sich Sonderverträge einfallen, nach denen die Großindustrie den Strom zu Tarifen teils unter den Entstehungskosten erhielt. Die Bevölkerung mußte durch entsprechend höhere Tarife ungefragt die Dumpingpreise finanzieren. Hätte der Staat die Großindustrie direkt subventioniert, wäre dies weltweit aufgefallen und das Deutsche Reich hätte sich kräftig verschulden müssen.
Oberster Herr der Energiewirtschaft wurde zunächst Reichswirtschaftsminister Schacht. Mitten im Krieg setzte Hitler den „Generalinspektor für Wasser und Energie " an die Spitze.Der sich daraus entwickelnde Führungsapparat stellte eine eigentümliche Mischung von Behörde und wirtschaftlichem Management dar. Die so strukturierte deutsche Energiewirtschaft konnte sich bruchlos über das Kriegsende hinaus retten. Noch vor Gründung der BRD wurden die Funktionen des Generalinspektors von der „Deutschen Verbundgesellschaft "(DVG) übernommen. In der DV G sind neun maßgebliche Stromerzeuger zusammengeschlossen. Einstimmig (lt. Satzung) beschließen sie ohne jegliche unmittelbare öffentliche Kontrolle die Richtlinien der deutschen Energiepolitik und entscheiden somit über den Bau neuer Großkraftwerke und Hochspannungstrassen. Die Aufgaben des Reichswirtschaftsministers wurden vom Bundeswirtschaftsminister und den elf Landwirtschaftsministern übernommen. Es gehört zu den Ungereimtheiten unserer Republik, daß weder der Generalinspektor für Wasser und Energie, noch der Reichswirtschaftsminister aus dem geltenden Gesetzestext gestrichen sind. Es stünde den regierenden Demokraten gut an, wenn sie das Gesetz endlich entnazifizierten.

Unmittelbare Folgen des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft

1) In der Präambel des Gesetzes heißt es „die Energieversorgung " ist „so sicher und billig wie möglich zu gestalten ". Der Begriff billige Energieversorgung bezieht sich ausdrücklich nur auf Strom und Gas, nicht aber auf Wärme. So kommt es, daß die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme nicht in Rechnung gestellt wird. Der in Großkraftwerken unter starker Luftverschmutzung ohne Abwärmenutzung mit einem Gesamtwirkungsgrad von ca. 30% erzeugte Strom gilt als billig. Der in kleinen dezentralen Heizkraftwerken in Kraftwärmekopplung mit Wirkungsgraden bis zu 90% erzeugte Strom gilt als teuer. Von rationellem Energieeinsatz oder gar gering zu haltender Umweltbelastung ist im Gesetz nirgends als Zielvorgabe die Rede.
2) „So billig wie möglich " war seit Inkraftreten des Gesetzes auch als Knüppel gegen kommunale EV U. gedacht, die keine großen Kapitalmengen ihr eigen nennen können und keinen so günstigen Zugang zu Energieträgern besitzen, wie z.B. das RWE mit seinen Braunkohlevorräten. Laut §8 kann der Reichswirtschaftsminister den Betrieb eines EV U untersagen, wenn es seine „auferlegten Pflichten " nicht erfüllt. Die fette Beute landet im Rachen der großen EV U. So untersagte das Landwirtschaftsministerium von Niedersachsen 1984 den Bau eines Heizkraftwerkes in Hannover aus Kostengründen. Ausschlaggebend waren die durch die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Grohnde weiter anwachsenden Stromüberkapazitäten des Energieriesen PREAG, der der Stadt Hannover Strom zu absoluten Dumpingpreisen anbot, mit denen die Stadtwerke bei Eigenerzeugung nicht konkurrieren konnten. Dennoch wollten die Stadtwerke im Hinblick auf eine langfristige Energiepolitik ihr Heizkraftwerk bauen und das Fernwärmenetz erweitern. Die umwelt– und energieschonende Politik wurde vom Landwirtschaftsministerium mit Hinweis auf das „Energiewirtschaftsgesetz " untersagt, womit die Stadtwerke zu abhängigen Weiterverteilern von PREAG– Strom degradiert wurden.
3) Nach §6 ist das EV U, welches ein bestimmtes Gebiet monopolistisch versorgt, verpflichtet, jedermann zu den bekanntgegebenen Tarifen „an sein Versorgungsnetz anzuschließen ", es sei denn, der Verbraucher betreibt „selbst eine Energieanlage zur Erzeugung von Elektrizität ". Liegt Eigenversorgung vor, so kann sich das EV U weigern, den eventuell benötigten Reststrom zu liefern, und wenn es ihn liefert zu überhöhten Preisen. Kommunen und Industrie müssen im Falle von Eigenerzeugung eine sogenannte Dauerreservegebühr bezahlen, und zwar dafür, daß das EV U „ständig "eine Reservekapazität an

verhindert eine Energiepolitik?

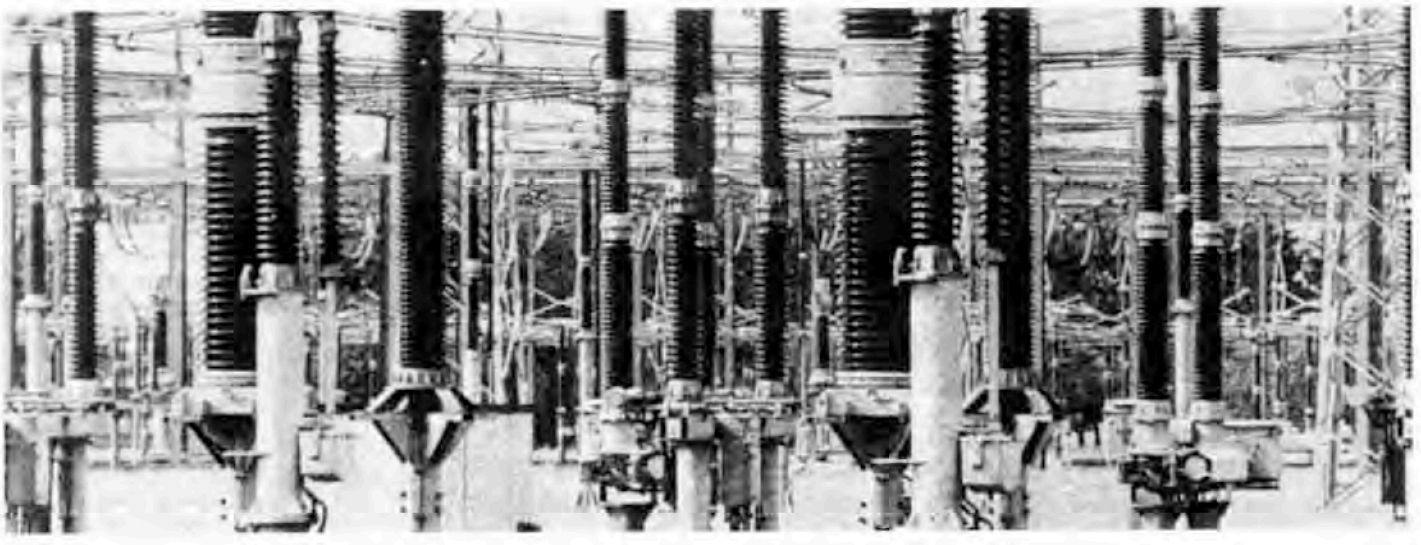
Strom bereithält. Diese Dauerreservegebühr ist genau wie die Grundgebühr bei Privathaushalten unabhängig vom real bezogenen Strom, sie muß auch bezahlt werden, wenn man keinen zusätzlichen Strom bezieht.
Bis 1979, als das Kartellamt ein V erfahren wegen „mißbräuchlicher Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung" gegen die großen EV U einleitete, mußte die Industrie die Eigenstromerzeugung sogar noch grundsätzlich mit einer Paralellfahrgebühr bezahlen!
Während für den Reststrom überhöhte Preise gefordert werden, wird der von Privaterzeugern ins Netz eines EVU eingespeiste Strom als Zumutung für dasselbe empfunden: Für den eingespeisten Strom werden lediglich Spottpreise gezahlt. Dabei ist eine Einspeisung von privater Seite technisch unkompliziert. Über jede Steckdose die Strom liefert kann prinzipiell auch Strom eingespeist werden, sofern der erzeugte Strom gleiche Frequenz und gleiche Phase besitzt, was mit elektronischen Schaltungen, die im Selbstbau einige hundert Mark kosten gewährleistet werden kann. Der Stromzähler läuft in diesem Fall einfach rückwärts, es sei er ist, wie die neuen RWE– Zähler, durch eine mechanische Rücklaufsperre „gesichert".

Eigenerzeugung unwirtschaftlich

Durch Sonderverträge, Dauerreservegebühr, überhöhte Reststrompreise, sowie ungünstige Einspeisetarife gestaltet sich die Eigenstromerzeugung heute unwirtschaftlich. Die in der Industrie erzeugten Strommengen sind stark rückläufig (von 50% Anteil an der Stromproduktion in den 50er Jahren auf unter 20% heute), V iele Kommunen gaben die Eigenerzeugung ganz auf. Für Privatleute wird der Einsatz von Energieboxen, das sind kleine Blockheizkraftwerke, erst dadurch unrentabel. Durch diese Politik wird insbesondere auch der Strom aus regenerativer Stromerzeugung, wie Sonnen– Wind– und biogasbetriebenen Generatoranlagen künstlich verteuert.

4) Tarifstruktur
Seit dem 3. Reich hat sich die grundsätzliche Struktur der Stromtarife wenig geändert. Privatleute mit ihren hohen Tarifen (1981 ca. 17 Pf/kWh) werden gezwungen, die billigen Sonderverträge zwischen EVU und Großindustrie (im Mittel 9 Pf/kWh), die z. T. den Strom unter den Erzeugungskosten bezieht (3 Pf/kWh für einige Aluminiumhütten) zu subventionieren. Kleinbetriebe und Handwerk zahlen deutlich höhere Tarife als die Industrie.
Die Aufteilung der Stromrechnung in Grund- und Arbeitspreis, sowie der niedrigere Arbeitspreis bei hohem Verbrauch (Tarifgruppe II) fördern ganz gezielt den Mehrverbrauch im Privatbereich. Um den günstigen Nachtstromtarif für Speicherheizungen zu erhalten, muß frau eine bestimmte Mindestmenge abnehmen – bleibt frau darunter, erhöht sich der Tarif.
Mehrverbrauch ist erwünscht, da er den EVU fette Profite bringt. Die milliardenschweren Propagandakampagnen für verstärkten Einsatz von Strom zur Erzeugung von Heizwärme und Warmwasser verfehlen ihre Wirkung nicht. Strom – Hauptschuldiger an Energieverschwendung und Waldsterben – wird uns als sauberer Energieträger verkauft. Bereits 15% aller vom RWE versorgten Haushalte sind mit Nachtstromspeicherheizungen ausgerüstet, das sind doppelt so viele wie im BRD-Schnitt.

5) Überlandleitungen
Obwohl die Kosten für Bau und Wartung der Leitungsnetze durch Anschluß- und Grundgebühren von den Stromverbrauchern bereits doppelt und dreifach



bezahlt wurden, gehört das Netz laut Gesetz nicht den Verbrauchern. Es ist nicht wie das öffentliche Straßennetz für jede, die sich an gewisse Regeln hält, zugänglich. Das Verteilernetz ist in den Händen der großen EVU, insbesondere des RWE. Und das merkt frau (s. u.).

Anmerkung

Manche Kritikerinnen heutiger Energiepolitik sagen, frau solle das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft nicht überbewerten. Wichtiger als der Gesetzestext seien die Auslegungen, die von den politischen Machtverhältnissen abhingen. So steht z. B. im Gesetz: Die Energiewirtschaft sei *"im Interesse des Gemeinwohls wirtschaftlich einzusetzen"*. Nimmt frau diese Worte ernst, so kann das oben zitierte *"billig"* auch im Sinne langfristiger volkswirtschaftlicher Folgekosten interpretiert werden. Ob das Gesetz neu interpretiert oder völlig ersetzt werden sollte, überlassen wir gerne juristischen Experten. Desweiteren bleibt anzumerken, daß z. B. das Kartellgesetz, nach dem in der Energiewirtschaft Monopolisierungen zulässig sind, ebenso Beachtung finden muß.

Die gekauften Kommunen
oder das Problem einer Rekommunalisierung der Energieversorgung im Sumpf der Intressensverflechtungen

Unsere heutige Stromversorgung liegt in den Händen weniger Monopolunternehmen, die die BRD zentralistisch versorgen. Diverse gesetzliche Regelungen "belohnen" die Kommunen dafür, keine eigenen Energieaktivitäten zu erbringen:

1)Konzessionsabgaben (KA)
Die Kommunen können ihr kommunales Wegerecht in sog. Konzessionsverträgen an ein EVU abgeben. Das EVU zahlt dann als Entgelt für die Verlegung und Benutzung von Versorgungsleitungen auf dem Gebiet der Kommune die sog. Konzessionsabgabe. In Konzessionsverträgen kann die Kommune die eigene Erzeugung und Verteilung von Strom, Gas und Wasser vollständig oder teilweise an ein EVU abtreten, wofür ebenfalls KA gezahlt werden. Die KA bringen den Kommunen risikolose Pfründe, eine eigene Energieversorgung wäre hingegen ein wirtschaftliches Risiko.
1980 macht die KA insgesamt 2438 Mio. DM aus, was einem Anteil zwischen 1% und 4% an den laufenden Einnahmen der Kommunen ausmacht. Für die Investitionen der Städte spielt die KA eine entscheidende Rolle. Ihr Anteil an der "freien Spitze", dem Geld, welches für neue Investitionen zur Verfügung steht, liegt zwischen 13% und 99%.
Der Abbau der KA ist notwendig, *"wenn sich die Entscheidung der Gemeinden über die Wahl zwischen Eigen- und Fremdversorgung an energiewirtschaftlichen Kriterien orientieren soll"*, so die deutsche Monopolkommission.
Einem Vorschlag nach, sollten die KA statt die Gemeindekassen zu füllen und diese zu korrumpieren, in einen bundesweiten Topf fließen, aus dem energiesparende Maßnahmen, sowie regenerative Energiequellen gefördert werden.

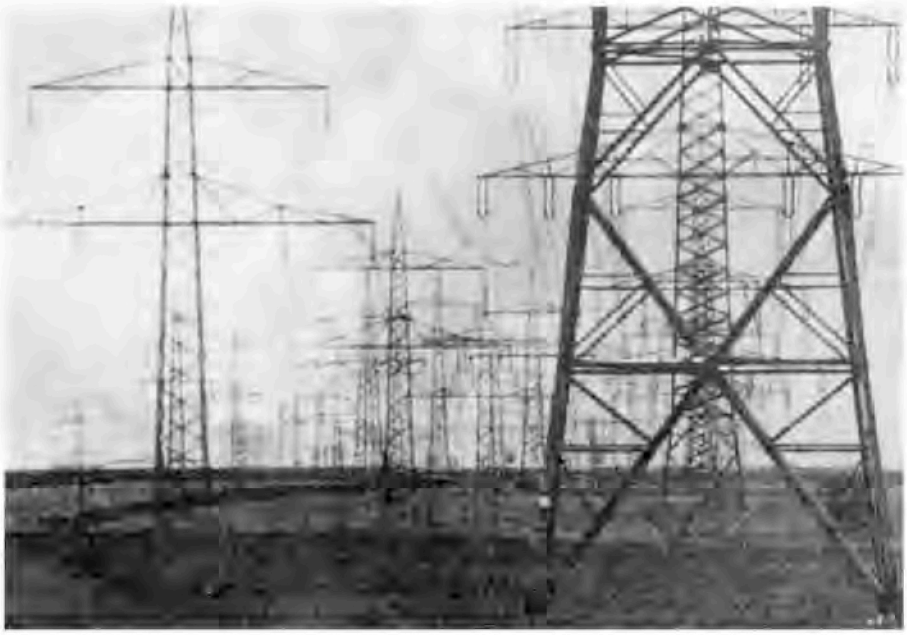
2) Neben den KA verdienen die Kommunen durch Gewinnabführungen, Gewerbesteuerzahlungen und Dividende an der Energie- und Umsatzexpansion der EVU, d. h. die Kommunen verdienen mit am steigenden Energieverbrauch. Jede Sparstrategie trifft ihre Haushalte.

3) Die Oberbürgermeister der Kommunen sitzen im Aufsichtsrat der EVU, Oberkreisdirektoren und Landräte in den Beiräten der EVU. Für die Aufsichtsratstätigkeit erhalten sie die horrende Summe von über 1300 DM für ca. drei Sitzungen im Jahr, die in ihre private Tasche fließen. Das erleichtert es ihnen natürlich, die derzeitige Energiepolitik gut zu heißen und sie nach Kräften zu fördern.

Kommunale Unternehmen werden so seit Jahren geködert, ihre Eigenversorgung aufzugeben. Erschwerend hinzu kommen aus dem "Energiewirtschaftsgesetz" abgeleitete Handhabungen: Jede Energieversorgungsanlage, die andere als den Erzeuger versorgt, muß genehmigt werden. Kommunalen (Heiz-) Kraftwerken wird die Genehmigung oft verwehrt, weil:
(a) sie bestehende Energieversorgungsstrukturen schwächen könnten,
(b) Doppelinvestitionen vermieden werden sollen,
(c) ihre (Heiz-) Kraftwerke zu klein sind (s. u.)
(d) die großen EVU sicherer und preisgünstiger Energie lieferten.
Letzter Punkt ist bei volkswirtschaftlicher und langfristiger Betrachtungsweise selten aufrechtzuerhalten.

Das große Schrumpfen

Die großen EVU können allerdings mit ihrem dicken Kapitalpolster ohne Existenzsorgen über Jahre hinweg lokal Strom unter Enstehungskosten anbieten, um Industrieeigenerzeugung unrentabel zu machen und kommunale EVU zur Aufgabe zu zwingen. Und dies gelingt seit Jahrzehnten bestens: Gab es vor 40 Jahren noch 16000 EVU, so fiel die Zahl in den 50er Jahren auf 3500 und liegt heute bei 900, von denen allerdings 600 Strom lediglich weiterverteilen. Völlig beherrscht wird die bundesdeutsche Stromproduktion heute von neun Unternehmen (von denen zwei Töchter der VEBA sind), die 90% des Stroms produzieren, allen voran das RWE mit einem Anteil von 38%.
Durch ihre Monpolstellung gibt es für die großen EVU kein unternehmerisches Risiko. Alle Kosten können auf die Verbraucher abgewälzt werden. So sprach die Frankfurter Rundschau davon, daß die EVU eigentlich keine wirklichen Unternehmen seien, sondern lediglich "Kosten-Umleger", allerdings mit sattem Profit.



RWE - Zentrale in Essen

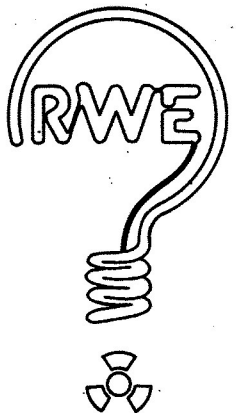
Geballte Macht

Die zentralistische Energieversorgung durch wenige, stetig wachsende Monopolunternehmen hat schwerwiegende Folgen. Immer größere Kapitalmengen ballen sich zusammen. Geld ist Macht. Wenn frau bedenkt, daß die in der DVG zusammengeschlossenen EVU jedes Jahr einen Umsatz in Höhe des gesamten Bundeswehretats machen (das RWE machte 1982 allein 24 Mill. DM Ums.), wird klar, daß diese geballte Macht in den unkontrollierten Händen der EVU eine Gefahr, nicht nur für eine sinnvolle Energiepolitik, sondern auch für unsere Demokratie darstellt. Die neun EVU bestimmen praktisch die Energiepolitik, sie liefern die Gutachten und Prognosen für die Politiker, sie haben sogar die Macht, kommunale Zusammenschlüsse, wie den geplanten Köln-Düsseldorf-Duisburg, zu verhindern. Die Machenschaften der EVU werden weder von Marktmechanismen, noch von demokratisch legitimierten Politikern eingeschränkt.

Gesetze decken die Macht der großen Neun und die großen Neun passen auf "ihre" Politiker auf, daß sich an den Gesetzen nichts ändert, bzw. nur monopolfreundliche Gesetze verabschiedet werden.
So die Großfeuerungsverordnung mit ihren zahlreichen Ausnahmeregelungen im Sinne des RWE oder der 300 MW-Erlaß, nachdem nur Kraftwerke ab 300 MW eine Betriebsgenehmigung erhalten sollen. Bei einigen Energieaufsichtsbehörden zeichnen sich sogar Bestrebungen ab, Kohlekraftwerke erst ab 600 MW und Kernkraftwerke erst ab 1200 MW zu genehmigen. Die EVU verteilen eben nicht nur Strom, Gas und Wasser, sondern auch riesige Geldbeträge, was Minister Farthmann zu der Bemerkung von der *"legalen Korruption unserer Zeit"* veranlaßte. Politiker und Kommunen werden durch KA, Dividenden, Gewerbesteuern, Aufsichtsratsgelder etc. von den EVU bestochen. Die mit Sondertarifen einseitig verwöhnte Großindustrie unterstützt natürlich ebenfalls gerne die herrschende Energiepolitik.
Dezentrale und regenerative Energiequellen stoßen nicht auf das Wohlwollen der Großen, würden sie ja nicht nur die Energieversorgung, sondern auch Macht und Profit dezentralisieren. Würde nur das halbe Potential dezentraler Blockheizkraftwerke genutzt, flössen 10 Mill. DM pro Jahr statt in die Kassen der EVU in die Hände der Kleinerzeuger.
Nichts ist den Großen unangenehmer, als daß die Hintergründe ihrer Energiepolitik ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden.

Vorprogrammierte Energieverschwendung

Die Politik der großen EVU führt zu einer vorprogrammierten Energieverschwendung: der Strommarkt wird ausgedehnt, die Abwärme nicht genutzt, dezentrale und regenerative Energieversorgung behindert und ein verlustreiches Verbundsystem aufgebaut. Den großen EVU gelang es bislang, die Kraftwärmekoppelung, also die Nutzung der Abwärme bei der Stromerzeugung, weitgehend zu sabotieren. Ein Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze würde das Eindringen des Stroms in den Wärmemarkt erschweren, wodurch die Strommonopolisten ihre Stromüberkapazitäten auch langfristig nicht absetzen könnten.
Außerdem ist Wärmeauskoppelung wegen der Leitungsverluste nur bei ortsnahen Kraftwerken sinnvoll, was die kommunalen Energieversorger stärken, und die zentrale Energieversorgung, die die Macht der Großen sichert, gefährden würde. Ziel der Groß-EVU ist der Aufbau eines europäischen Stromverbundnetzes mit 380 kv-Trassen und wenigen monströsen "Kraftwerkparks". Bis 1990 soll das 380kv Verbundnetz von 9000 km bis auf 18600 km ausgebaut werden. Die Leitungsverluste in Höhe von 1,3–1,6% pro 100 (!) km können als betriebswirtschaftliche Verluste von der Steuer abgesetzt werden. So kann es billiger sein, den Strom in Überlandleitungen zu verheizen, als Kraftwerke auf halber Kraft laufen zu lassen. Das 3. Verstromungsnetz bietet sogar die Möglichkeit, die Verluste bei der Verteilung von Steinkohlestrom durch staatliche Zuschüsse vollkommen auszugleichen.
Das zentrale Erzeugen und großflächige Verteilen von Strom braucht solche und andere flankierende Maßnahmen, um wirtschaftlich zu sein.



Anklage

Der größte deutsche Stromkonzern ist in's Gerede gekommen! Früher allenfalls als Absender der Stromrechnung bekannt, wird das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk – kurz RWE – zunehmend mit umstrittenen Themen der Energie- und Umweltpolitik in Verbindung gebracht.

Luftverschmutzung, Naturzerstörung, selbst militärische Verwicklungen werden von diesem Stromriesen mitverantwortet.

Der Name RWE ist heute eng verknüpft mit Gedanken an sterbende Wälder, keuchende Pseudo-Krupp-Kinder und auch mit gigantischer Landschaftszerstörung im Städtedreieck Köln-Aachen-Mönchengladbach, wo die RWE-Tochter Rheinbraun im "größten Loch der Welt' nach Braunkohle gräbt.

Energiepolitik am RWE vorbei ist in dieser Republik kaum denkbar. Knapp 40% des Stroms erzeugt RWE selbst und besitzt darüber hinaus den weitaus größten Teil des Leitungsnetzes. Am Beispiel des Atomgeschäftes wird deutlich, wie weit die Marktbeherrschung des Essener Konzerns reicht. Das notwendige Uran läßt RWE u.a. in Australien über die Enkelin Uranerzbergbau GMBH abbauen. Die Verarbeitung zu Brennelementen geschieht in den kürzlich in die Schlagzeilen geratenen hessischen Atomfabriken NUKEM und ALKEM, die beide vom RWE kontrolliert werden. AKW-Gegnerinnen, die gegen Biblis, Mülheim-Kärlich und Gundremmingen zu Felde ziehen, haben es ebenso mit dem RWE zu tun wie Gegnerinnen des Brüterbaus (an der Kalkarruine sind die Essener mit knapp 70% beteiligt) und der Wiederaufarbeitung (RWE-Anteil an der DWK : 31%).

Die Durchsetzung der RWE-Politik wäre ohne tatkräftige Unterstützung durch Kommunalvertreter, Stadträte, Landräte, Regierungspräsidenten und Oberkreisdirektoren nicht denkbar. Die Einführung der Gemischtwirtschaftlichkeit durch den RWE-Gründer Hugo Stinnes gilt noch heute als genialster Schachzug des Unternehmens. Wie das RWE Energiepolitik macht, zeigt beispielhaft ein Hilferuf des Vorstandsmitgliedes Werner Rinke vom 28.11.1983 auf der Versammlung des "Verbandes der kommunalen Aktionäre des RWE GMBH": *"Helfen können sie uns, wenn ihre zuständigen Ämter und Behörden sich bereiterklären, in Zweifelsfällen auf zusätzliche Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, damit weitere Verzögerungen vermieden werden. Helfen können sie uns ferner, wenn sie davon absehen, Fachleute unserer Hauptverwaltung zu öffentlichen Sitzungen ihrer Räte oder Ausschüsse oder zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum Thema Umweltschutz einzuladen. Der Auftritt von RWE-Mitarbeiter führt erfahrungsgemäß auch nach positiv verlaufenen Veranstaltungen oft zu negativen Angriffen auf das RWE in Presse, Funk und Fernsehen. Diese Gefahr dürfte in den nächsten beiden Jahren, in denen Kommunal- und Landtagswahlen stattfinden und in denen sich die Baumschäden nach dem trockenen Jahr 1983 verstärkt zeigen werden, besonders groß sein. Helfen können sie uns schließlich, wenn sie sich darum bemühen, unnötige Angriffe gegen das RWE durch nicht notwendige Resolutionen zu vermeiden. Selbst, wenn sie berechtigte Forderungen zu RWE-Aktivitäten geltend machen wollen, sollten sie dies im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre möglichst intern tun. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt. Wir haben stehts einvernehmliche Lösungen gefunden."*

Das RWE scheut das Licht der Öffentlichkeit.
Also leuchten wir es aus!

Vor diesem Hintergrund haben sich Initiativen, Einzelpersonen, Experten aus dem In- und Ausland, Umweltgruppen und -verbände zu einer gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung einer großen und umfassenden Anklage gegen das RWE zusammengefunden.

Die öffentliche Anklage gegen das RWE findet statt am **22.2. – 24.2.1985 in Essen**, dem Sitz des Konzerns. Veranstaltungsort mit symbolträchtiger Bedeutung ist das **Kommunikationszentrum "Zeche Carl" in Essen-Altenessen.**

Koordination :
Frank Möller/Rainer Osnowski
AK Chemische Industrie, Palmstr. 17
5000 Köln 1, Tel.: 0221/23 91 21

Spendenkonto : Stichwort RWE
Kto.-Nr.: 1111939–42
Stadtsparkasse Köln
BLZ 370 501 98

Literaturhinweis

RWE -

Ein Riese mit Ausstrahlung

Der größte bundesdeutsche Stromerzeuger ist ins Gerede gekommen. Luftverschmutzung, Naturzerstörung, selbst militärische Verflechtungen werden von diesem Stromriesen mitverantwortet.
Aus dem Inhalt: Geschichte des RWE, Besitzverhältnisse, militärische Verflechtungen, Geschäftspolitik, RWE als Umweltverschmutzer.

Herausgegeben von der AG Atomindustrie Berlin, AK Chemische Industrie Köln
Verlag Kölner Volksblatt, DM 16,-

380 KV-Leitungen?

Weg mit dem Scheiß ...!

380 KV-Strom-Netze sind untrennbar mit dem Atomprogramm verbunden und es macht schon Sinn, daß gerade ein 380 KV-Mast in Krümmel umknicken mußte.
1957 wurde die erste Überlandleitung mit der Stromhöchstspannung von 380 Kilo-Volt (KV) gebaut. 1980 existierte bereits ein 8.933 km langes Stromnetz mit einer 380.000 Volt Spannung. Bis 1990 sollen die 380 KV-Hochspannungsleitungen auf 18.600 km ausgebaut, also mehr als verdoppelt werden!(Zum Vergleich: das 17.244 km lange KV-Netz soll im gleichen Zeitraum auf nur 18.500 km ausgedehnt werden.) Schon vor 10 Jahren kostete die Installation des 380 KV-Netzes bis zu 1,5 Millionen DM pro km.
Ausschließlich AKWs geben ihren Strom derzeit in die 380 KV-Netze. Die fossilen und die Wasserkraftwerke speisen ihren Strom in 220 KV-Leitungen ein, mittlere und Industriekraftwerke sind an 110 KV-Netzen angeschlossen.
Ohne AKWs gäbe es also keine 380 KV-Mammutleitungen. Gleichzeitig werden erst durch die überdimensionalen Atomkraftwerke solche Mammutleitungen auch erforderlich.
Bis 1952 brachte es der größte bundesdeutsche Kraftwerksblock auf 100 Megawatt (MW). 1965 wurde der erste Kraftwerksblock mit 300 MW gebaut, 1975 der erste 900 MW-Block und erst vor 8 Jahren mit dem AKW Biblis der erste 1.300 MW-Block. Je höher die installierte Blockleistung, je zentralisierter die Stromerzeugungsstruktur, desto rascher muß bei einer Panne eine Riesenmenge an Ersatzstrom zur Verfügung stehen. Besonders AKWs, die bekanntlich oft schlagartig ausfallen oder die Leistung verringern, wären als Stromerzeuger gar nicht einsetzbar, gäbe es nicht die riesigen, durch die ganze BRD gezogenen 380 KV-Verbundnetze. So listet das Jahrbuch der Atomwirtschaft von 1984 nur für das Betriebsjahr 1982 72 geplante und ungeplante AKW-Stillstände und 17 Lastabsenkungen auf!
Am gemeinsamen Verbundnetz hängen die 9 großen Stromkonzerne, die die BRD weitgehend unter sich aufgeteilt haben, um derartige Stromausfälle untereinander ausgleichen zu können.
Der Ausbau des 380 KV-Verbundnetzes wäre ohne AKWs also völlig überflüssig. Die hierfür bis 1990 verplanten 10 Milliarden, subventioniert durch erhöhte Strompreise, müssen als Zusatzkosten dem Atomprogramm aufgeschlagen werden.
Hinzu kommt, daß die Hochspannungsnetze (ab 110.000KV) ausschließlich an die Großindustrie angeschlossen sind. In den Stuben der 'kleinen Leute' werden 220 oder 380 Volt-Anschlüsse gebracht, also ein Niedrigspannungsnetz.
Das Stromverbundsystem und das Atomprogramm wären heute gar nicht denkbar, wenn nicht die heutigen Mitglieder der 'Deutschen Verbundgesellschaft' (DVG) in den letzten Jahrzehnten zielstrebig und raffgierig der kommunalen autonomen Energieerzeugung und der industriellen Eigenversorgung den Boden entzogen hätten, um Absatz und Macht auszuweiten.

Die 9 Mitglieder der DVG sind: Badenwerke AG, Bayernwerk AG, Berliner Kraft-und Licht-AG (Bewag), Elektrowerke AG, Energieversorgung Schwaben AG, Hamburgische Elekrizitätswerke, Preußische Elektizitäts-Aktiengesellschaft (PREAG), Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerke AG (RWE), Vereinigte Elektizitätswerke Westfalen AG (VEW).

Verbund-EVUs zerschlagen die kommunalen Stromerzeugungsstrukturen

Noch 1973 war die Mehrzahl der deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) kommunal organisiert. Die mächtigsten EVUs, darunter das RWE, drängten allerdings auf Zusammenschlüsse zu großen Versorgungsgebieten. Dies geschah einmal dadurch, daß die Gemeinden die Versorgungshoheit über ihre Gemeindegebiete auf ein Groß-EVU übertrugen, ihm also die Benutzungsrechte für die öffentlichen Wege für den Zweck der Elektrizitätsversorgung verpachteten, die sogenannte 'Konzessionierung'.

Zum anderen breiteten sich seit 1903 (beginnend mit dem RWE) verstärkt gemischtwirtschaftliche, also öffentlich-privatwirtschaftliche Energiekonzerne aus, die die Kommunen am Aktienkapital beteiligten, jedoch nur als Gegenleistung dafür, daß diese ihr Gebiet mit RWE-Strom versorgen ließen.
Die skeptische Zurückhaltung der Kommunen schmolz angesichts der zu Beginn oft konkurrenzlos billigen Tarifangebote schnell dahin und Schritt um Schritt übernahmen die privatwirtschaftlich orientierten, aber gemischtwirtschaftlich organisierten Unternehmen die Versorgung von ehemals selbständigen Kommunen. Die kommunalen Stromfabriken mußten oftmals auch gegen ihren Willen die Eigenversorgung aufgeben. In einem Buch über die RWE-Praktiken von 1930 heißt es über den Fall Tier: «Die Stadt Trier hatte sehr lange Widerstand geleistet, mußte aber schließlich doch der Umschnürungstaktik des RWE erliegen, da das städtische Elektrizitätswerk, seiner natürlichen Absatzgebiete beraubt, nicht mehr wirtschaftlich weiterbetrieben werden konnte.»
Umschnürungstaktik - das bedeutet, daß durch den Ausbau des Verbundnetzes, äußerlich erkennbar durch Überlandleitungen, mehr und mehr Regionen und Kommunen von den Verbund-EVUs abhängig wurden. Daß auch heute die EVUs ihre

durch das Verbundnetz erworbene Macht gegen die übriggebliebenen 'freien' Kommunen einsetzen, zeigt der Fall Hannover. Dort hatte das Verbundunternehmen Preußen-Elektra (PREAG) mit Dumpingstrompreisen den Bau eines Heizkraftwerks verhindert (vgl.atom,Dez.84). Die PREAG hatte das Angebot gemacht, in jedem Fall Strom zu mindestens 5% geringeren Preisen zu liefern, als aus dem geplanten Heizkraftwerk. Hintergrund ist, daß PREAG nicht weiß, wohin mit dem vielen überflüssigen Strom aus dem AKW Grohnde. Das Heizkraftwerkprojekt auf der Basis der Kraft-Wärme-Kopplung wurde schließlich verboten durch die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel, die gleichzeitig im Aufsichtsrat der PREAG sitzt. Das Verbund-EVU hatte gesiegt.

Eine 1984 im Auftrag des Bundesforschungsministeriums erstellte Studie stellt fest, daß die industriellen Stromverbraucher derzeit den Strom im Durchschnitt zu Preisen angeboten bekommen, die 20-25% unter den Grenzkosten der Stromerzeugung liegen. Wer die Zeche zahlt ist bekannt. Hinzu kommt, daß die Verbund-EVU mit ihren Strompreisangeboten für Großindustrien (die alleine dem eigenen Machtausbau dienen) erfolgreich die Nutzung des industriellen Stromerzeugungspotentials verhindern.
Einmal mußten die Kosten für die Fernleitungen meist über Haushaltstarife abgewälzt werden, zum anderen ließen sich vormals eigenständige Industriekunden oft nur mittels Dumpingpreisen zur Aufgabe ihrer Eigenversorgung bewegen. Ein Beispiel dieser Politik ist in besonders auffälliger Weise der Stromliefervertrag der HEW mit den 'Hamburger Aluminiumwerken' Reynolds (siehe 'HEW unter Beschuß').

Die Stromkonzerne unterlaufen die Stromerzeugung

Die großen Industriebetriebe hatten eine relativ starke Position gegenüber den EVU, da sie als Großabnehmer den Interessen einer absatz- und verkaufsorientierten Geschäftspolitik von Seiten der EVU entsprachen und zweitens viele Industrieunternehmen die Möglichkeit der Selbstversorgung hatten (Industrieeigenkraftwerke), was als Druckmittel gegenüber den EVU eingesetzt werden konnte.
Auf Kosten der einfachen Haushalte, die Tariferhöhungen hinnehmen mußten, gelang es dennoch den EVUs, immer mehr Industrieselbstversorgungsanlagen zu verdrängen.

Die schon erwähnte BMFT-Studie von 1984 ermittelte für die Industrie ein realisierbares, wirtschaftliches KW-Potential mit einer Leistung von 10.000 MW und einer Stromerzeugung von 59.000 KWh. 10.000 MW - das entspricht der Leistung aller AKWs im Jahre 1983.
Das Interesse der Industrie, 'versorgt' zu werden, verbunden mit dem Interesse der EVU, zu 'versorgen' sowie die Möglichkeit der Kostenverlagerung auf andere, nicht verursachende Verbraucherinnengruppen bot jedenfalls Allianzmöglichkeiten, die erst zu einer immer stärkeren Zentralisierung und Vergrößerung der Kraftwerke, zu 380 KV-Großverbundnetzen und zu Atomkraftwerken wie in Krümmel führten.
Die Verbund-EVUs, diese monopolitischen Klüngel, die bisher viel zu sehr im Dunkel der Energiedebatte standen, sind heute schuld an der Verseuchung von Mensch und Natur durch Umweltgifte aus Großkraftwerken. Die 380 KV-Leitungen sind die Lebensadern der Verbund-EVUs und der konkrete Ausdruck der in den EVUs konzentrierten Macht.
Weg damit! Wir brauchen sie nicht!

Dieser Artikel basiert nahezu ausschließlich auf einer Studie von Stephan Kohler:«Geschichte der deutschen Elektrizitätswirtschaft und ihre Auswirkungen auf die kommunale und regionale Energieversorgung», die 1984 als Werkstattreihe Nr.10 des Ökoinstituts Freiburg veröffentlicht wurde. Sie kostet 16,-DM und ist erhältlich über : Projektgruppe Energiewende II, Wittmannstr. 45, 6100 Darmstadt, Tel.:06151/664879.

HEW unter Beschuß

Zunehmend ins Gerede und unter öffentlichen Druck geraten sind die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW). Ein Kinderhaus und eine Physikerin haben das Unternehmen wegen überhöhter Strompreise und Mißbrauch seiner Monopolstellung verklagt. Der folgende Artikel faßt die Klagebegründung des Rechtsanwaltsbüros zusammen, das Rosemarie Rübsamen in dem Bemühen unterstüzt, ihren Strompreis um 9,3 auf 11 Pfennig pro Kilowattstunde (kWh) gesenkt zu bekommen.

Seit der letzten Preiserhöhung im April 1980 muß Rosemarie Rübsamen für jede Kilowattstunde Strom einen Arbeitspreis von 20,3 Pfennig bezahlen. Dieser Betrag liegt um ein Mehrfaches über denjenigen Quoten, die die HEW mit Großabnehmern, den sogenannten Sondervertragskunden vereinbart haben; die Tarife für Normalverbraucherinnen wie Rosemarie Rübsamenwerden zudem ständig angehoben. So hat es allein seit 1980 fünf Preissteigerungen von insgesamt 40% gegeben, deutlich mehr, als bei den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten. Zur Begründung dieser Preiserhöhungen haben die HEW mit schöner Regelmäßigkeit auf gestiegene Kosten einerseits und auf die Probleme mit dem AKW Brunsbüttel auf der anderen Seite hingewiesen. Die Anwälte von Rosemarie Rübsamen werfen dem EVU dagegen krasse betriebliche Fehlleistungen vor, die einen so hohen Strompreis wie ihn die Klägerin bezahlen muß, nicht einmal in Ansätzen rechtfertigen.

Dieses «unternehmerische Fehlverhalten» besteht vor allem anderen darin, daß mit den Strompreisen diejenigen Summen aufgefangen werden sollen, die Anfang der siebziger Jahre für den vollkommen unnötigen Ausbau von Kraftwerksüberkapzitäten insbesondere im AKW-Sektor verschleudert worden sind.

«Diese Überkapazitäten hat die Beklagte geschaffen, weil sie auf Grund völlig unrealistischer Annahmen und gegen jede vorsichtige betriebswirtschaftliche Planung mit einem gewaltigen Zuwachs im Stromverbrauch gerechnet hat. Die Überkapazitäten hat die Beklagte zu einer Zeit geschaffen, als die Entwicklung zu geringeren Stromzuwachsraten schon erkennbar war.» (Zitat aus der Klagebegründung)

Parallel zur Anlage enormer Überkapazitäten hat die HEW begonnen, ihren Strom zu enormen Niedrigpreisen an Industriekunden zu verschleudern und sich ihnen gegenüber langfristig zum Verzicht auf Preiserhöhungen festzulegen. Im HEW-Geschäftsbericht von 1969 hieß es dazu: «Trotz Kostenerhöhungen war es uns möglich, mit Wirkung vom 1. Januar 1969 für unsere Kunden mit Leistungssonderabkommen die Strompreise erneut und größtenteil erheblich zu senken ...» - Eine direkte Aufforderung zu möglichst hohem Stromverbrauch! Ein Blick auf die Absatzentwicklung im Zeitraum zwischen 1963 und 1982 zeigt, daß der Stromverbrauch der Sondervertragskunden, d.h. Industrie und Großgewerbe, um das Vierfache stieg, während es bei den Tarifkundinnen, den Haushalten im Wesentlichen also, nur knapp das Doppelte war.

Hinzu kam, daß auch die HEW vom Rausch über das neue Lieblingskind der Stromverkäufer erfaßt wurde: der Nachtspeicherheizung. Mit ihr sollten die Stromnachfrage auch der privaten Haushalte noch einmal ordentlich angeheizt sowie die Schwankungen zwischen Tag- und Nachtstrom künstlich aufgefangen werden. Die neuen Grundlastkraftwerke, AKWs nämlich, erhielten hierdurch aus Unternehmersicht erst so etwas wie eine Existenzberechtigung. Von 6.200.000 kWh im Jahre 1963 auf 982.000.000 kWh 1983 stieg der Verkauf von Nachtstrom für Speicherheizungen!

Grundlast ist - im Gegensatz zur Spitzenlast - diejenige Strommenge, die ständig, also Tag und Nacht, abgegeben wird. Weil sie nicht ständig an- und ausgeschaltet werden können, werden insbesondere AKWs für Grundlastlieferungen eingesetzt.

Die HEW haben also den extremen Ausbau ihrer Kraftwerkskapazitäten vor allem im Grundlastbereich und für die Großabnehmer aus Industrie und Gewerbe vorgenommen und gleichzeitig den Mehrverbrauch ihrer Sondervertragskunden nach Kräften gefördert. Der Stromverkauf an diese Kunden ist demzufolge sehr viel stärker angestiegen als der Verkauf an die Tarifkundinnen.

GEWALTIGE ÜBERKAPAZITÄTEN

Die HEW verfügen gegenwärtig über folgende Kraftwerkskapazitäten:

Grundlast: insgesamt 2.983 MW, darunter die AKWs Stade, Brunsbüttel und Krümel, wobei nur jeweils ein Teil des erzeugten Stroms den HEW gehört; in Stade ein Drittel (210 MW), in Brunsbüttel zwei Drittel (514 MW), in Krümmel die Hälfte (630 MW). Zieht frau die 535 MW Mittellastkapazität aus mehreren Heizkraftwerken hinzu, so stehen den HEW insgesamt 3.518 MW als maximale Dauerlast-Kapazität zur Verfügung. Die Spitzenlastkapazität - drei Gasturbinenkraftwerke und das Pumpspeicherwerk von Geesthacht - beträgt 650 MW, wodurch sich eine Gesamtkapazität,

Will nicht länger für HEW-Fehler bezahlen: Rosemarie Rübsamen (37) mit der Klageschrift gegen die HEW Foto: SOLTOW

„Wieso muß ich als Stromkunde eigentlich dafür bezahlen, daß die HEW immer mehr Kraftwerke bauen und mit ihnen Verluste machen?" Das fragte sich die Diplom-Physikerin Rosemarie Rübsamen (37) und kam zu dem Schluß: „Das sehe ich gar nicht ein, ich werde klagen."

Gesagt, getan: Gestern Mittag Punkt zwölf Uhr legte ihr Rechtsanwalt Winfried Günnemann dem Amtsgericht Hamburg die 18seitige Klageschrift samt zehn Seiten Anhang auf den Tisch. Das Ziel dieser Klage gegen die HEW: Senkung Strompreises für R... samen von ... nig ... e...

Hamburg

Nr. 234 – Seite 9

Freitag, 5. Oktober

Strompreis-Senkung mit Hilfe des Gerichts?

Hamburger Physikerin verklagt die HEW

die sogenannte Netto-Engpaß-Leistung, von 4.168 MW ergibt.
Diese Zahlen müssen mit der tatsächlich nachgefragten Strommenge verglichen werden. Im Jahr 1983 betrug die Höchstlast, bei der es sich ja lediglich um eine kurzzeitig nachgefragte Leistungsspitze handelt, 2.174 MW (zum Vergleich: die Niedrigstlast lag bei 750 MW). Das heißt, daß eine Überkapazität von 1.994 MW bestand.
Um die Frage zu beantworten, in welchem Maß Reservekapazitäten nötig sind, nimmt die Klagebegründung das zeitliche Zusammentreffen dreier außergewöhnlicher Ereignisse an: Jahreshöchstlast, Ausfall des größten Blocks (BUMS! d.S'in) und Ausfall der Lieferungen aus dem Verbundsystem, über das die EVU Strom austauschen und das kurzfristig mindestens 700 MW ins HEW-Netz einspeisen kann.
Der größte Block ist der Anteil aus dem AKW Krümmel, das ja vor kurzem tatsächlich vorübergehend ausgefallen ist, wodurch das Szenario einen zumindest halbwegs wahrscheinlichen Anstrich bekommt. Nimmt frau die 630 MW aus Krümmel als notwendige Reservekapazität - eine durchaus «konservative» Schätzung, wenn frau sie mit Aussagen führender Strommanager vergleicht, die zwischen acht und zwölf Prozent für ausreichend halten -, so bleibt eine unnötige Überkapazität von 1.364 MW.
Diese gewaltige Überkapazität ist im wesentlichen auf die Grundlastkraftwerke zurückzuführen: allein die Grundlastkapazität liegt um 809 MW über der 1983 nachgefragten Höchstlast. Es herr-scht also auch aus betriebswirtschaftlicher, d.h. aus HEW-Sicht ein völlig absurder Zustand, denn Grundlast-Kraftwerke sind ja gerade dadurch definiert, daß sie den rund um die Uhr auftretenden Bedarf decken, nicht jedoch kurzfristige Verbrauchsspitzen. Wenn frau die vorhandene Grundlast-Kapazität von 2.883 MW mit der tatsächlich nachgefragten Grundlast (1.740 MW) ins Verhältnis setzt, so ergibt sich eine Grundlast-Überkapazität von 1.243 MW. Die HEW könnten also getrost auf ihre Anteile an den AKWs Brunsbüttel und Krümmel verzichten. Da sie das aber nicht tun, müssen konventionelle Kraftwerke stilliegen. Zusammengefaßt: Die Kraftwerke der HEW können auf absehbare Zeit nicht sinnvoll ausgelastet werden.

DIE KOSTEN DER ÜBERKAPAZITÄT

Die Grundlast-Überkapazität entspricht in etwa der Gesamtleistung des AKW Krümmel: 1.243 bzw. 1.260 MW. Die Baukosten für Krümmel haben sich auf 3,4 Mrd DM belaufen, das ist der heute normale Preis für ein AKW dieser Größe. Diese Summe hätten die HEW also einsparen können, wenn sie auf ihre Grundlast-Überkapazitäten verzichtet hätten - etwas mehr als 250 Millionen Mark pro Jahr also, wenn frau die Bauzeit von Krümmel, die ja, was AKWs betrifft, durchaus im Schnitt liegt, zugrunde legt. Dazu muß frau die Betriebs-und Personalkosten rechnen, die bei einem 1.300 MW-Reaktor, der 6.500 Stunden pro Jahr läuft, 1,3 Pf pro erzeugt kWh Strom betragen: 103 Millionen Mark jährlich! Für das völlig überflüssige AKW Brokdorf (vgl. Artikel in dieser atom) müssen die HEW jährlich 137 Millionen Mark als ihren Anteil an den Baukosten hinlegen, so daß sich die für die unnützen Überkapazitäten aufgewendete Summe auf annähernd 500 Millionen Mark pro Jahr beläuft.
Bei dieser Rechnerei ist zu beachten, daß es sich ausschließlich um eine betriebswirtschaftliche und nicht volkswirtschaftliche Sichtweise handelt; Abriß, Endlagerung, Forschungskosten etc. sind darin also nicht enthalten.
Wenn man dieses Geld nicht ausgegeben hätte, könnte der abgegebene Strom um 4,8 Pf pro kWh für alle Abnehmerinnen billiger sein! Diese 500 Millionen werden aber gar nicht gleichmäßig auf alle Kundinnen umgelegt, sondern bestimmte Kunden beziehen den Strom zum Herstellungspreis, sind also gar nicht daran beteiligt, die Kosten für die Überkapazitäten aufzufangen. Der Herstellungspreis setzt sich aus den Betriebs- und Personalkosten einerseits und den Brennstoffkosten andererseits zusammen und liegt derzeit zwischen 8 und 9 Pfennig pro kWh.
Die Kunden, die den Strom zu eben diesem Preis von den HEW beziehen sind: die Hamburger Stahlwerke (HSW), die 600.,000 kWh im Jahr abnehmen; die Nordwestdeutschen Kraftwerke mit 2.100.000 kWh (dieser Anteil entfällt, sobald Brokdorf ans Netz geht) und die Nachtspeicher-Kundinnen (1.000.000 kWh). Zum Vergleich: alle übrigen Kundinnen der HEW nehmen zusammen 7.100.000 kWh ab.Das bedeutet: wenn die unnötige Belastung von mehr als 500 Millionen Mark pro Jahr auf alle Stromabnehmer/innen verteilt würde, wäre der Strompreis für alle Haushalte um 7,2 Pf je Kilowattstunde billiger.

DER REYNOLDS-VERTRAG

Die zu hohen Stromtarife der HEW sind,

wie gezeigt wurde, zum größten Teil durch die Kosten für überflüssige Kraftwerkskapazitäten bedingt. Ein anderer Grund sind die enormen Verluste, die den HEW aus dem Stromlieferungsvertrag mit dem Unternehmen Reynolds Aluminium / Hamburger Aluminium-Werke (HAW) entstanden sind und weiter entstehen. Mit ihrer Beteiligung am Bau des AKW Stade Ende der 60er Jahre wollten die HEW, in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Salat, ganz groß in Industrieprojekte einsteigen; konkret: der Bau des AKW war die Voraussetzung für die Ansiedlung energieintensiver Grundstoff-Industriebetriebe, unter ihnen die Reynolds-Aluminiumwerke, die schnell zum größten Stromfresser der Region avancierten. Mit dieser Firma schlossen die HEW einen Stromlieferungsvertrag mit 20 Jahren Laufzeit, der Reynolds nur Vorteile und den HEW nur Verluste einbringen konnte: Reynolds verpflichtete sich in dem Vertrag zur Abnahme von jährlich 1.700.000 kWh Strom, die HEW verpflichteten sich, diesen Strom für 2 Pfennig pro kWh zu liefern. Auch wenn der Preis im Laufe der Jahre um insgesamt 0,8 Pf. angehoben wurde, und auch wenn frau berücksichtigt, daß der Hamburger Salat den Vertrag - und damit die HEW - mit 75 Millionen Mark subventionierte, so blieben doch die Stomerzeugungskosten im AKW Stade höher als der von Rynolds entrichtete Preis.

Eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Kostendeckungsrechnung läßt sich nur aufmachen, wenn das Ziel gesteckt wird, während der Lebensdauer eines Kraftwerkes so viel Geld damit zu verdienen, daß davon ein neues gebaut werden kann. Nach Berechnungen des Verbandes deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) entspricht dies beim Betrieb eines AKWs einem Strompreis von 11,6 Pf. je kWh. Ein Blick in den Jahresbericht 1982 der HEW ergibt bezogen auf den Vertrag mit Reynolds folgende Zahlen: Reynolds verbrauchte 1.747.000 kWh Strom, für den an die HEW 46,3 Millionen Mark überwiesen wurden (dieser etwas krumme Betrag erklärt sich durch die im Verlauf des Jahres vorgenommene Preis'erhöhung' von 2,5 auf 2,8 Pf.). Durch den Bezuschussungsvertrag mit dem Senat konnten die HEW noch einmal 6,6 Millionen Mark Einnahmen verbuchen - aber damit hatte es sich denn auch, was den Reynolds-Strom anging. 52,9 Millionen Mark insgesamt.

Bei einer «vernünftigen» Kalkulation, die den Wiederbeschaffungs'wert' für ein vergleichbares AKW zugrunde legt (s.o.), ergeben sich für die abgegebenen 1.747.000 kWh jedoch Kosten von 202,7 Millionen DM mithin also ein Verlust von 149,8 Millionen Mark für 1982 allein aus dem Vertrag mit Reynolds. Auch diese Verluste müssen ausschließlich diejenigen HEW-Kundinnen tragen, die den tariflichen Strompreis zahlen. Um weitere 2,1 Pf. könnte für sie also die kWh Strom billiger sein.

Mit den 7,2 Pf. für die unnötigen Überkapazitäten insgesamt also 9,3 Pfennig.

Um genau diesen Betrag den Strompreis für Rosemarie Rübsamen zu senken, ist Gegenstand ihrer Klage vor dem Hamburger Amtsgericht. Die HEW ihrerseits haben über ihre Anwälte inzwischen Stellung genommen. Tenor des Schreibens: Die Klage sei unbegründet und deshalb abzulehnen (dann ham die die Rechenerei wohl auch net verstanne,die S'in). Das Gericht selbst hat sich bislang noch gar nicht geäußert. Auf die weitere Entwicklung dürfen wir gespannt sein.

Was lange währt, wird endlich schlecht

Brokdorf-Bau geht weiter

Ende Dezember 1984 hatten die Hamburger Elekrizitätswerke (HEW) sich vom Großteil ihrer Anteile am AKW Brokdoff getrennt und an die Preussag und deren Tochter NWK zu beispiellos schlechten Bedingungen verkauft. Unter dem Strich hat die HEW dabei 750 Mio. DM aus dem Fenster geworfen. Zurück bleibt ein Scherbenhaufen, der für Hamburg, so die TAZ, "...eine politische, wirtschaftliche und ökologische Katastrophe..."bedeutet.

Schon 1982 war von dem damaligen GAL-Abgeordneten Gärtner prophezeit worden, was sich Ende Dezember vollendet hat: Brokdorf wird zu einem gigantischen finanziellen Reinfall für die HEW werden. Seit Jahren schon war schließlich abzusehen, daß 50% der Kapazitäten des AKW von der HEW nicht benötigt würden. Gegen den erbitterten Widerstand der Anti-Akw-Bewegung ist das einstige Symbol der Anti-Akw-Bewegung in der Vergangenheit durchgeprügelt worden. Selbst das Ofper des damaligen Bürgermeisters Klose ist es den interessierten Kräften wert gewesen, den Reaktor weiterzubauen, entgegen allen Prognosen, die schon bei Baubeginn die energiepolitische Unsinnigkeit des Projektes nachgewiesen haben.

In jüngster Zeit sollen nun angebliche Änderungen im Stromverbrauch zu den Verkaufsüberlegungen geführt haben - blanker Unsinn, wenn man weiß, daß in Hamburg der Stromverbrauch seit 10 Jahren stagniert.

Das Geschäft des Jahres

Die HEW verkauft von ihrem 50%-Anteil 30%. 7,5% gehen an die NWK, die ihren Anteil damit auf 57,5% aufstockt, und 22,5% an die PEAG, die Muttergesellschaft der NWK, ihrerseits Tochter der bundeseigenen VEBA. Für diese 30% erhält die HEW nur 337 Millionen DM, was dem real verbauten Geldwert der HEW für die 30% in Brokdorf entspricht. Nicht berücksichtigt wurden dabei aber die schätzungsweise rund 400 Millionen DM an Zinsen für Fremdkapital und Verlusten der Kernkraftwerk Brokdorf GMBH, die sich bis Ende 1984 voraussichtlich aufgetürmt haben. Die Käufer haben also, wohl wissend um die schwache Position der unter Überkapazitäten leidenden HEW, für einen Schleuderpreis ihre Anteile eingekauft.

Auch ein weiteres gewaltiges Minusgeschäft zwischen HEW und NWK kam im Zusammenhang mit dem Verkauf an das Licht: Bereits seit 1982 verkauft die NWK von der HEW gelieferten Strom als Zwischenhändler an die Schleswig-Holsteinische Schleswag zu erheblich höheren Preisen als den Verkaufspreisen der HEW weiter. Allein bei diesem Geschäft hat die HEW einen Verlust von 340 Mio. DM gemacht; zusammen mit den 400 Mio. DM vom Verkauf also eine Summe von rund 750 Mio.DM. Diese von der GAL aufgestellte Rechnung wurde bisher auch nicht dementiert.

Dies ist jedoch nur der erste Streich. Richtig deutlich, wie die NWK die HEW bei den Verhandlungen über den Tisch gezogen hat, wird es erst mit dem zweiten Teil des Geschäftes.

Ab dem 1.7.1985 nämlich gibt die HEW ihr bisher einziges ausbauträchti-

ges Marktgebiet an die NWK ab. Für 200 Millionen DM verzichtet die HEW damit auf ihre bisherigen Rechte, allein die Gebiete des Hamburger Umlandes der Schleswag mit Strom zu versorgen. Nur so macht der ganze Deal auch für die NWK einen Sinn, denn auch die PEAG hat letztendlich schon reichlich Überkapazitäten. Nur im Zusammenhang mit dem neu erschlossenen Absatzgebiet bekommen die spottbillig abgestaubten Brokdorf-Anteile einen Sinn. Angenehmer Begleiteffekt außerdem: Die schon vorher juristisch fragwürdigen Ansprüche auf Nachzahlung des NWK-Spekulationsgewinnes aus Schleswig-Holstein dürften mit dem Abtreten des Gebietes noch unsicherer werden. Auch die 200 Mio. DM an Abfindung werden da der HEW nicht aus der Klemme helfen, im Gegenteil; sie werden nicht annähernd die erwarteten Einkommenseinbußen ausgleichen. Versuche, sich den Übernahmebestrebungen der NWK zu widersetzen, wären kaum möglich gewesen, da die Verträge von 1982 nach Meinung der HEW derartig undurchsichtig sind, daß sich aus einem ansonsten zu erwartenden Rechtsstreit, währenddessen die HEW hätte weiter liefern müssen, leicht weitere immense Verluste hätten entstehen können.

Hamburg steht nach all dem schlechter da als zuvor. Vor allem ein Ziel der ganzen Aktion, Überkapazitäten abzubauen und auch die prozentuale Abhängigkeit von Atomstrom ist durch die Schrumpfung des Versorgungsgebietes nicht geringer geworden.

Und wer zahlt mal wieder?

Die Zeche zahlt mal wieder, wen wunderts, die vielzitierte kleine Frau! Die ja bekanntlich weit höhere Tarife zahlt, als Großverbraucher, die den Strom z.T. unter den Herstellungskosten beziehen. Zwar sollen die Stromtarife in den näheren Zukunft angeblich nicht erhöht werden, um die drohende Pleite der 72%igen Staatstochter zu verhindern müßte dann jedoch massiv mit Steuergeldern nachgeholfen werden. Nur die Verantwortlichen für das Debakel werden wieder glimplich davon kommen: Außer dem schon vollzogenen Rausschmiß des Ex-HEW-Chefs Oberlach, wird sich da nicht viel mehr tun; im Gegenteil, Energiesenator Kuhbis der als Exponent des Verkaufs schon auf der Abschußliste sowohl der CDU als auch von Teilen der SPD steht, spricht von "einer klassischen Fehlinvestition." So simpel ist das alles.

Weichenstellung zu Lasten der Umwelt

Eine mindestens ebenso katastrophale Auswirkung wie auf die rein finanzielle Seite dürfte das Geschäft auch auf die weitere Energieplanung und, damit verbunden, auf den Umweltschutz in Hamburg haben. Sämtliche Bestrebungen von der energieverschwenderischen und umweltschädigenden Gas-Atom-Kombination für Wärme und Strom wegzukommen, sind damit praktisch mangels Kasse gescheitert.

Für den langfristig sinnvollen, aber kostenaufwendigen ausbau des Fernwärmenetzes ist nun kaum noch Geld vorhanden, auch eine Umrüstung der demnächst erneuerungsbedürftigen alten Kohlekraftwerke auf Kraft-Wärmekopplung wird kaum durchgeführt werden. Geradezu ins Gegentiel verkehrt werden dagegen die Vorteile des Fernwärmeprojektes durch die drückenden Strom-Überkapazitäten: Für den trotz allem zaghaften Ausbau der Fernwärme sollen nun reine Wärmekraftwerke ohne Stromerzeugung her, wie es zur Zeit hinter verschlossenen Türen für das Prestigeobjekt Haferweg geplant wird. Die erzeugte Wärme wird so teuer und nicht umweltverträglicher.

Die Hände reiben können sich szu guter letzt nur die Atom- und Gasgesellschaften, beziehungsweise deren Lieferanten.

Die lukrativen Gasgeschäfte in Hamburg, die nun auch nicht mehr ihren lästigen Konkurrenten, die Fernwärme fürchten müssen, hat nämlich, als Lieferant der Hamburger Gaswerke, die BEB in der Hand, eine Tochtergesellschaft von Shell und Esso.

Und auch die nun besiegelte langfristige Bindung Hamburgs an den Atomstrom dürfte mancherorts nur positiv aufgenommen werden. Auch eine Übernahme der bankrotten HEW durch den Energiegiganten NWK-PEAG-VEBA liegt nun nicht mehr außerhalb der Möglichkeiten. Eine Regelung wäre es auf jeden Fall, die dem Hamburger Senat vielleicht nur recht wäre, da sich damit solch lästigen Probleme wie Überkapazitäten, Atomstrom, Fernwärme und Umweltschutz problemlos wegschieben könnten, wie es gerade auch in Bremen vorsichgeht, wo der Senat versucht, die dortigen Stadtwerke stückweise an die NWK zu verkaufen.

Fernwärme - Ein Kuckucksei?

Überall in der Bundesrepublik Deutschland werden Fernwärmenetze angelegt und ausgebaut. 8 % des Raumwärmebedarfs werden derzeit schon durch Fernwärme gedeckt. In einigen Städten ist der Anteil sogar wesentlich höher. Er liegt z.B. in Wolfsburg bei 70 %, in Kiel bei 40 %, in Hamburg sind es 31 %, in Mannheim 30 % und in München 25 %. Der Bestand der mit Fernwärme versorgten Wohnungen wächst jährlich um ca. 3 %.

Fast scheint es, daß sich Bürgerinitiativen, Grüne, SPD und sogar die Bundesregierung darüber einig sind, daß Fernwärme ausgebaut werden soll, denn lobende Äußerungen über dies Energiesystem hört frau aus den unterschiedlichsten Richtungen. Die Initiative gegen das Waldsterben "Robin Wood" fordert den Ausbau von Fernwärme, die Grün alternative Liste hat ein Fernwärmekonzept für Hamburg entwickelt, die SPD in Nordrhein Westfalen forciert den Ausbau dieses Energieträgers und sogar der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium erklärte: "Im Interesse der Substitution von Mineralöl, der Energieeinsparung, insbesondere durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Koppelung und einer in Verminderung der Umeltbelastung besonders in Ballungsräumen ist eine weitere Ausbreitung der Fernwärme zu begrüßen."

Über 2 Milliarden DM öffentliche Mittel sind seit 1974 dafür ausgegeben worden. Das von Bund und Ländern finanzierte Zuschußprogramm sieht die Bereitstellung von 1,2 Mrd. DM vor. Es läuft 1985 aus, soll dann aber ein Jahr ohne Mittelaufstockung verlängert werden. Zusätzlich können die Elektrizitäts- und Fernwärmegesellschaften noch eine 7,5 prozentige Investitionszulage beanspruchen.

Einer der forschesten Verfechter der Fernwärme ist der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann. Er forderte in einer Studie ein Investitionsprogramm von 90 Mrd. DM für seine ehrgeizigen Ausbaupläne. Im letzten Sommer wurde in Nordrhein-Westfalen die Gemeindeordnung so verändert, daß die Gemeinderäte einen Anschlußzwang für Fernwärme einführen können.

DIE STEAG, eine Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG hat bereits Pläne für die Vernetzung des gesammten Ruhrgebiets in der Tasche. Sie plant eine Verlängerung der 30 km langen Ruhr-Schiene um weitere 12 km bis nach Herne. Dort soll nach den Vorstellungen der STEAG ein Heizkraftwerksklotz von 780 Megawatt entstehen.

Auch in Mannheim Ludwigshafen, trägt der Gigaantismus reiche Blüten: Dort wird eine 55 km lange Rhein-Neckar-Sammelschiene und das größte Fernheiznetz Westeuropas gebaut, an das von 1986 an 4 Fünftel der Haushalte angeschlossen werden sollen.

Die Atomlobby träumt davon, auch aus AKW's Fernwärme auszukoppeln, doch dafür stehen die vorhandenen Atommeiler zu weit von den Ballungszentren entfernt. Nur in Stadte liefert das AKW bisher Wärme für die Industrie.

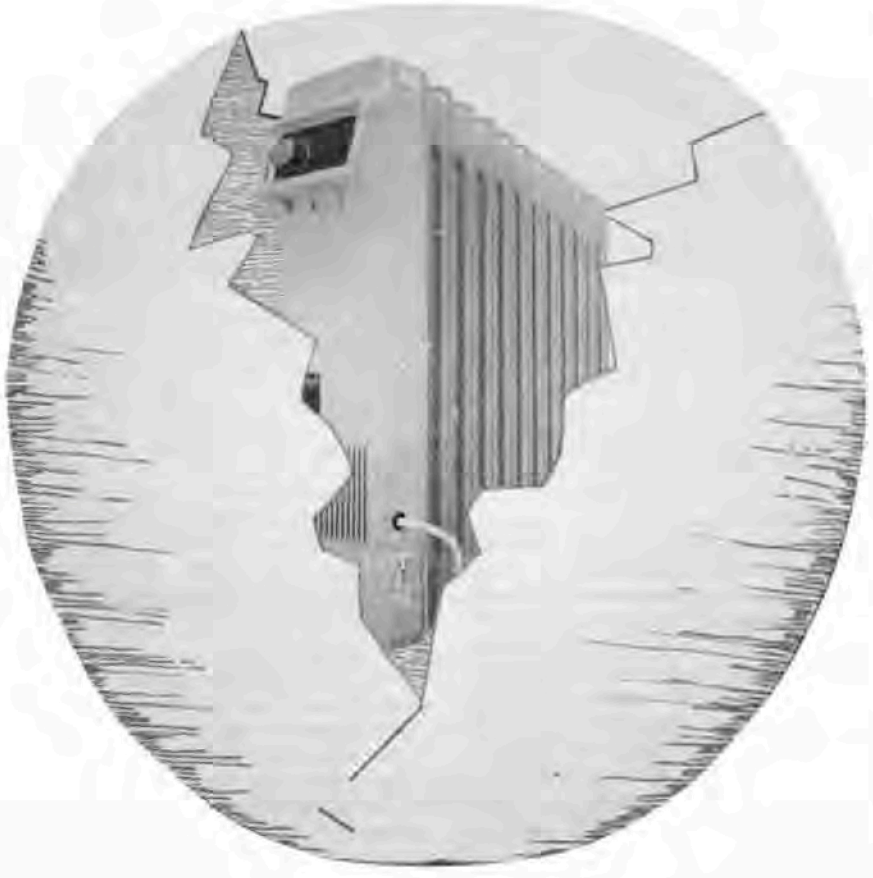
Schon diese Beispiele zeigen deutlich, daß die Vertreter des Energie- und Staatsfilzes unter Fernwärme etwas anderes verstehen, als eine ökologisch sinnvoll angewandte ?wärme-Kraft-Kopplung. Doch die Liste der Negativbeispiele läßt sich noch verlängern:

24 Prozent der Fernwärme wird aus Heizwerken geliefert mit anderen Worten, 438 von 555 Versorgungswerken sind einfach zentralisierte Heizungen ohne Stromproduktion.

In Berlin wird ein großes Kohle-Heizkraftwerk zusätzlich zu den bestehenden Kohle- und Ölkraftwerken gebaut, obwohl gar kein weiterer Strombedarf besteht. Um dieses Loch zu stopfen, werden parrallel zur Fernwärme Nachtstromspeicherheizungen ausgebaut. Da ist es nicht verwunderlich, wenn die BI-Energieplanung und Umweltschutz Berlin bei ihren Rechnungen keinen Einsparungeseffekt des Gesamtsystems Fernwärme und Stromheizung gefunden hat.

Solche Planungen entstehen nicht zufällig. Dr. Schiffer vom Bundeswirtschaftsministerium lobte auf der Norddeutschen Fachtagung 84 in einem Atemzug sowohl den Ausbau von Kohle-Heizkraftwerken, als auich den Einsatz von Strom im Wärmemarkt, um die Zukunft der Kohleförderung zu sichern.

Aber selbst wenn der Ausbau von Fernwärme nicht gleichzeitig an eine Erhöhung der Stromverbrauchs im Wärmemarkt gekoppelt ist, finden sich noch weitere Nachteile: Durch Fernwärme wird in den Wohnungen der jetzige Stand der Heizenergieverschwendung festgeschrieben und erhöht. Die meisten Verteilungssysteme sind überdimensioniert und der Raumwärmebedarf wird von den zentralen Schaltstellen überschätzt: In München erklärte z.B. der Direktor der Elektrizitätswerke, daß bei etwa 100 000 Wohnungen die Anschlüsse in den Jahren, als Energie noch billig war, auf extreme Temperaturen ausgelegt worden waren. Heute sei zu beobachten, daß die Anschlußwerte zu groß bemessen seien.



Die Fernwärmekundinnen werden durch die Tarifregelung zusätzlich am Sparen gehindert. Ähnlich wie beim Strom ist der Preis in Grund- und Arbeitspreis aufgeteilt. Da der Grundpreis unabhängig vom Verbrauch ist, muß jemand mit hohem Energieverbrauch weniger für seine Energieeinheiten bezahlen, als jemand, der wenig verbraucht. Bei den herkömmlichen Heizsystemen ist der Preis dagegen linear. Nach dem Fernwärmeanschluß verschwinden daher oft die Anreize zur Wärmedämmung und auf Jahrzehnte wird eine bestimmte Energieverbrauchsstruktur festgelegt, deren Bedingungen und Preise das Versorgungsunternehmen bestimmt. Dies hat gar kein Interesse daran, das Energie gespart wird. Für die Elektrizitätsunternehmen bedeutet Fernwärme eher eine Ausweitung des Marktes und des Einflusses. Außerdem ist der Ausbau des Rohrnetzes erst ab einer bestimmten Wärmedichte rentabel. Daher besteht schon fast die Verpflichtung, für einen hohen Wärmeverbrauch zu sorgen.

Nun könnte frau ja denken, daß diese Verschwendungspolitik nicht so schlimm sei, da die Fernwärme eine Abfallenergie sei, die sonst nicht genutzt würde.

Doch diese Vorstellung stellt die Verhältnisse zu grob dar, denn im Bundesdurchschnittt muß 60 - 70 % Primärenergie für 100 % Fernwärme zusätzlich zur Abfallenergie eingesetzt werden. Das hängt natürlich im einzelnen von dem Wirkungsgrad der Anlage ab. Technisch läßt sich das so erklären: Der kondensierte Dampf nach dem Weg durch die Kraftwerksturbine ist nicht mehr heiß genug für das Fernwärmenetz. Das Wasser wird mit 130 bis 150 Grad ins Netz eingespeist und muß daher aus der Turbine raus ehe der Dampf die ganze mögliche Arbeit geleistet hat. Um die Stromproduktion gleich hoch zu halten, wird zusätzlich geheizt. Auch wenn dieser zusätzliche Energiebedarf nicht so hoch ist, wie die nutzbare Fernwärme, darf nicht so verschwenderisch mit ihr umgegangen werden, sonst ist der ganze Einspareffekt wieder dahin.

Eine Studie, die Umwelttechnikerinnen im Auftrag der BI Energieplanung und Umweltschutz Berlin anfertigten, kommt zu dem Schluß, daß in Berlin der Einspareffekt bei der Umstellung von Einzelöfenheizung auf Fernwärme völlig aufgehoben wird, da sich der Nutzenenergieverbrauch der Einzelnen enorm erhöht wenn sie nicht mehr selber heizt.

Für den Ersatz von Ölzentralheizungen durch Fernwärme aus Berlinder Heizkraftwerken errechneten sie einen Einspareffekt von rund 50 Prozent, da bei der Zentralheizung sowieso schon mehr Nutzenergie verbraucht wird, als bei Einzelheizungen. Doch dieser Wert könnte durch Wärmedämmung und Verbesserung der Heizölkessel ebenfalls erreicht werden. Solche Maßnahmen werden hinterher jedoch überflüssig.

Ich will jetzt nicht unterschlagen, daß in einigen Fällen Kohle Heizkraftwerke in direkter Konkurrenz zu Atomkraftwerken stehen. In diesen Fällen sind natürlich selbst Kohlekraftwerke mit Überdimensionierten Fernwärmenetzem ein erheblich kleineres Übel, für das wir uns dann auch ohne Bauchschmerzen einsetzen können.

Aber bei unseren Forderungen müssen wir trotzdem aufpassen, daß da nicht ganz pauschal "der Ausbau von Fernwärme" als sinnvolle Alternative zur jetzigen Energiepolitik hingestellt wird. Wir müssen viel genauer beschreiben, wie Fernwärme nach unserer Meinung eingesetzt werden kann. Zum einen sollte die Wärme natürlich nicht in reinen Heizwerken produziert werden, sondern in Wärme-Kraft-Kopplung. Außerdem sind kleine Block-Heizkraftwerke 780 MW Klötze. Die Produktion des Kraftwerkes müßte an den wirklichen Heizenergiebedarf angepaßt werden. Die Wege der Rohre sollten möglichst kurz sein - Nahwärme statt Fernwärme - und die Wohnungen in dem entsprechenden Bezirk müßten vorher mit einem umfassenden Programm wärmegedämmt werden, bevor die Bedarfswerte für die Wärme festgestellt werden.

Einer solchen sinnvollen Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung stehen zur Zeit wirtschaftliche Verhältnisse im Wege. Die Elektrizitätsunternehnnn verkehren unsere Vorstellungen schlicht ins Gegenteil und machen aus der Wärme-Kraft-Kopplung ein zentralisiertes System, daß den Verbraucherinnen ihre Einflußmöglichkeiten noch mehr beschneidet und letztendlich eine vernünftige Umstellung der Energienutzung unter Umständen behindert.

Kampagne »Energiebroschüre« zu Ende:

Mit dem Rundbrief Nr. 11 hat das Kassler «Koordinationsbüro Energiebroschüre» seine Arbeit eingestellt. Eingeschlafen war das 1980 mit großem Elan beschlossene und begonnene Projekt bereits vor mehr als einem Jahr; nachdem die Braunschweiger Buko das Thema nicht mehr behandeln mochte, blieb es der Atommüllkonferenz vorbehalten, das Stiefkind der Bewegung nun auch offiziell zu Grabe zu tragen. - Anlaß zu einem kurzen Rückblick und einer Wertung.

Die Anregung war aus Dänemark gekommen. Innerhalb von wenigen Monaten hatte die Anti-Atom-Organisation OOA zweieinhalb Millionen Exemplare einer 16-seitigen Broschüre unters Volk und in nahezu alle Haushalte des Landes gebracht. Leicht verständlich und ansprechend aufgemacht waren in der bald überall so genannten «Energie-Broschüre» die Argumente gegen Atomkraftnutzung zusammengefaßt und Möglichkeiten einer dezentralen, sanften Energieerzeugung aufgezeigt worden.
Um dem «Trommelfeuer der Betreiber und Regierenden» (Zitat aus dem ersten Rundbrief) auch hierzulande etwas vergleichbares entgegenzusetzen, beschließt die Bremer Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen im Herbst 1980 ein ähnliches Projekt für die BRD. Eine offene Redaktionsgruppe, an der sich AKW-Gegnerinnen aus mehreren Städten beteiligen, nimmt Anfang '81 die inhaltliche Arbeit auf. Ein erster Entwurf wird bundesweit verschickt; als Rückmeldungen gehen Kritiken, Anregungen, alternative Textvorschläge und auch 30.000 Mark Spenden von über 150 BIs und Einzelpersonen ein.
Ein «nationales Treffen» verabschiedet im Juni '82 den mit Änderungen versehenen Text, wobei es zu einer Kampfabstimmung zwischen dem «alten» Entwurf und einer weitergehenden Fassung kommt, in der die Atomenergie als ein Ergebnis kapitalistischer Produktionsweise benannt und dementsprechend die Forderung nach grundlegender Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erhoben wird.
Eher nebenbei und in Umrissen war bis dahin die parallel zur Verteilung zu organisierende Kampagne skizziert worden: als Anlaufstelle für Presse und Treffpunkt der Redaktion sowie zur Koordination der Verteilung und der Finanzen sollte ein zentrales Büro mit mindestens einer bezahlten Stelle eingerichtet werden; die Verteilung selbst sollte zunächst dort beginnen, «wo sie politisch auf guten Boden fällt» (aus den Protokollen); Demonstrationen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Diskussionsabende, kurz: ein Feuerwerk von Aktionen sollte abgebrannt werden, um die Verteilung politisch zu begleiten.
Nach der '82er Bundeskonferenz, die das Projekt eher gelangweilt absegnet, wird im Kassler Umweltzentrum das Koordinationsbüro eingerichtet.
Im Januar 1983 werden die ersten 400.000 Exemplare ausgeliefert; sie können von den bis dahin eingegangenen Spenden bezahlt werden. Verteilt wird in Braunschweig, in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Schwandorf, bei Hanau, in Neckarwestheim sowie an mehreren Orten in Schleswig-Holstein.
Innerhalb von wenigen Wochen ist die Auflage vergriffen, aber außer in Braunschweig, wo es eine exakte Planung und einfallsreiche Aktionen gibt, verläuft die Verteilung ohne Konzept. Dennoch reagiert die Atom-Lobby: die Baden-Werke fordern unter Androhung eines Zwangsgeldes von 50.000 Mark die Unterlassung der in der Broschüre aufgestellten Behauptung, sie hätten zur Untermauerung ihrer Lüge von zukünftigen Stromengpässen während eines Fußballspiels den Strom abgeschaltet. In dem Betreiber-Blatt «Nachbar GKN» (Neckarwestheim) erscheint eine eher dümmliche Rezension.
In mühseligen Verhandlungen mit grünen Parteigliederungen und unter größten Anstrengungen der Kassler Büro-Menschen wird im Sommer schließlich das Geld für eine zweite Auflage zusammengebracht. An ein gemeinsames Vorgehen zumindest der verteilenden Gruppen ist allerdings längst nicht mehr zu denken, die Broschürentreffen sind schwach besucht.
Ohne den Ansatz einer Kampagne wird die Auflage in Osnabrück, Gießen, Ahaus, Hannover, Kalkar und Würgassen unter die Leute gebracht; sie ist ebenfalls schnell vergriffen.

In der folgenden Wertung schließen wir uns den Ausführungen von Kai an, der die Arbeit im Kassler Büro während der letzten Jahre mehr oder weniger allein getragen hat:

Versuch einer Wertung

Damit erst gar keine Irrtümer aufkommen, will ich gleich zu Beginn klarstellen, daß nach meiner Meinung das Projekt gemessen an seinen Zielen gescheitert ist. Auch die beachtenswerten regionalen Einzelerfolge können darüber nicht hinwegtäuschen. Sie stehen in keinem Verhältnis zum Investierten (Kraft, Zeit und Geld). Eine Beendigung des Projekts scheint mir also zwingend notwendig.

Ich will mich gar nicht lange mit dem Beleg der Behauptung vom Scheitern des Projektes aufhalten. Erinnert sei aber an Protokolle und Rundbriefe (siehe auch in der vorstehenden Chronik), in denen Forderungen und Bedingungen für ein Gelingen des Projekts, Zielbeschreibungen genannt sind, die zu keiner Zeit erfüllt wurden. Beispielsweise gab es nie das "Organisationskomitee", welches kontinuierlich die verschiedenen Bereiche der 'Kampagne' steuern sollte. Den geplanten (notwendigen) großen Presseeinstieg - von Tagesschau und Titelseiten war die Rede - hat es nie gegeben. Diese Aufzählung ließe sich noch ein Weilchen fortsetzen.
An den Orten, wo die Verteilung am besten lief, war die gesamte Resonanz gemessen am Einsatz dürftig. Aber am Beispiel Kassel wird deutlich, daß die Freude, der Stolz darüber, daß ca. 130 Leute zur Verteilung (re-)aktiviert werden konnten, daß Diskussions- und Informationsveranstaltungen zum Thema Energiepolitik z.T. selten gut besucht waren, daß die regionale Presse an der Berichterstattung doch

nicht vorbeikam, daß doch ein klitzekleinbißchen Druck auf die Stadtwerke (Thema regionale Energieversorgung) ausgeübt werden konnte, daß diese Freude doch ihren Dämpfer erhält, wenn dafür wochenlang nervenzerreibende Organisaiton und allein für Kassel ca. 20 000 DM aufgewendet werden müssen. All dies vor dem Hintergrund, daß eine wirkliche Verknüpfung der Verteilung an den verschiedenen Orten zu einer Gesamtaktion die den Namen 'Kampagne' trägt u.U. verdient hätte, nie gelungen ist. Es ist ja von uns selbst (s. Chronik) nach dre Verteilung der ersten Auflage kritisiert worden.

An den Reaktionen der 'Gegenseite' zeigte sich, daß wir durchaus hätten erfolgreicher sein können. Wer zu einer Klage ausholt wie die Badenwerke, fühlt sich bedroht. Die Baden-Werke allerdings haben schnell bemerkt, daß die Bedrohung dann aber doch keine so große war; anders ist ihre Zurückhaltung kaum zu erklären.

Viel wichtiger als das nochmalige Aufzählen der Fehler scheint mir die Frage, was da nun eigentlich passiert ist? Wie aus dem mit Schwung auf den Weg gebrachten Großprojekt der Bewegung dieses Stiefkind 'Energiebroschüre' wurde. Ich will den Versuch, diese Frage zu beantworten, mit der Beschreibung des Eindrucks beginnen, den ich hatte, wann immer das Thema 'Energiebroschüre' Thema eines Treffens wurde. Dieser Einruck war: Es herrschte Desinteresse. Desinteresse geäußert in den verschiedensten Formen. Das peinliche und/oder gesammelte Schweigen gehört dazu wie das Festklopfen alter Beschlüsse und Stellungnahmen, um das Thema so schnell wie möglich zu beenden, es wurde Verantwortung oder Arbeit bereitwillig deligiert, es gab auch Ablehnen, aber das Interesse reichte auch hier nicht zu aktiven Schritten gegen das Projekt. Es war immer eine große Müdigkeit zu spüren, eine Unwilligkeit, sich mit den Thema zu beschäftigen.

Aktionen und zwar auch solchen, die nicht von der Broschüre und ihrer Verteilung abhängig waren, sondern solche, bei denen die Broschüäre sozusagen Hintergrundmaterial gewesen wäre, eine solche Planung fand nicht statt. Es war ausgespropchen (s. Chronik), daß dies ebenso wichtig sei, aber es fehlten Menschen und Energien, um dies auch anzugehen. So stellten also stattdessen die regionalen Gruppen ihre Begleitprogramme auf die Beine, die sehr auf die Broschüre und ihre Verteilung konzentriert waren. Der belebende Funke fehlte, die Abnutzung war groß. Die Konsequenz: eine Gruppe nach der anderen verabschiedete sich von dem Projekt, nachdem sie ihre Verteilung endlich (!) hinter sich hatte, die Redaktionsgruppe war längst zerfallen, von einem 'Organisationskomitee' war keine Rede mehr. Das Projekt 'Energiebroschüre' wurde nun zum ungeliebten Kind. Selbst die, die es nicht mehr mochten (es gab z.B. die harte und überaus ausführliche Kritik der BUU-Hamburg; s. Atomexpress Nr. 34, Mai/Juni 83) schlugen es nicht tot. Sei es, weil sie an der Entstehung nicht beeinflußt oder verhindert hatten. Alle anderen waren froh, sich nicht damit beschäftigen zu müssen.

Alle außer denen, die die Broschüre noch nicht zur Verteilung hatten. Nach der durchaus unbefriedigten Verteilung der 1. Auflage (s. Chronik), lag massenhaft schriftlich und mündlich geäußertes Interesse vor. Dies führte zu der m.M nach bedauerlichen aber immerhin sicheren Fehleinschätzung über die Möglichkeiten der Fortsetzung bzw. Belebung der Aktion. Der Wunsch von Menschen und Gruppen, eine gut aufgemachte Broschüre zum Thema Energiepolitik massenhaft zu verbreiten, wurde verwechselt mit der Bereitschaft, der Fähigkeit dieser Gruppen und Menschen eben diese Broschüre zum Anlaß zu

auch keine großen Anfragen mehr vor. Die, die noch nicht ihre Partie abbekommen haben, haben so lange warten müssen, daß ihr Interesse erlahmte. Und hier ist wohl ein weiterer Grund neben dem o.g. Mangel an aktionsorienteriter Vorbereitung zu finden. Die endlose Wartezeit. Alles in allem hat es zwei Jahre gedauert bis die Broschüre druckreif war. Bis dahin hatten alle gezahlt, geplant, gedacht praktisch ohne was dafür zu bekommen. Das zermürbt, macht müde und unwillig. Und als dann endlich die erste Auflage kam, war sie viel zu niedrig. Und wieder ein Jahr Wartezeit bis zum nächsten Schwung. Dieses Warten hat sicherlich so manchen Schwung zum Erliegen gebracht und hier und dort wurde die Verteilung dann zur Pflichtübung.

Die lange Zeit der Vorbereitung wäre aber m.E. nur schwer - wenn wir mal von den lästigen Geldbeschaffungsaktionen absehen - zu verkürzen gewesen. Ohne die gründliche, jede Beteiligung ermöglichende Ausarbeitung der Broschüre, die sie zum Projekt der Bewegung machte, ohne diese, im wörtlichen Sinne, Basisarbeit, wäre keine einzige Auflage denkbar gewesen.

Über die Jahre der Vorbereitung und des Wartens hat sich überdies die Anti-AKW-Bewegung verändert. Eine Geschlossenheit, die das Projekt in Gang gebracht hat, gibt es nicht mehr. Sie aber wäre wohl Voraussetzung für ein den Vorstellungen gemäßes Gelingen gewesen.

Ich glaube also, daß es diese drei Dinge, die Veränderung der Anit-AKW-Bewegung, die langen Zeiträume und nicht zuletzt das

Nach dem Beschluß von Bremen gab es noch eine Unmenge Aktivitäten. Aktenordner voll von Zuschriften und die Protokolle der Treffen belegen dies. Als es dann aber richtig losgehen sollte, kam der Einbruck. Schon auf der Bundeskonferenz in Kassel 1982 soll diese Müdigkeit zu spüren gewesen sein. Spürbar wurde sie spätestens bei den Versuchen, ein überregionales Konzept zu formen. Hier zeigt sich, daß über der redaktionellen Arbeit an der Broschüre die inhaltliche Auseinandersetzung über die Form der 'Kampagne' und damit eine aktionsorientierte Vorbereitung vernachlässigt wurde. Die Planung von Demos und

nehmen für eine Fülle von Aktionen und Veranstaltungen, die auch in Form und Inhalt über den vorsichtigen "populären"Ansatz der Broschüre hinausgehen.

Die Sache wurde also mit wieder (fast) völlig neuen Aktionen fortgesetzt. Alte Ansprüche aufgewärmt, die wirklichen Mängel und Schwächen leider nicht erkannt. Die Konsequenz war eine Verteilung, die - wieder gemessen an Ansprüchen und Einsatz - der Verteilung der 1. Auflage an Sang- und Klanglosigkeit in nichts nachstand. Und wieder der gleiche Effekt. Die, die mit der Verteilung fertig waren, waren wirklich zum Großteil fertig mit dem Projekt. Die einzigen, die sich verständlicher Weise noch regelmäßig melden, sind die, die noch Geld zu bekommen haben.

Im Unterschied zum Oktober 83 liegen jetzt

Fehlen einer auch inhaltlichen Vorbereitung von Aktionen sind, die dem Erfolg des Projektes im Wege standen und immer noch stehen.

Nach meiner Einschätzung sind dies alles Grüne genug, um das Projekt nun auch offiziell zu Grabe zu tragen.

Gründe aber, um im Nachherein sich maßlos zu ärgern und über verschwendete Kraft,zu fluchen, gibt es aber m.E. nicht. Zu Beginn der Arbeit waren die Probleme nicht überschaubar und wenn auch die 'Gesamtkampagne' ein Flop war, so bleibt doch die Tatsache, daß regional eine Menge wichtiger Inforamtionen gemacht wurde. Angesichts der fortlaufenden PR-Maßnahmen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und ihren Tarnorganisationen sicher kein Fehler.

Kurzmeldungen, Kurzmeldungen ...

1) Der Bremer Spitzel Klaus-Dieter Hoffmann, über dessen Entlarvung wir in der letzten "atom" ausführlich berichteten, wurde nach neuesten Informationen im Rhein-Main-Gebiet gesichtet, wo er zur Bespitzelung von Aktionen gegen nukem/alkem in Hanau eingesetzt wird.

2) Hinweis: Das Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V. bietet 1985 folgende Bildungsurlaube und Wochenendseminare zum Themenkomplex "Energiepolitik" an:
a) Bildungsurlaube:
25.3.-29.32. Energiepolitik auf Kommunaler Ebene;
11.11.-15.11. Lehrerfortbildung Energie;
b) Wochenendseminare:
1.3.-3.3. Aktuelle Tendenzen der Energiepolitik;
15.3.-17.3. Sonnenkollektorbau;
20.9.-22.9. Windenergie;
11.10.-13.10 Wärme-Kraft-Kopplung;
18.10.-20.10. Sonnenkollektorbau;
3.12.-15.12. Biogas;
Nähere Informationen und Anmeldungen Energie und Umweltzentrum am Deister e.V., 3257 Springe/Eldagsen, Am Elmchenbruch.

3) **AKW's für die Türkei**
"Materialsammlung zum Atomabkommen mit der Türkei zum Selbstkostenpreis von 2,50 DM zu bestellen bei der Bamberger Initiative gegen Atomanlage (BIGA), c/o Chr. Nose, Pestalozistr. 5, 8600 Bamberg.
In der nächsten Atom kommt ein ausführlicher Artikel zum Thema: Atomexport in die Türkei.

Archiv im Umweltzentrum Münster

Im Umweltzentrum Münster archivieren wir seit 1977 Materialien aus der Ökologie-, Anti-AkW-, Anti-Militarismus- und anderen sozialen Bewegungen.
Die archivierten Materialien (Flugblätter, Broschüren, Bücher, Zeitungen) wurden erstellt von:

- Bürgerinitiativen
- Arbeitsgruppen
- Parteien (vor allem Grüne und Alternative)
- wissenschaftliche Institute (Öko-Insitute, IFEU, GÖK, VUA etc.)

Hinsichtlich dieser Basisveröffentlichungen (siehe Archivschlüssel) ist das Archiv als vollständig zu bezeichnen. Ergänzt wird der Bestand durch Veröffentlichungen von staatlichen Stellen und von den herkömmlichen Verlagen.
Einschließlich der ca. 100 Zeitschriften und Rundbriefe umfaßt das Archiv etwa 10 000 Titel.
Das Archiv ist während der Öffnungszeiten für jedermann und jedefrau zugänglich.
Genutzt werden kann es wie folgt:
- Ortsansässige können einen Großteil kostenlos entleihen, für den Rest besteht Kopiermöglichkeit
- Interessierte Auswärtige können entweder anreisen oder telefonisch/schriftlich anfragen.

Schriftliche/telefonische Aufträge haben wir bisher zum Selbstkostenpreis (Kopierkosten) beantwortet. Das wird in Zukunft nicht mehr für alle Anfragen möglich sein, da die monatlichen Fixkosten für das Archiv bereits 800,- DM überschreiten. Die Arbeit wird bis jetzt von der Ladengruppe des Umweltzentrums im Rahmen ihrer politischen Arbeit (Freizeit!) geleistet.
Jeder und jede, der/die unsere Arbeit für sinnvoll hält, kann uns wie folgt unterstützen:
- ehemalige Aktivisten und Aktivistinnen können durch uns ihre Privatsammlungen der Öffentlichkeit zugänglich machen; viel zu viel an wichtiger Geschichte landet im Papiercontainer;
- Arbeitsgruppen und Initiativen, die sich auflösen, können uns ihre gesammelten Unterlagen zur Verfügung stellen (damit neue Arbeitsgruppen nicht wieder bei Null anfangen müssen!)
- Initiativen und Arbeitsgruppen schicken uns jeweils ein Exemplar ihrer neuen Veröffentlichungen zu (diese Veröffentlichungen sind oft sehr schnell vergriffen und damit nicht mehr beschaffbar, d.h. niemand kann mehr auf die Ergebnisse zurückgreifen)
- Geldspenden auf unser Spendenkonto sind natürlich sehr willkommen; wer seine/ihre Spenden von der Steuer absetzen will, soll bei uns vorher das entsprechende Formblatt anfordern).

Also auf gute Zusammenarbeit
die Ladengruppe des Umweltzentrums!

REGIONALKONFERENZ IN WÜRGASSEN

Vor einiger Zeit kam in Göttingen die Idee auf, eine Regionalkonferenz für den Raum Südniedersachsen, Nordhessen und Ostwestfalen ins Leben zu rufen. Wir wollen in Bezug auf die Atommülltransporte nicht mehr allein auf das Wendland fixiert sein, sondern langfristig zu dezentralen Strategien gelangen. Weg von der Standortpolitik zu räumlich möglichst breit gefächerten Aktionen - denn die Atommülltransporte nach Gorleben rollen durchs ganze Bundesgebiet!
Wir gehen davon aus, daß wir durch solche Strukturen die Vorwarnzeiten für Atommülltransporte bzw. deren Blockade verlängern können und somit natürlich auch einiges an Zeit und Organisationsdruck aus dem Wendland abziehen können.
Wir meinen, es muß doch möglich sein, langfristig ein Netz von einigermaßen funktionierenden Strukturen aufzubauen. Dazu fand für unseren Bereich die erste Regionalkonferenz am 12.1.85 in Ottbergen bei Würgassen statt. Leider waren da nicht sehr viele Gruppen aus der Region vertreten, wohl wegen der vorangegangenen Feiertage und der wirklich winterlichen Strassenverhältnisse. Nun ja, wollen hoffen, daß mehr los ist auf der nächsten Konferenz am 9.3.85, die in Göttingen um 14.00 Uhr wahrscheinlich im Grünen Zentrum, Geistr.1 stattfinden soll.

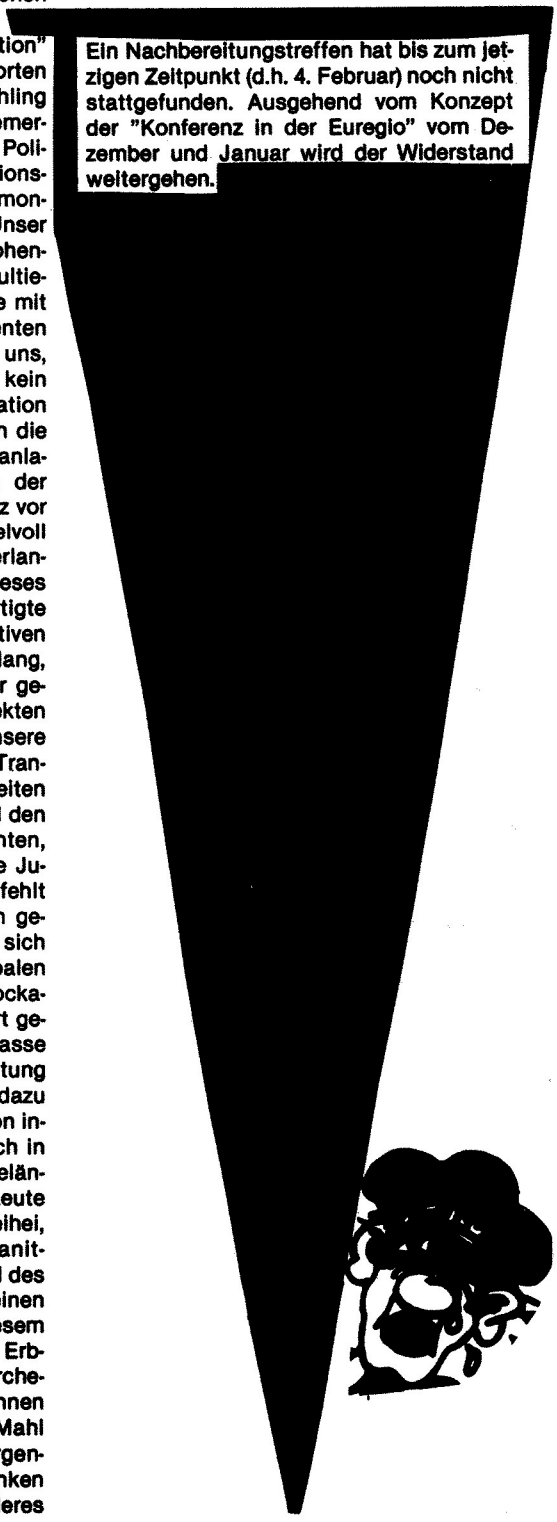
Kurzmeldungen, Kurzmeldungen ...

"Tag der offenen Tür" in der Urananreicherungsanlage Gronau

Vor ca. 3 Monaten wurde in Gronau bekannt, daß die Urenco und die Uranit zu einem "Tag der offenen Tür" in der Urananreichungsanlage einladen würden. Das war der Ansatzpunkt zu unseren Aktivitäten. Nach einigen regionalen Treffen in Gronau hatten wir eine Konzeption, so daß wir dem 2. Februar, dem "Tag der offenen Tür" gelassen entgegen sahen.
Dann war es soweit. Eine "Demonstration" mit etwa 80 Teilnehmerinnen (in Worten achtzig) läutete den Widerstandsfrühling im westlichen Münsterland ein. Bemerkenswert erscheint uns noch, daß die Polizei von einem größeren Demonstrationszug ausgegangen ist. Auf etwa 2 Demonstrantinnen war 1 Polizist präsent. Unser Anliegen, die Bevölkerung auf die drohende Inbetriebnahme und die daraus resultierenden Gefahren hinzuweisen, konnte mit viel Lärm und stichhaltigen Argumenten umgesetzt werden. In Gronau ging an uns, u.a. auf Grund der Polizeipräsenz, kein Weg vorbei. Nachdem die Demonstration in Gronau aufgelöst war, setzten sich die Leute in Richtung Urananreicherungsanlage in Bewegung. Es traf uns fast der Schlag, als wir den Besucherparkplatz vor Augen hatten. Derselbige war rammelvoll mit Jubelbürgerinnen aus den Niederlanden, Jülich und dem Münsterland. Dieses alptraumähnliche Bild vergegenwärtigte uns, daß wir uns in einer erzkonservativen Region befinden, in der es noch nie gelang, eine gut funktionierende Infrastruktur gegenüber umweltgefährdenden Projekten aufzubauen. Dennoch bauten wir unsere Informationsstände auf, befestigten Transparente am Zaun, usw. Schwierigkeiten gab es nicht mit den Wachleuten und den zahlreichen anwesenden Zivilbeamten, aber umso aggressiver reagierten die Jubelbürgerinnen. Es hätte nicht viel gefehlt und es wäre zu einigen Schlägereien gekommen. Aber dennoch beschränkte sich der Protest nicht nur auf eine verbalen Ebene. So ist es zu zahlreichen Busblockadeversuchen direkt vor der Toreinfahrt gekommen, die sich aber mangels Masse bald selbst auflösten. Diese Veranstaltung des Betreibers wurde natürlich auch dazu benutzt, sich diesen Kasten einmal von innen zu betrachten. Mensch setzte sich in einen Pendelbus und wurde auf das Gelände gefahren. In der UAA hatten die Leute dann eine relativ große Bewegungsfreiheit, obwohl sich an jeder Ecke Uranit-Angestellte befanden. Im hinteren Teil des Rundganges war ein Lagerraum in einen Eßraum umfunktioniert worden. In diesem "Schnellrestaurant" mit kostenloser Erbsensuppe wurde Mensch von einem Orchester unterhalten. Doch die Besucherinnen hatten nicht allzu viel Freude an dem Mahl mit Bigbandklängen, denn es hat zu irgendeinem Zeitpunkt fürchterlich zu stinken begonnen. Der Band blieb nichts anderes übrig, als von dannen zu ziehen.

Zu einem kurzfristigen Busstau vor dem UAA-Gelände kam es, als die Stromversorgung am Eingangstor zusammenbrach. Dieser triviale Vorfall ist charakteristisch für die Atomindustrie mit ihrem an Dilettantismus grenzenden Sachverstand (siehe auch: Höhe des Eingangstores im Zwischenlager Gorleben). Nach Meldungen des WDR's soll sogar noch eine Bombendrohung bei der Uranit eingegangen sein. Dies veranlaßte die Uranit, den "Tag der offenen Tür" vorzeitig zu beenden.

Ein Nachbereitungstreffen hat bis zum jetzigen Zeitpunkt (d.h. 4. Februar) noch nicht stattgefunden. Ausgehend vom Konzept der "Konferenz in der Euregio" vom Dezember und Januar wird der Widerstand weitergehen.



Geplant ist:
- eine euregioweite Demonstration im April/Mai
- eine Demonstration kurz nach der Inbetriebnahme der UAA (nach erhaltenen Informationen wird mit der Inbetriebnahme im August gerechnet).

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Demonstration sind noch nicht fixiert. Termine über die Vorbereitungstreffen sowie Informationen aller Art erhaltet ihr beim AKU Gronau (AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau). Dort ist auch eine sehr interessante Broschüre über die UAA erschienen. Sie umfaßt 20 Seiten und kostet 1,50 DM + Porto.

Mit atomfeindlichen Grüßen
Konferenz in der Euregio

UNTERSCHRIFTENAKTION: KEINE BETRIEBSGENEHMIGUNG FÜR DIE UAA IN GRONAU!

Wir vom Arbeitskreis Umwelt Gronau sammeln z.Z. Unterschriften für die «Gronauer Forderungen». Entsprechende Unterschriftenlisten können bei uns bestellt werden. Hier ist der Wortlaut:
Im ersten Drittel des Jahres 1985 soll die Betriebsgenehmigung für die erste Urananreicherungsanlage (UAA) der BRD erteilt werden (ebbes knapp mit dene Unterschrifte, wa? d.S.). Im Sommer 1985 soll sie dann im westfälischen Gronau mit der Produktion beginnen.
Weil die Transporte und die Verarbeitung des radioaktiven Urans zu gefährlich sind (z.B. versank im Sommer 1984 der Uranfrachter Mont Louis im Ärmelkanal; Ende Oktober 84 kam es in der argentinischen UAA zu einem schweren Unfall (Westfälische Nachrichten, 3.11.84).), und die Atomenergie sowieso gefährlich und überflüssig ist (für detailliertere Informationen empfehlen wir: ein atom-abo! d.S.), muß die Inbetriebnahme der UAA Gronau verhindert werden.
Wir fordern die zuständigen Genehmigungsbehörden auf, keine Betriebsgenehmigung zu erteilen.

Unsere Unterschriftenaktion werden wir auch nach der Erteilung der Betriebsgenehmigung weiterführen.
In Kürze werden wir eine Dokumentation über die UAA Gronau veröffentlichen.Sie wird ca. 20 Seiten haben (Din A 4) und soll 1.50 DM kosten. Ab 10 Stück 1.20 DM.
Titel: Uranbomben aus Gronau für den Atomstaat? Die erste Urananreicherungsanlage der BRD.
Über den Widerstand in und um Gronau, der angesichts der drohenden Inbetriebnahme der UAA etwas stärker zu werden scheint, informiert das Euregioinfo der deutsch-niederländischen Euregiokonferenz gegen Atomenergie. Wer daran interessiert ist, sollte 5 DM auf unser Konto einzahlen; dafür gibt es dann das Info zum Selbstkostenpreis plus Porto.
AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau, 02562/2781, Volksbank Gronau - Bankleitzahl 401 640 24 - Kontonummer 140 966 800.

Kurzmeldungen, Kurzmeldungen ...

Presseerklärung:

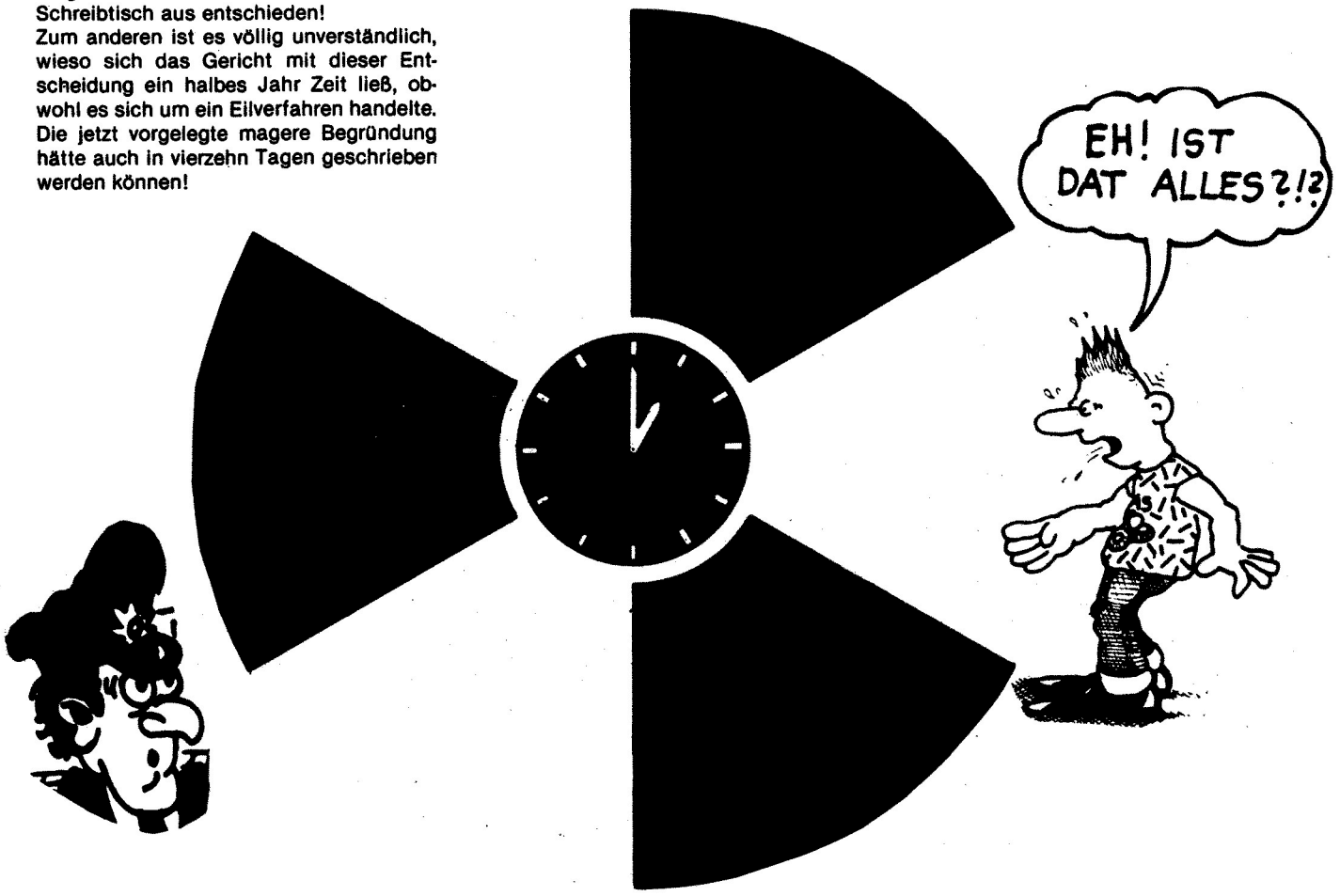
Ahaus

Am 11. April 1984 hatte der Landwirt Hermann Lenting gegen die Baugenehmigung für das Atommüll-Lager Ahaus Klage beim Verwaltungsgericht Münster erhoben. Als kurze Zeit später dennoch mit dem Bau des Lagers begonnen wurde, beantragte er am 11. Juli 84 in einem Eilverfahren einen vorläufigen Baustop bis zur Entscheidung über seine Klage, damit durch den Bau nicht "vollendete Tatsachen" geschaffen werden könnten. Dieser Eilantrag ist vom VG Münster jetzt in einem Beschluß vom 22.1.85 abgelehnt worden. Das Gericht hat es sich bei seiner Entscheidung recht leicht gemacht, da es im wesentlichen die Argumente des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg aus einem Rechtsstreit über das Zwischenlager Gorleben übernommen hat. Dies muß in zweierlei Hinsicht befremden: Zum einen ist Gorleben zwar von der Anlage her mit Ahaus vergleichbar, die Standtortgegebenheiten sind jedopch ganz anders. So liegt z.B. das Lager Gorleben im Wald, während das Ahauser Lager mitten in einem landwirtschaftlichen Nutzgebiet liegt und z.B. direkt an den Hof des Klägers Lenting grenzt. Auf die standortbezogenen Argumente der Klagebegründung ist das Gericht aber kaum eingegangen. Nicht einmal eine Ortsbesichtigung wurde von den Herren Richtern für nötig befunden, geschweige denn eine mündliche Verhandlung über den Fall: er wurde einfach vom Schreibtisch aus entschieden!
Zum anderen ist es völlig unverständlich, wieso sich das Gericht mit dieser Entscheidung ein halbes Jahr Zeit ließ, obwohl es sich um ein Eilverfahren handelte. Die jetzt vorgelegte magere Begründung hätte auch in vierzehn Tagen geschrieben werden können!

Der Kläger hat zwar das Recht, gegen den Beschluß des VG Münster Beschwerde beim OVG einzulegen. Durch die zeitliche Verschleppung der Entscheidung und den zwischenzeitlichen Baufortschritt am Lager hat das VG aber den Kläger in der Wahrnehmung dieses Rechtes eklatant beschnitten: Bis das OVG dazu kommt, vielleicht doch noch eine Entscheidung zugunsten des Klägers zu treffen, dürfte der Bau fast fertiggestellt ein! Damit haben die Richter die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit eines Eilverfahrens praktisch ad absurdum geführt!
Angesichts solcher Entscheidungen ist es nicht verwunderlich, wenn in letzter Zeit häufig in der Öffentlichkeit Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte auftaucht. Die Rechtshilfegruppe wird trotz dieser fast schon skandalösen Begleitumstände, unter denen dieser Gerichtsbeschluß zustandegekommen ist, auch weiterhin überlegen, welche Schritte zur Verhinderung des Atommüll-Lagers in Ahaus noch zu unternehmen sind.

Jetzt komplett:
FAST EIN JAHRBUCH DER ANTI-AKW-BEWEGUNG!

Vervollständigt um die Tagungsunterlagen und Dokumente der Konferenz (Reden, Arbeitsgruppen, Berichte, Zusammenfassungen, Resolutionen und ein Pressespiegel), liegt jetzt die komplette **Materialsammlung der 8.Anti-AKW-Bundeskonferenz**vor, die Ende November in Braunschweig stattfand. Angesichts der Materialfülle auf über 280 Textseiten (Standortberichte, Diskussionsbeiträge, aktuelle Aspekte der Atomtechnikkritik und Beiträge zu anderen Bereichen und Bewegungen), bleibt die Materialsammlung auch nach der Konferenz ein aktuelles Dokument, daß die Situation der Anti-AKW-Bewegung mit allen Stärken und Schwächen schlaglichtartig wiedergibt.
Bestellungen: Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Jasperallee 32. 3300 Braunschweig, 0531/891632
über 280 Textseiten, 15,- DM plus 1.80 DM Porto (gegen Scheck oder Rechnung). 10 DM für Initiativen, Wiederverkäuferinnen etc. bei Mehrfachbestellungen.



Im Dunkeln läßt sich gut munkeln

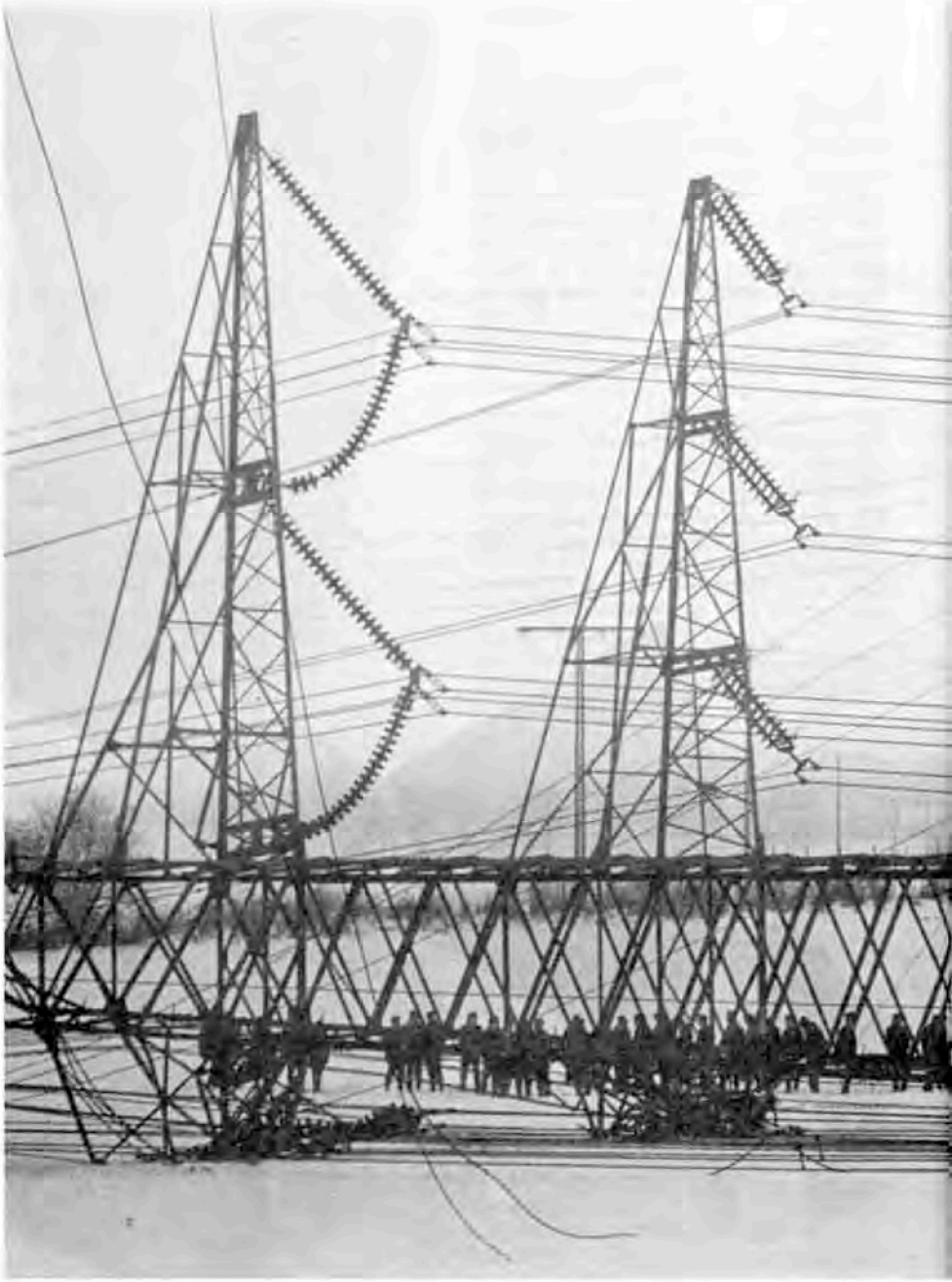
Die Geschichte ist kurz erzählt. In der Nacht vom 24. auf den 25. Januar (Im Dunkeln...) knallt es nur einige hundert Meter vom AKW Krümmel entfernt. Ein Sprengsatz reißt einen 380 000 Volt-Mast der HEW und dieser wiederum einen 110 000 Volt-Mast der NWK und einen 10 000 Volt-Mast der Schleswag um. Es ist genau die Stelle, an der der Strom aus dem AKW Krümmel in das Hamburger und schleswig-holsteinische Versorgungsnetz eingespeist wird. Es folgt eine automatische Schnellabschaltung des AKWs. Zu nennenswerten Stromausfällen kommt es nicht. Es gibt ja das Verbundnetz mit riesigen Überkapazitäten.

Vorläufiges Fazit: die Masten sind um -, das AKW stillgelegt, vorübergehend zumindest.

Reaktionen auf das, was sich der Betrachterin am nächsten Tag bietet, lassen nicht lange auf sich warten: die TAZ-Reporterin veranlaßt das Bild zu einem poetischen Höhenflug: « Vor dem mit der schneebedeckten Landschaft und dem milchigweiß verhangenen Himmel wie eine Leinwand wirkenden Hintergrund die dunklen Silhouettten der umgeknickten Hochspannungsmasten, die sich wie riesige stählerne Ungetümer im Dunst abzeichneten.» Die HEW und in ihrem Gefolge Radio- und Zeitungskommentatoren versuchen zu überspielen, daß der Anschlag gesessen hat. Allein 7 - 8 Tage soll es dauern, bis die Leitungen provisorisch wieder hergestellt sind und der Schaden beläuft sich auf über 2 Millionen. Da hilft nur noch die alte Legende vom 'sauberen Atomstrom' und die Drohung mit Smog für Hamburg, da doch die Kohlekraftwerke Wedel und Hafen für Ersatz sorgen müssen.

Von den Grünen meldet sich ihr Kreistagsabgeordneter Thomas Wüppesahl, Kripobeamter und selbst Kläger gegen das AKW Krümmel, vor den Kameras des ZDF zu Wort. Es sei nur verständlich, « daß solche Handlungsweisen z.Zt. erfolgen, weil das die einzige Möglichkeit in sich birgt, daß politische Bewegung in die Diskussion um die Atomenergie aufgenommen wird ». Und auf die obligatorische Frage, ob er sich distanziere:« Wir sagen ganz deutlich: das ist nicht unser Weg, den wir bestreiten innerhalb der politischen Auseinandersetzung, im politischen Meinungskampf. Ich muß aber auch genauso deutlich sagen, daß das, was hier augenblicklich geschehen ist, gedanklich voll und ganz nachzuvollziehen ist ». Rücktrittsforderungen und Hetze lassen nicht lange auf sich warten. Der 'deutsche Herbst' läßt grüßen.

Die Diskussion hat schon fast ihren Höhepunkt überschritten, da meldet sie sich endlich zu Worte, die Gruppe mit dem Namen, der selbst Nachrichtensprecherinnen zum Lachen bringt. 'Hau weg den Scheiß' schreibt in einem Brief an die Elbe-Jeetzel-Zeitung:« Diese Aktion ist unsere Antwort auf die Bedrohung durch den Atomstaat.» Weiterhin fordern sie die Abschaffung aller Atomanlagen. Ein erster Schritt ist getan.



Brief aus dem Intercity

AN ATOMEXPRESS

Liebe Leute, auf der Rückfahrt von der Atomenergie BAG der Grünen schnell einige Zeilen zu Krümmel, möglichst noch für die nächste «atom».

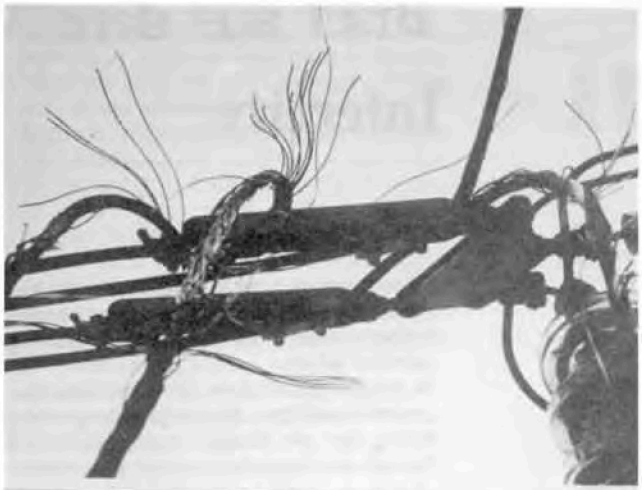
Es herrschte bei allen, die sich äußerten, großer Jubel über den so großartigen Anschlag auf die Masten, zumal dieser die Perspektive aufweist, wirklich konkret die Stillegung selbst zu betreiben. Eine Erklärung, die den Anschlag begrüßt, wurde allerdings zurückgezogen, weil die Partei selbst die nie billigen würde

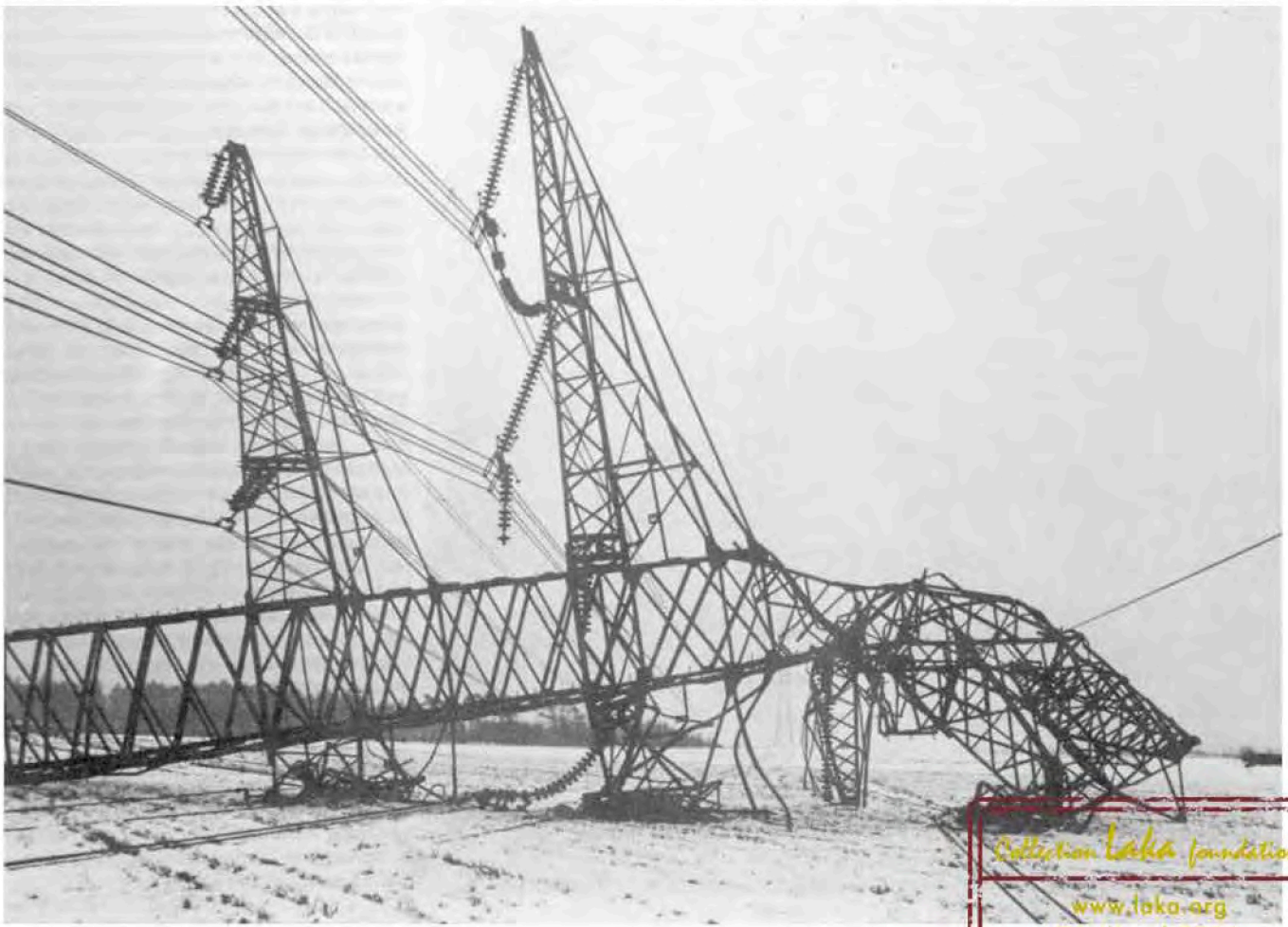
Dann wurde aber auf folgendes Problem hingewiesen: Anschläge auf Masten sind natürlich die 'schönste' Methode der Stillegung, da ja direkte Anschläge auf Radioaktivität enthaltende Anlagen sich für Linke verbieten. Aber auch hier besteht eine wenn auch geringe Möglichkeit, eine Katastrophe auszulösen: plötzliches Kappen der Leitungen -durch Eislast, Kälteeinwirkung oder eben auch sprengen - führt dazu, daß die ganze ungeheuere Energie im AKW schlagartig anders abgeleitet werden muß. Dies kann, so wurde schon oft argumentiert, zu Störungen führen, denen das AKW nicht gewachsen ist. Genau das, nämlich Leitungsunterbrechung durch Vereisung war die Ursache für den zweiten Unfall in Gundremmingen, der das AKW so verrissen hat, daß es endgültig stillgelegt wurde. Solche Störungen können sich aber auswachsen bis zum Kernschmelzen mit furchtbarer Verseuchung der Umgebung. Die Chance ist immerhin nur 1 : 10.000, und da so viele Anschläge ja kaum vorkommen, ist zur Panik ja auch kein Anlaß. Andererseits haben wir den Betreibern ja immer entgegengehalten, daß wir uns auf Wahrscheinlichkeitsspielereien nicht einlassen.

Deswegen von solchen Aktionen abraten? Natürlich nicht, aber doch folgende Überlegung: bei Bombenanschlägen auf Gebäude ist es für Linke selbstverständlich, sie unmittelbar vor der Explosion telefonisch anzukündigen, damit Menschen das Gebäude verlassen können. Analog sollte frau die Betriebsmannschaft unmittelbar vorher anrufen und sie dringend auffordern, das Kraftwerk abzufahren. Das ist in wenigen Minuten möglich, ohne die Umwelt drastisch zu gefährden (vielleicht war das ja auch der Fall?) Es war klar, daß solche Überlegungen in einer Erklärung der Grünen als Distanzierung aufgefasst würden, weswegen davon abgesehen wurde. Dagegen wurde als sinnvoll angesehen, sie in der «atom» darzulegen, in der Erwartung, daß die betreffenden Leute, die wir alle wegen ihrer Entschlossenheit bewundern, davon erfahren und sie bei den nächsten Aktionen, auf die wir alle hoffen, entsprechend berücksichtigen (falls sie es nicht schon getan haben).

N.N.

Fotos: PAN-Foto





Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Konferenz »Atomenergie und Arbeitswelt«

vom 26.-28.April 1985 in Bremen
Einladung zu einem Vorbereitungstreffen am Sonnabend/Samstag, 2.März 1985, 13.00 Uhr, im BBA-Büro

Wir meinen, daß langfristig gesehen eine neue Phase im Kampf gegen Atomenergie eintritt, in der es nicht mehr um in erster Linie die Verhinderung neuer AKW-Bauplätze gehen wird, sondern darum, den Betrieb laufender Anlagen politisch und technisch unmöglich zu machen. Denn die Betreiber werden kaum mehr neue Bauplätze erschließen, sondern sich in den bestehenden hinter Beton und Stacheldraht einigeln. Damit gewinnt zum einen die ständige Be-und Verhinderung von Transporten zwischen diesen «Festungen» immer größere Bedeutung, um den politischen Preis so hoch zu treiben, daß für die Gegenseite die Kosten den Nutzen übertreffen.

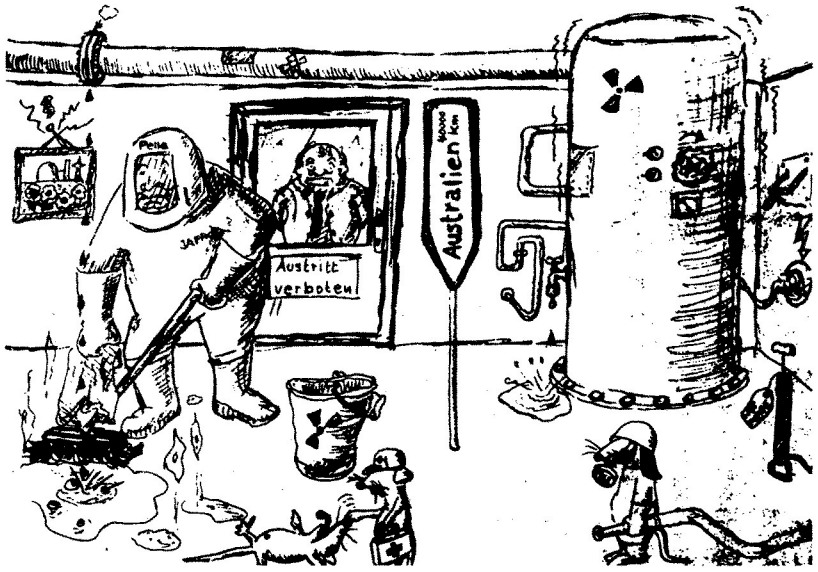
Damit erwächst zum anderen die Aufgabe, die Umgebung von Atomanlagen zum «Feindesland für die Betreiber» zu machen, um auch dadurch dazu beizutragen, den Betrieb längerfristig zu verunmöglichen. Natürlich ist auch uns klar, daß es sich hier um eine sehr langfristige Aufgabe handeln muß, daß kurzfristige Erfolge sehr selten und Frustrationen sehr häufig sein werden. Dennoch sollte über die weiteren Perspektiven nachgedacht werden, um sich nicht im Tageskampf aufzureiben. Es geht darum mit einer gewissen Kurzatmigkeit der Bewegung Schluß zu machen, die sich auf immer neue Projekte stürzte, um sie zu verhindern, und die resignierte und sich neuen zuwandte, wenn das Projekt nicht zu verhindern war. Demgegenüber kommt es darauf an, sich auf einen längerfristigen zähen Kampf gegen laufende Atomanlagen einzurichten.

Eine ganz entscheidende Rolle spielt dabei, Informationen über die Vorgänge im Werk zu erlangen. Solche Informationen können sich z.B. beziehen:

- auf geheimgehaltene Unfälle mit Auswirkungen nach außen (hier ist zu erinnern an den Unfall im AKW Brunsbüttel, bei dem durch einen anonymen Anruf enthüllt wurde, daß die Betriebsmannschaft die automatische Abschaltvorrichtung lahmgelegt hatte),
- auf innerbetriebliche Widersprüche und Probleme (hier ist darauf hinzuweisen, daß die Personalkontrollen und die diversen Sicherheitsmaßnahmen auf wachsenden Widerspruch bei den Beschäftigten stoßen, auch ausdrücklich die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte durch das Atomgesetz eingeschränkt werden),
- auf geplante Transporte, um diese immer effektiver behindern zu können.

Darüber hinaus ist es wichtig, im Betrieb für Verunsicherung zu sorgen und längerfristig Widerstandsaktionen in den Anlagen selber anzuregen mit der Perspektive der Verunmöglichung des Betriebes. Gewiß werden hier an unsere Zähigkeit, langen Atem und «Frustrationstoleranz» besondere Anforderungen gestellt.

Eine besondere Rolle spielen dabei während einer noch anhaltenden Bauphase die



vielen Bauarbeiter, die ja eine weniger enge ideologische Bindung an die Anlage haben.

Wir müssen feststellen, daß die allermeisten Atomkraftgegnerinnen von den technischen wie auch den «zwischenmenschlichen» Vorgängen in den Anlagen keine Ahnung haben (witziges Eigentor,die Säzzerin). Aus Diskussionen auf dem Widerstandskongreß zu Brokdorf und auf der Bundeskonferenz in Braunschweig entstand daher die Idee, diesem Thema eine eigene Konferenz zu widmen, und wir haben in Bremen übernommen, diese zu organisieren.

Wir stellen uns vor, daß die folgenden Problembereiche behandelt werden sollten:

- Bisherige Erfahrungen über Arbeiterprobleme im Zusammenhang mit Atomenergie, und zwar vor Ort und mit Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Ebenen.
- Neue Informationen über die tatsächliche Gefährdung durch Strahlen am Arbeitsplatz, die beabsichtigte Verschlechterung der Strahlenschutzverordnung sowie über existierende Widersprüche im Zusammenhang mit der Personalkontrolle.
- Argumentationen zur Arbeitsplatzvernichtung (angeblich oder tatsächlich) durch Abschaffung von Atomenergie, zu Möglichkeiten der Konversion dieser Technik zu weniger lebensgefährlichen Produkten, allgemeiner zum Verhältnis von Gesundheit und Arbeitsplatz, vielleicht noch allgemeiner zu «Arbeit und Leben»(vielleicht noch allgemeiner zu «Gott und die Welt»,die Säzzerin)
- Eventuelle spezielle Probleme während der Bauphase: die besonderen Bedingungen von Arbeitshetze und Belastungen auf der Baustelle und Eingriffsmöglichkeiten.
- Transport und Bewachung von Atomtransporten. Zum Komplex «Transporte» sind auch die nicht radioaktiven Anlagenteile, nicht zuletzt für den Export, zu nennen. Von dort weitet sich der Blick auf die zahllosen Zulieferbetriebe von scheinbar harmlosen, für Atomanlagen wesentlichen Dingen.
- Ein weiteres Thema wäre die Umsetzung der gewonnenen Erfahrungen im Umkreis der Anlagen sowie Ideen und Erfahrungen zur meßtechnischen und krankheitsstatistischen Überwachung der Umgebung.

Wie die Konferenz zu organisieren ist: parallele Arbeitsgruppen oder Plenum, Verhältnis von Sachinformation zu politischer Diskussion und Planung von Aktivitäten, Vorabpapiere, Reader, ...? haben wir noch keine klaren Vorstellungen. Hierfür halten wir das Vorbereitungstreffen für unerläßlich, und wir wünschen uns, daß daran möglichst viele mit möglichst vielen Ideen teilnehmen werden.

Wir haben bisher die BIs an laufenden Atomanlagen angeschrieben, einzelne uns bekannte Betriebsräte und andere Gewerkschafterinnen; wir wollen uns bemühen, Leute aus dem Baskenland einzuladen, die ja z.Zt. die Inbetriebnahme des AKW Lemoniz erfolgreich verhindert haben. Wir wünschen auch Leute, die auf Baustellen oder beim Brennelementewechsel in den Anlagen gearbeitet haben, kennen aber bisher kaum welche. Es wäre daher besonders wichtig, wenn ihr diese Informationen weitergebt und Leute einladet, die auf irgendeine Weise etwas zum Thema sagen können.

Als konkrete Ergebnisse schweben uns vor:

- Kampagne zu der geplanten Verschlechterung der Strahlenschutzverordnung; hier stehen für 1985 ohnehin offizielle Hearings und parlamentarische Aktivitäten an, da die Regierung plant, sich im Laufe des Jahres durchzusetzen.
- Kampagne zur Gefährdung von Transportarbeitern und -bewachern,

Kampagne, die die Atomarbeiter und -techniker auf ihre besondere Verantwortung für mögliche Katastrophen hinweist.

Wir hoffen, recht viele von Euch in Bremen zu sehen!!!

Bitte meldet Euch telefonisch an:
0421/50 58 84 - Jens
0421/45 34 48 - Markus

Anti-AKW-Bewegung - Grüne

Sechs Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Grünem Parlamentarismusstreit und Anti-Atombewegung.

1. "Es ist gut und nicht schlecht, wenn eine Parlamentspartei die Verhinderung solcher Sauereien für wichtiger hält als die 'Machtbeteidigung' ", war in der Januar/Februarausgabe der "Atom" zu lesen. (2) gemeint waren zum einen die hessischen Grünen und zum anderen der Umgang mit atombombenfähigem Plutonium im hessischen Hanau. Doch unterschätzt eine solche Haltung nicht die fatale Neigung zur Taktiererei in den Grünen Landesverbänden, insbesondere dem hessischen, der auf seinem Parteitag in Lich seinen "realpolitischen" Vertretern einen medienwirksamen Auftritt bescherte, mit Blick auf die Anti-Atombewegung. Schließlich ist die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Kernenergieeinrichtungen in Lich geradezu untergegangen, während auf der kürzlich durchgeführten Bundeskonferenz der Anti-Atombewegung den sogenannten Fundamentalistinnen ein Basisvotum der erstarkenden Anti-Atombewegung gegeben worden ist. Der - auch nach der Grünen Bundesversammlung - keineswegs entschiedene Streit innerhalb der Grünen um "Macht und Verantwortung", um die weitere Parlamentarisierung findet eine wesentliche Ausprägung in den Diskussionen um atomwirtschaftliche Realitäten und Planungen. Jene Grundforderung der Grünen nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie verbindet - mehr als andere Grundüberzeugungen - eine explosive Symbolik mit der Gefahr einer tötlichen Hypothek für unsere und folgende Generationen. Nirgendwo sonst werden die Grünen bundespolitisch realer eingreifen müssen, wenn sie sich nicht noch weiter als bisher von den Auseinandersetzungen auf den Straßen entfernen wollen. Und da sind die hessischen Verhältnisse ein Grund zum Mißtrauen - trotz momentaner Enthaltsamkeit der Grünen durch Ablehnung des aktuellen Haushalts. Einige Tatsachen trüben die mediale "Radikalität" in Lich. Die Grünen in Hessen tolerierten für ihre "Berechenbarkeit" den Weiterbetrieb zweier Reaktoren in Bibilis. Dann, als es um Nukem und Alkem ging, sprachen sich starke Kräfte im Landesverband für eine "nach dem Stand von Wissenschaft und Technik" sichere "Entsorgung" aus. Auf der Ebene des Gutachterstreits wurde einem klaren "Nein" ausgewichen. Und in dieser Situation der vorläufige (Es bleibt zu betonen!) Bruch mit der SPD durch genau diejenigen hessischen Grünen, die bislang noch jede grundsätzliche Parlamentarismusdebatte abrupt beendet haben. Und das waren immer auch Auseinandersetzungen um diesen Staat. Geht die Taktik der "Realos" auf, oder wird die Aktion in Lich kritisch beantwortet werden, als das, was sie ist: temporäre Zweckentscheidung einer sozialdemokratisierten Partei. Vielleich gewinnt Joschka Fischers Satz zu Hessen in Folge dieser Entwicklungen eine ungewollte Bedeutung: "Ich bin überzeugt, daß es klappt. Wenn es schief geht, fallen wir ins Nichts." (3)

Foto: H.Schreg

2. Die Grünen wollen die besseren Demokratinnen sein. Holzschnittartig: Setzt man/frau ihre biographische Herkunft und ihre soziale Stellung in Bezug zu ihren Entscheidungen und den, von ihnen vertretenen "Aktionsformen" (Die Angst vor der Unkontrollierbarkeit), so wird klar, daß viele Grüne Parteigängerinnen die neuen Bürgerinnen sind, die der, als wertfrei begriffenen Staatshülle ein vermeintlich zeitgemäßes, aufgeklärtes Leben einhauchen wollen. Persönliche Risikobereitschaft wäre in dieser Situation schlicht unsinnig, und ist folgerichtig kaum zu beobachten, wenn ein Atomo die "Sicherheit" des Berufsplatzes kos n kann. Zu Ende gedacht: Ein fundamentaler Streit um diese Gesellschaft kann kaum von den Grünen kommen oder getragen werden. Das Denken in Wählerprozenten erklärt zumindest teilweise, warum so viele Grüne den politischen Erfolg von Bewegungen an der Anzahl der gezählten Beinpaare messen, oder auch an Schlagzeilen und der scheinbaren Diskussionsbereitschaft in "Zeit", "Rundschau" und "Spiegel". Die erfahrene Radikalität und Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzungen in vielen Bürgerinitiativen kennzeichnet offensichtlich allenfalls die politischen Erinnerungen vieler Grüner Exponentinnen. Anders als beispielsweise die (BI-)Bewegung gegen Atomernergie werden die Grünen - wenn sie nicht mit dieser Entwicklung brechen - im kybernetischen Prozeßdenken der neuen Managertypen der entscheidende Seismograph und Abführkanal für potentiell qualitative Sprünge quer zum System sein. "Wären die Grünen nicht teilweise aus unserer Bewegung entstandn, so hätte der Staat die Grünen erfinden können." (4)

3. Die Sozialdemokratie in Hessen lebt in der Spannung, einen Kurs al la Rau fahren zu wollen, der jedoch momentan undurchsetzbar ist, und dem Zwang, die ungeliebten Grünen - bei entsprechender "Politikfähigkeit" - als Partnerinnen akzeptieren zu müssen, soll es nicht zu anderen Mehrheiten im Parlament kommen. Der stets strebsam vorpreschende Wirtschaftsminister Steger und der in letzter Instanz skrupelose Technokrat Börner sind Stellvertreter einer SPD -Linie, die keinesfalls unter dem Motto des "sofortigen Ausstieges aus der Kernenergie" zu bewegen sein wird. Wahlkampfzeiten selbstredend ausgenommen. Gerade die Firmen Nukem und Alkem verkörpern das sozialdemokratisch geförderte "Risikokapital" in der Wirtschaft. Und geht es ans Eingemachte, dann kann die geschichtsträchtig belastete Sozialdemokratie scheinbar nicht anders handeln, als gegen die, in Relation, progressiven Kräfte: Wer bei den Kriegskrediten anfängt, über den Deutschen Herbst, den Nachrüstungsbeschluß, die Atomexportpraxis weiterwurstelt, die wird bei Reorganisation der kapitalistischen Ökonomie fördern (müssen). Und so ist im bundespolitischen Papier der SPD "Die Zukunft gestalten" die Rede von "zu erobernden Märkten", von "Schlüsseltechnologien", die "sozialverträglich" gestaltet werden müssen. Und so redet Gerhard Schröder, Kandidat für den niedersächsischen Landesvatersessel da-

von, daß wir "solange mit der Kernenergie leben" müßten, "wie nicht andere, ungefährlichere Energieträger zur Verfügung" ständen. Wenn die Grünen in diesem Bereich der sogenannten Schlüsseltechnologien glauben, mitmischen zu müssen, dann ist der Punkt erreicht, der point of no return.

4. Hessische Spitzen-Grüne, der Bodenständigkeit nicht immer grundlos verdächtige Politiker (Es sind tatsächlich zuerst Männer), zeichnen sich oft durch verblüffend aufschlußreiche Formulierungen aus. Winfried Kretschmann ist ein solcher Politiker und zudem Vertreter der "Ökolibertären Gruppen", die zwar nicht allzuviel mit libertärem Gedankengut am Sticker haben, umsomehr dafür mit Macht. Kretschmann: "Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es für die Opposition, die bisher nur eine außerparlamentarische war, die noch kleine Chance, die Instrumente dieser parlamentarischen Demokratie zu nutzen, zu verbessern und neue folgenreich zu entsinnen." Man solle doch die Menschen "dort abholen, wo sie sind"; nur so könne man schließlich in das "Wählerpotentiel der CDU einbrechen..." Die FR räumte den selbsternannten "Libertären" eine zweiseitige Dokumentation ein, Titel: "Die Parlamente können vor einer neuen Blüte stehen" (5) Und wer wird Vizekanzlerin in der Grünen, ungenießbaren Bananenrepublik, es darf gerätselt werden! Vielleicht Fischer, 35, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im Bundestag. Fischer im Spiegel: "Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß. Wer dies aufhalten will, der kann die Partei nur noch kaputtmachen..." Im weitern kommen auch die "anzustrebende politische Hegemonie", das bereits bekannte "außerparlamentarische Abseits" und der "Machtfaktor" zur Sprache. (6) Der Wortschatz schleicht oder schleift sich ein. Waltraut Schoppe warnt in der "taz" eindringlich vor zu großem Radikalismus, man/frau bedenke stets die "Politikfähigkeit", Lippelt, Grünes Mitglied im niedersächsischen Landtag beschwert sich bei der Landesregierung über die ungerechtfertigte Härte gegenüber "Abwieglern" in Gorleben, die "Gewalttäterinnen" seien ungeschoren davon gekommen. (7) Was würde es für die Anti-Atombewegung bedeuten, wenn sich diese (System-) Sicht innerhalb der Grünen weiter durchsetzt? Erhard Müller und Gabriel Falkenberg, zwei Grüne aus dem Landesverband NRW zu ihrer Politikvorstellung: "...hier und jetzt realisierbare Schritte innerhalb des Industriesystems, innerhalb der zentralisierten Wirtschaft und innerhalb des staatlichen Apparates, ja selbst innerhalb des Militärapparates entwickeln." (8) Real und irreal?

5. Ebermann und Trampert verkörpern die kraftvollste Gegenargumentation und Fraktion zu der vorangestellten - Sie haben die Transformation der traditionellen Analysemethoden der Linken und der politische Ökologie zu einem tiefgreifenden Erklärungsansatz mitgeschaffen (9). Den beiden geht es nicht nur um das pure Mitmischen im Parlament, sie betrachten den Staat auf ihrem Hintergrund nicht als das Gefäß, das besserer Menschen bedarf; hier sind die Formulierungen der Anti-Atombewegung nicht Lippenspiel, sondern orginärer Teil des Denkgebildes und somit der Ansprüche. Ob sich allerdings der systemverändernde Grundtenor dieser Analyse durch die pure Existenz der Parlamentsfraktionen nicht letzlich verliert - es sei hier dahingestellt. Aus der Sicht der (trotz aller Heterogenität hier hoffentlich weitgehend einigen...) Anti-Atombewegung kann eine solche Fraktion innerhalb der Grünen zur (Interessen)Partnerin werden - mit den bekannten Fragen im Kopf. Auch Ex-Arbeitswissenschaftler Bahro bietet sich als Bündnispartner an, doch was verbindet mit ihm, dessen religiös-technokratisches Vokabular eher einen Motivationspsychologen vermuten läßt, denn einen, auf Autonomie bedachten, progressiven Theoretiker. Bahro sieht in der Atomindustrie einen Teil der "Großen Maschine", die den "Tod Gottes manifestiert. In einer von ihr entlasteten Kommunikation kann er auferstehen und wieder gegenwärtig sein." Betitelt war der Bahro-Aufsatz in der taz mit der schönen Losung "Rettung oder Untergang" (10)

6. Große Teile der Grünen Partei verhalten sich zur Anti-Atombewegung wie die allgegenwärtige und routiniert auftretende Medienglucke zum häßlich-dummen Entlein: die Forderung sei richtig, doch die Konsequenz recht unansehnlich. Den Bürgerinitiativen werden durch die Bonner Grünen "Praktikantinnenstellen" zur Verfügung gestellt, wo die - etwas provinziellen "Praktikantinnen" die parlamentarische Arbeit begleiten "und beeinflussen" können. Bundestag Nachrücker Daniels verspricht sich eine weitere "Basisanbindung" durch Installation einer Institution: der Bundestagsarbeitsgemeinschaft Energie/Atom (BAG). (11) Ist der Bruch auf eine peinlichere Art festzuschreiben?

Andererseits sind durch die Grünen Informationen aus dem Inneren des Molochs leichter, oder überhaupt erst erreichbar, so beispielsweise die Studie über Risiken der Atomtransporte. Der Atomsperrgesetzentwurf der Grünen, über anderhalb Jahre nach Beginn der Legislaturperiode eingebracht, beschreibt die juristisch gefaßten Zielvorstellungen vieler Atomgegnerinnen. In seiner Kraft allerdings bleibt der Entwurf weit hinter dem konkreten Widerstand "vor Ort" zurück, es geht eben nicht nur um "Gesetze".

Die Grüne Behandlung weitergehender Bewegungen - SIE sind die Machtdelegiertinnen, SIE nutzen die Medien intensiv und ohne Gewissensbisse, SIE sind etabliert - scheint mir die Grünen Ideologie - und Philosophiekonglomerate treffend zu kennzeichnen. Der Landesverband Niedersachsen formuliert die Grüne Beziehung zur Anto-Atombewegung dann auch wie folgt: "Unbestreitbar führt die Existenz einer Partei, die die Probleme erkannt hat, die auch was dagegen tut, bei vielen Menschen zu einem neuerlichen Denken 'Die werden das schon machen'." (12)

Sitzt frau im Parlament wird der Preis in der Konsequenz zu zahlen sein. Und dieser Preis wird spätestens, allerspätestens dann zu hoch sein, wenn die Kooperation mit den Sozialdemokraten gesucht werden wird. Die Resolution der Bundeskonferenz der Anti-Atombewegung hat die Notwendigkeit einer kritischen Beobachtung der Grünen Parlamentspartei vorgeschlagen; das Maß können nicht taktische Zeitentscheidungen sein. Und da ist es sehr wichtig zu wissen, daß im Grünen Streit um Wählerinnen, Fraktionierungen und Bewegungen Hessen nur als Nebelbombe zu begreifen ist, eine von vielen in der jungen Geschichte der Grünen.

Literatur

1) Joschka Fischer, "Spiegel" 9/84
2) "atom", Januar/Februar 85, darin: "Dachlatte oder Brennstab"
3) Fischer, "Spiegel" 9/84
4) Fritz Storim, Bundeskonferenz - Reader
5) FR vom 7. und 8.12.84 und die Materialien zum 1. Landespolitischen Forum der Grünen Nds
6) Fischer, "Spiegel" 9/84
7) Dokumentation der Grünen Niedersachsen "Auswirkungen des Wasserwerfereinsatzes", Juni 84
8) Materialien zum 1. Landespolitischen Forum der Grünen Nds
9) "Machtfaktor oder Machtphantasie", Ebermann und Trampert, GAL - Rundbrief 3/84
10) Dezember, "TAZ"
11) Wolfgang Daniels, Bundeskonferenz - Reader
12) ebda.

Beobachten -

Das Komitee gegen die Bombenzüge macht "Inventur": zwei Jahre Widerstand gegen die US-Munitionstransporte, zwei größere erfolgreiche Blockaden und mehrere antimilitaristische Spaziergänge in der Wesermarsch. Obwohl der Bombenzug schon seit 1946 ab Nordenham über Bremen-Hannover Richtung Frankfurt rollt, hat sich der Widerstand hier erst nach erfolgreichen Blockaden in Holland entwickelt. Diese schrittweise Entwicklung läßt sich grob skizzieren': aus "Bürgerinnen beobachten die Bombenzüge" wurde "Beobachten-Begrüßen-Blockieren" bis zur Juni und Dezemberblockade '84".

Es galt und gilt die NATO-Politik an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen - am Nachschub. Hier offenbart sich die gesamte Kriegspolitik, ihre Verflechtung in den Zivilbereich und die Rolle der BRD. Diese Republik als vorgeschobener US-Brückenkopf, das bereitstellen der gesamten Infrastruktur, der Bundesbahn, den Straßen, den Flughäfen, das weiterliefern der Munition sowohl über die Startbahn-West, als auch über Nordenham an die Militärdiktatur in der Türkei oder für den Völkermord im Libanon. Der Widerstand gegen die Bombenzüge ist daher antimilitaristisch und antiimperialistisch. Durch die Aktionen und die praktische Umsetzung unseres Widerstand dokumentieren wir auch ein schrittweises Aufkündigen gegenüber der Staatsloyalität.

Das war für viele Gruppen in der BRD ein Grund sich an einen bundesweitem Widerstand gegen die Munitionszüge anzuschließen. Doch scheiterte dieser Versuch: technisch war es unmöglich eine bundesweite Beobachtungsgruppe aufzubauen, um sich rechtzeitig zu informieren. Zweitens hat es politische Differenzen unter den autonomen/antiimperialistischen Gruppen gegeben, u.a. wegen der breiteren Bündnispolitik des bremer KGB-s.

Das technische Problem hatte sich bei den Munitionstransporten per Binnenschiff gar nicht so gestellt. Die Schiffe der Rhenania-Reederei, die chemische Kampfstoffe transportierten, konnten mit dem Fahrrrad begleitet werden. U.a. durch AKtionen in Oldenburg, in Köln und anderswo wurde dieser Transportweg zu unsicher. Seit September '83 fahren keine Binnenschiffe mit Munition durch die BRD.

In der Auseinandersetzung um den "heißen Herbst '83" versuchten wir den Zusammenhang Nordenham (als Munitionsumschlaghafen) Bremerhafen, wo die militärischen Geräte und Waffen anlanden und der übrigen Bremer Militärregion aufzuzeigen. Während dieser Auseinandersetzungen stellten wir zwei wesentliche Forderungen auf: weg von der Raketenfixierung, hin zu dezentralen altäglichem Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung. Und: weg von Massenunterschriften sammeln und Großdemos - hin zur "Radikalisierung der Friedensbewegung", hin zu öffentlich sichtbarem Widerstand.

Blockaden waren zum "Bewegungstrend" geworden. Schnell kam die Kritik auf, sich nicht aufrecht aber steif vor den Kasernen preiszugeben. Zu der Zeit hatte die sogenannte Gewaltfreiheit Einzug gehalten: Meinungsmacher und Politiker erkannten die Möglichkeit die Bewegung zu spalten. Wir suchten also nach einem Konzept, in dem wir uns nicht durch das Festlegen auf bestimmte Widerstandsformen weder praktisch noch politisch noch moralisch reduzieren (lassen).

Durch die Wendlandblockade im Frühjahr '84 angeregt, überlegten wir uns die "flexible Blockade", die wir bei der Juni-Bombenzugsblockade ausprobliert haben. Wir haben uns entlang der eingleisigen Strecke zwischen Nordenham und Hude in viele kleine Gruppen aufgeteilt, so daß die Polizei gezwungen war 42 km Bahnstrecke zu kontrollieren. Wo-wie-wann die Gruppen an den Schienen auftauchten, war also nicht vorhersehbar. So konnten zum ersten Mal die Züge mehrmals gestoppt werden. Bei der Dezemberblockade war es dann schon selbstvertändlich, daß die Gruppen sich unabhängig voneinander auf die Blockade vorbereitet hatten. Lästige fast schon bürokratische Bezugsgruppensprecherinnentreffen waren nicht mehr nötig.

Mit dem flexiblen Blockademodell haben wir zunächst eine ziemlich brauchbare Tugend aus der Not - nämlich ständig vereinzelt und eingemacht zu werden - gemacht. Unterschiedliche Gruppen mit vielfältigen Ideen können sich an der Aktion beteiligen, ohne daß "revolutionsmoralische" Bewertungen gegeneinander ausgespielt werden müssen. Dadurch gab und gibt es manchmal die Möglichkeit den starren hierarchischen Staatsapparat zu "linken", d.h. die Effektivität der Widerstandsform ist gestiegen. Diese Aktionsform läßt uns den Spielraum bei der Gradwanderung zwischen praktischem Widerstand und Öffentlichkeitswirksamkeit. Einerseits so effektiv wie möglich Sand im Getriebe zu sein, andererseits der Gegenseite es so schwer wie möglich machen, uns politisch zu isolieren.

Die breitere Bündnispolitik des KGB's und die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Wesermarsch und den oldenburger Gruppen haben mit dazu beigetragen, daß die Wesermarschbevölkerung uns mit Sympathie entgegentritt. Die lokalen Zeitungen haben ausgiebig über unsere Aktionen berichtet. Das Klima ist überhaupt nicht mit dem in der Hildesheimer Börde während der Störmanöver zu vergleichen. Die bisherigen Aktionen hatten allerdings eine Reihe von Festnahmen zur Folge. Wir rechnen innerhalb der nächsten Monate mit einer Prozeßwelle, wobei die Verfahren sich nicht nur auf "einfache Nötigung" beziehen, sondern auf den § 315: "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr.

Begrüßen - Blockieren

Spaziergänge 1985

Auch für 1985 steht fest, daß etwa jeden Monat ein US-Munitionsfrachter in Nordenham anlegen wird. Dann werden für knapp eine Woche mehrere Züge mit Granaten, Bomben, Sprengköpfen und ähnlichem beladen - darunter hin und wieder auch 'mal etwas atomares oder chemisches.
Solange es diese Regelmäßigkeit gibt, werden wir uns vom KgB zusammen mit Oldenburgerinnen und Wesermarschfreundinnen schwer genötigt fühlen, dagegen genauso regelmäßig Spaziergänge zu veranstalten, mit viel Phantasie, Kreativität und Öffentlichkeitsarbeit. Diese stattfindenden Spaziergänge können im Wesentlichen nur von den Initiativen des hiesigen Raumes getragen werden. Trotzdem geben wir Ankunft und Ort/Termin z.B. in der TAZ bekannt, in der Hoffnung, daß doch einige von 'auswärts' dazustoßen. Daß dabei zuletzt auch zunehmend ortsansässige Menschen daran teilnahmen, bestärkt uns nur, auch in Zukunft am allmonatlichen zwanglosen Bahndammpromenieren festzuhalten.

Kreise ziehen, Anti-Kriegsmenschen und -Gruppen auch außerhalb der Unterweserregion wollen wir motivieren sich daran zu beteiligen
Dafür gibt es mehrere Gründe:
1. Bringen Großaktionen vielfach mehr Beachtung in der Öffentlichkeit, besonders in der Region aber auch außerhalb der Wesermarsch;
2. liegt uns daran, den bisherigen Aktionsschwerpunkt von nur der Wesermarsch in die Städte Oldenburg und Bremen auszudehnen;
3. wollen wir nicht zu einer regional begrenzten Bewegung werden, sondern eingebettet in einer Anti-Kriegs-Bewegung auch überregional arbeiten;
4. möchten wir, daß Funkten überspringen in südlichere Teile der Republik, am Bombenzugthema zu arbeiten, denn es kann nicht angehen, daß ab Oldenburg/Bremen diese Transporte unbeachtet und unbeschadet durchs Land rollen;
5. schließlich gibt es im Augenblick keine alternative ausschließlich Anti-Kriegs-Aktionsplanung für dieses Jahr, so daß unsere Idee ein konkreter Vorschlag dafür darstellt.

Fotos: J.Pagel

Fotos: J.Pagel

Es gibt Jahrestage zu würdigen im Mai

Gerne hätten wir den 6. Mai als Auftaktdatum der Aktion gewählt, aber leider kommt das Military-Sea-Lift-Command in der Bremerhavener Carl-Schurz-Kaserne (dem Koordinator des Militärfrachtverkehrs USA-Europa) unserer Bitte nicht nach, gerade dann einen Munitionsfrachter anlegen zu lassen. Bekanntlich ist für uns Bremer dieses Datum etwas besonderes, denn ab 6. Mai 1980 wurde nicht nur erfolgreich eine provozierende Rekrutenvereidigung im Weserstadion unmöglich gemacht von uns, sondern es war damit auch der Auftakt der heute noch lebendigen Krieg-Dem-Krieg Bewegung hier
Außerdem ist an dem Tag die NATO-Mitgliedschaft der BRD genau 30 Jahre und ein Tag alt geworden, was ein Grundmehr wäre fürs KgB, entsprechend 'mitzufeiern'. Dieses werden wir dann im Juni nachholen. Stattdessen entschlossen wir uns, an den Aktivitäten teilzunehmen, die zum Welt-Wirtschaftsgipfel in Bonn von der Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Bewegung initiiert wurden.
Spendenkonto: Bombenzüge; KUGKL; Sparkasse Bremen; Ktn. 1038736

Gründe für die Juniblockade 1985

Breite Beteiligung erhoffen wir uns von der geplanten Großaktion im Sommer. Der Schwerpunkt unserer Kampagne wird die Mobilisierung zur Bombenzugblockade, voraussichtlich wieder im Juni, sein. Grundlage des Aktionsrahmens dafür wird das bewährte flexible Kleingruppenkonzept sein, daß verschiedene Aktionsmöglichkeiten an unterschiedlichen Punkten ermöglicht, und Unberechenbarkeit für die Gegenseite bedeutet (s.o.). Mit dieser anvisierten Großblockade wollen wir weitere

MBB entwickelt Polizeiwaffe mit Eigenantrieb

Die Zimmermann - Orgel

Es ist still geworden um jene Gummigeschosse, die im Raketenstationierungsjahr 1983 Schlagzeilen machten. Doch hinter den Kulissen, in den Instituten und Produktionsstätten für Innere Sicherheit, wird das Projekt weiterbetrieben. Vorläufiges, Ergebnis: ein Entwicklungsauftrag an Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), eine »Distanzwaffe« mit Raketenantrieb zu entwickeln · in Fachkreisen mittlerweile »Zimmermann-Orgel« genannt.

Seit mehr als zwölf Jahren untersuchen verschiedene Kommissionen und Ausschüsse der Innenministerkonferenz (IMK), der Polizeiführungsakademie und staatlicher Institute technische Errungenschaften für bundesdeutsche Bereitschaftspolizeien und den Bundesgrenzschutz. Nach und nach ist praktisch alles modernisiert worden, was Polizeibeamte für die Aufrechterhaltung der Ordnung am Körper tragen: Helme, Jacken, Schienbein-, Sack-und Armschützer, aber auch Schilde und verschiedene Waffen, im Gesetz »Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs« genannt.
Diese »humanen« Waffen haben die Funktion, bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols die Überlegenheit der Polizei zu sichern. Sie sollen abschrecken und Widerstandshandlungen brechen, aber möglichst nicht tödlich wirken.
Das vorhandene Arsenal zeugt von deutschem Perfektionsgeist: Die Distanz von 0 bis 120 Meter ist vollständig - zum Teil überlappend - abgedeckt:

- Der Schlagstock aus Hartgummi oder Eschenholz verlängert den Beamtenarm auf zwei Meter. Ein bereits 1981 entwickelter Kunststoffschlagstock wird in den nächsten Jahren die alten Modelle ablösen.
- Die Chemische Keule trifft noch auf sieben Meter.
- Hunde erweitern den Einsatzraum auf fünf bis zwölf Meter, sofern sie angeleint bleiben.
- Der Wirkkreis des Pepper-fog-Verneblers und des TRGG (Tragbares Reizstoffgerät, die chemische Riesenkeule) liegt bei 20 Meter.
- Kampfgas-Wurfkörper decken eine Distanz bis 40 Meter ab.
- Hochdruckwasserwerfer erzielen Reichweiten von 65 Metern und
- abschießbare CN/CS-Petarden landen bei maximal 120 Metern.

Seit dem im Mai 1980 zum Auftakt der Friedensbewegung 300 Militante die Rekrutenvereidigung mit Karl Carstens im Bremer Weserstadion arg in Bedrängnis brachten, geisterte ein weiteres »polizeitypisches Einsatzmittel« durch die Fachpresse: Gummigeschosse, konzipiert mit der Absicht, werfende »Störer« an der 40-60 Meter Marke gezielt vertreiben oder zur Strecken bringen zu können.

Blutige Spuren von Belfast bis Kapstadt

Die International gebräuchlichen Vorläufer- und Vergleichsmodelle - zumeist aus angelsächsischer Produktion - zeigten auch im vergangenen Jahr blutige, häufig tödliche Auswirkungen.

Im britisch besetzten Nordirland starben durch Gummi- und Plastikgeschosse seit 1972 insgesamt 15 Menschen, davon sieben Kinder unter 16 Jahren. Das vorläufig letzte Opfer war im August 1984 der 22jährige Sean Downes. Er wurde bei einem Überfall nordirischer Polizeieinheiten auf einer Versammlung vor dem Belfaster SINN-FEIN-Hauptquartier aus zwei Meter Entfernung von einem Plastikgeschoß getroffen und starb wenige Minuten später an einem Herzbeutelriß.
In Südafrika kommen neben scharfen Schußwaffen des Militärs und den üblichen Polizeiwaffen auch Schrotpatronen (sog. Vogelschrot) sowie Gummigeschosse zum Einsatz. Ein 14jähriger Schwarzer starb im Oktober '84 an den Folgen dieser im englischen Expertenjargon »low-lethal« (gering tödlich) genannten Waffe.
Auch in Chile gehören Gummigeschosse zum Arsenal der Polizeitruppen in Barrikadenkämpfen und bei den Nationalen Protesttagen.
In Europa verfügen neben der britischen Polizei nur ihre schweizer und spanischen Kollegen über Gummigeschosse. In Zürich kosteten Gummischrote im Verlauf der Jugendunruhen in sieben Fällen den teilweisen oder vollständigen Verlust eines Augenlichtes; und im Baskenland ballert die Guardia Civil seit Francos Zeiten mit Gummigeschossen um sich, kürzlich erst wieder bei der Erstürmung der besetzten Werft 'Euzkalduna' in Bilbao.

Kurz zuvor schlugen iranische Wachmannschaften einen Aufruhr irakischer Kriegsgefangener nieder. Eingesetzt wurden dabei auch Plastikgeschosse, die noch zu Schah-Zeiten aus Großbritanien an das damalige Regime geliefert worden waren. Das Internationale Komittee vom Roten Kreuz (IKRK) durchbrach anläßlich dieses Vorfalls seine ansonsten in offiziellen Verlautbarungen sorgsam gepflegte Zurückhaltung und mußte sich prompt von der Revolutionsregierung der Ajatollahs der »iranfeindlichen Propaganda« bezichtigen lassen.

Gesetze der Ballistik wiederentdeckt

Bundesdeutscher Innovationsdrang führte im Auftrag der Innenministerkonferenz zu zwei Prototypen. Im Herbst 1982 stellte die schwäbische Waffenfirma Heckler & Koch die MZP 1 - Mehrzweckpistole 1 - mit zwei verschiedenen Munitionsarten vor: eine Schrotpatrone mit 16 viertelkreisförmigen, augengroßen Hartgummisegmenten und ein aufklappbares Kompaktgeschoß, Durchmesser 24 Zentimeter, ebenfalls aus Hartgumme und ganze 180 Gramm schwer. Technische Experten der Polizei sahen die MZP 1 als geeignet an, »eine logistische Bereinigung des Bestandes an Einsatzmitteln« zu ermöglichen, weil mit ihr nicht nur Gummigeschosse, sondern auch Kampfgaspatronen, Nebelkörper, Leuchtspur- und Markierungsmunition im Steilschuß bis 350 Meter weit verschossen werden können. Die Gummimunition jedoch erhielt eine negative Beurteilung der Sicherheitsfachleute: Die Schrotladungen hatten bereits auf 25 Meter Entfernung einen Streukreis von 3 Metern, lassen also ein gezieltes Vorgehen gegen Einzelpersonen nicht zu, und die Wuchtgeschosse klappten bei Testvorführungen häufig nicht auf, sondern trafen stattdessen mit kleiner Oberfläche so kräftig auf wie die tödlichen PVC-Projektile der Briten.

Die IMK kam daraufhin im August 1983 zu dem Ergebnis, die Polizei könne mögliche Eskalationen im « Heißen Herbst » auch mit dem vorhandenen Arsenal im Griff halten. Die Mehrheit der christdemokratischen Innenminister hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Polizeieinheiten bereits mit CS ausgerüstet, falls die Anti-Raketenbewegung unerwartet doch aus dem Ruder laufen sollte. Von Seiten der Friedensbewegung war zudem Protest laut geworden gegen die Absicht, die in einem Polizeimagazin auch « Lücke im Mittelstreckenbereich polizeityptischer Einsatzmittel » genannte Aufrüstungsbegierde mit Gummigeschossen zu befriedigen. Polizeipraktiker und sozialdemokratische Ordnungspolitiker konnten sich gegen ihre christdemokratischen Kollegen mit der Argumentationslinie durchsetzen, die Einführung von Gummigeschossen gefährde nur unnötig die staatliche Gewaltvermeidungsstrategie gegenüber den Aufrüstungsprotesten.

Ein erneuter Untersuchungsauftrag rettete den Konsens: das Frankfurter Batelle-Institut hatte sich bereits Mitte der siebziger Jahre mit Forschungen über die Wirkung verschiedener Kampfstoffe in geschlossenen Räumen empfohlen und erhielt deshalb den Auftrag, die physikalischen Grundlagen für eine geeignete Polizeiwaffe wiederzuentdecken. Drei Bedingungen galt es zu erfüllen: auf eine Entfernung von 60 Metern soll das Geschoß eine gleichbleibende Geschwindigkeit und damit auch konstante Auftreffwucht entwickeln, es soll zielgenau treffen, und es soll umwerfen aber nicht ernstfaft verletzen dürfen.

Das Institut kam demzufolge zu dem Ergebnis, nur ein Geschoß mit Eigenantrieb könne diese polizeitaktisch-politisch motivierten Vorgaben mit den Gesetzen der Ballistik in Übereinstimmung bringen. Selbst das Organ der Gewerkschaft der Polizei, «Deutsche Polizei»(4/84), konnte sich den ironischen Kommentar nicht verkneifen, «rein theoretisch» sei «diese technische Lösungsmöglichkeit einleuchtend». In Insiderkreisen haben Spaßvögel den nur noch mit ideologischen Sachzwängen begründbaren Projekt deshalb auch den Namen «Zimmermann-Orgel» verpaßt.

Die IMK ließ dennoch nicht locker. Sie beauftragte im Juni 84 die Münchner Waffenschmiede Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), die theoretischen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Entwickelt wird nun ein «Wirkkörper mit Eigenantrieb» der sich beim Auftreffen zerlegt und wahlweise CN oder CS freigibt. Ein zweiter Auftrag lautet, ein «großformatiges Weichgeschoß» zu konstruieren, das sich erst an der Getroffenen aufklappt. Beide Projektile sollen ein Zurückwerfen ausschließen, denn immer häufiger klagen Polizeieinheiten über erfahrene Demonstrantinnen, die CN-Wurfkörper postwendend an die Ordnungshüter zurückbefördern. US-amerikanische Kampfgas-Behäler mit einer Ummantelung aus Gummi und mehreren Ausströmdüsen haben dieses Problem zwar längst gelöst, weil sie laut Herstellerwerbung «froschähnlich» in der Gegend umherspringen, aber auch im Bereich der inneren Sicherheit gilt, daß sich nationale Konzerne gern mit absurden Produktaufträgen subventionieren lassen. Aus Firmenkreisen ist unterdessen zu vernehmen, daß die Konstruktion des raketenähnlichen Antriebs einige technische Schwierigkeiten bereitet.

Fliegende Bullen?

Eine einfache Lösungsmöglichkeit drängt sich auf: «Weiches Material? Gleichbleibende Geschwindigkeit? Großes Format? Umwerfende, aber nicht verletzende Wirkung? - Da können wir doch gleich den Beamten einen NASA-Düsenkoffer auf den Rücken schnallen und sie in die Demonstration fliegen lassen», zitiert die Zeitschrift KONKRET in ihrer Februar-Ausgabe einen namentlich nicht genannten höheren Polizeibeamten.

Schon optisch hätten diese Flugkörper gewiß einen umwerfenden Erfolg.'

Redaktion Straßenmedizin
Mitteilungsblatt der Sanitäterinnengruppen

Entgegnung zu »Radioaktivität und Waldsterben«

In der letzten Ausgabe (Nr. 42, Seite 63-66) haben wir einen zusammenfassenden Artikel zum Thema "Radioaktivität und Waldsterben abgedruckt. Wesentliches Ergebnis dieses Artikels war die Aussage, daß durch die radioaktiven Stoffe aus laufenden Atomanlagen das Waldsterben beschleunigt wird und ein eindeutiger Wirkungszusammenhang zwischen verstärkter Radioaktivität in der nähe von Atomanlagen und verstärkt auftretendem Waldsterben festzustellen ist. Die qualitativen Zusammenhänge bezogen sich auf Untersuchungen und Forschungen mehrerer Wissenschaftlerinnen, die quantitativen Untersuchungen über Waldschäden in der Umgebung von Atomanlagen im wesentlichen auf Schadenskartierungen von Prof. Reichelt vom Bund von Natur und Umweltschutz.

Aufgrund dieses Artikels in der letzten Atom erreichte uns ein Leserbrief, der vor übereilten Schlüssen bezüglich des Wirkungszusammenhanges Radioaktivität und Waldsterben warnte und uns riet, uns mit Dieter Teufel vom Institut für Energie und Umweltforschung in Heidelberg (ein bekanntes Institut, daß schon oft Gutachten für Bürgerinitiativen, Verbände, Parteien und Einzelpersonen angefertigt hat und klageführende Gemeinden vor Gericht in Fragen der Atomernergie unterstützt und beraten hat) in Verbindung zu setzen. Das haben wir getan, unserem Wunsch, einen Artikel für die nächste Nummer zu schreiben, konnte Dieter Teufel aus zeitgründen leider nicht nachkommen. Nach einem längeren Telefongespräch und der Durchsicht eines vom IFEU gefertigten Gutachten läßt sich aber so viel sagen:

- das IFEU bestätigt den qualitativen Zusammenhang, den Radioaktivität auf das Waldsterben haben kann und bestätigt damit die in unserem Artikel gemachten Aussagen dazu.
- in Bezug auf die quantiativen Konsequenzen kommt das IFEU allerdings zu dem eindeutigen Schluß, daß die Gesamtradioaktive Belastung keinen nennenswerten Beitrag zur Gesamtstreßbelastung des Waldes leisten kann und ein nennenswerter Beitrag zur chemischen Reaktion bezüglich der Bildung saurern Regens gänzlich auszuschließen ist.
- der Anteil der künstlichen Radioaktivität, also aus Atomanlagen z.B. liegt noch um mehrere Zehnerpotenzen unter der ohnehin fast zu vernachlässigenden Wirkung der Gesamtradioaktivität in Hinsicht auf das Waldsterben.

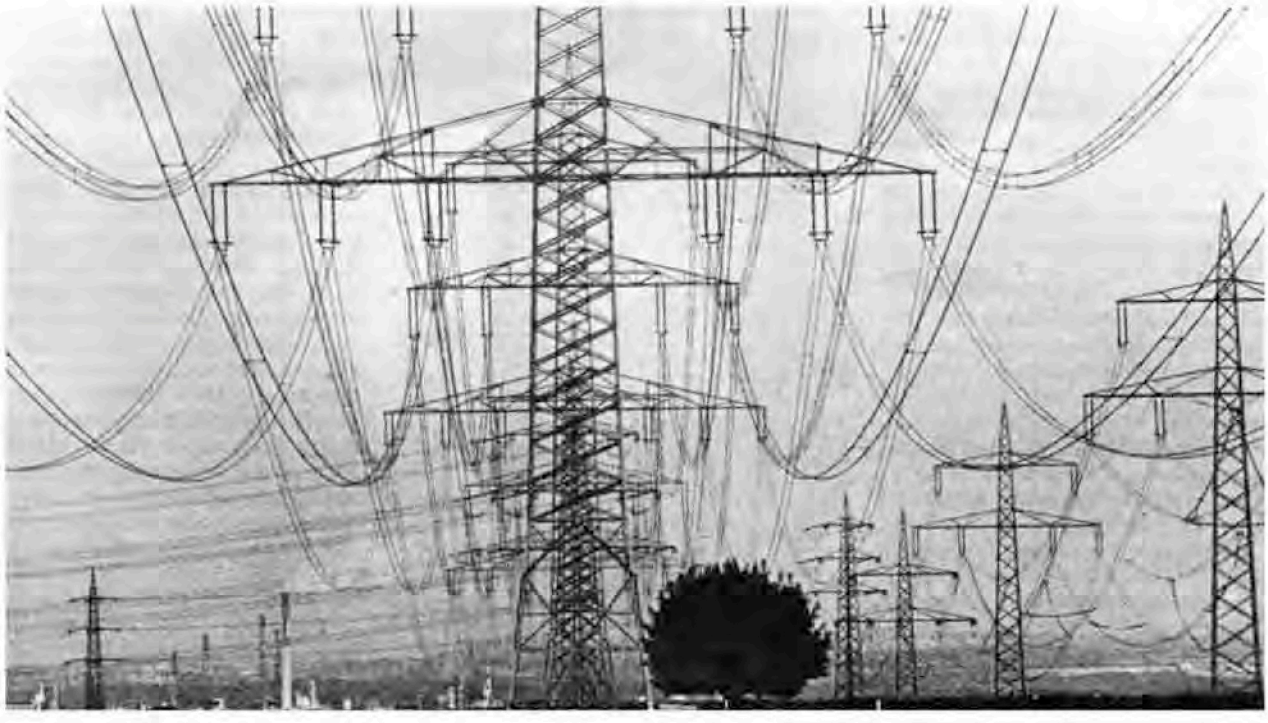
Dieter Teufel vom IFEU spricht in diesem Zusammenhang von einem mehr psychologischen Phänomen in der Naturschützerinnenbewegung und einer unerschütterlichen Neigung, bestehende qualitative Zusammenhänge mit quantitativem Zahlenmaterial auszufüllen und unter dieser uneingestandenen Zielvorgabe durchaus richtige empirische Erkenntnisse (wie z.B. Schadenskarten in der Umgebung von Atomanlagen und dem feststellen stark zunehmender radioaktiver Stoffe in den Jahresringen der Bäume bei vermindertem Wachstum) in einer Form zu deuten, die wissenschaftlich nicht zu halten sei..

Im Auftrag des WSL (Weltbund zum Schutz des Lebens) hat das IFEU bereits 1983 eine Untersuchung "Waldsterben, natürliche und künstliche Radioaktivität" am Beispiel der Wirkung radioaktiver Edelgase angefertigt, die zu eben diesen Schlüssen kommt. Eine fast identische Untersuchung könnte das IFEU nach Worten von Dieter Teufel über den Zusammenhang von Tritium und C 14 und dem Waldsterben erstellen. Auch hier dürfte nach Ansicht der IFEU Leute ein quantitativer Zusammenhang auszuschließen sein.

Das dennoch immer wieder gegenteilige Untersuchungen und Behauptungen verbreitet werden - unter anderem auch durch uns - führt Dieter Teufel auf die schon erwähnten psychologischen Phänomene zurück, krass gesagt, der Sehnsucht von Atomkraftgegnerinnen nach einem negativen Einfluß der Radioaktivität aus Atomanlagen auf das Waldsterben.

Wir können an dieser unmöglich feststellen, das die IFEU-Leute "wissenschaftlich" genaue und haltbare Erkenntnisse liefern und andere Wissenschaftler ihrer Psychologie erlegen sind. Nichts desto trotz spricht einiges für die Aussagen der IFEU-Leute und wir möchten an dieser Stelle alle AKW-Gegnerinnen auffordern, sich die Frage kritisch und unvoreingenommen zu stellen und an der weiteren Klärung mitzuwirken.

Die Untersuchung des IFEU kann bestellt werden bei IFEU, Im Sand 5, 69 Heidelberg.



WWG-Konferenz geplatzt

++ göttingen ++ stop ++ 9.2.85 ++ stop ++ presseerklä rung ++ stop ++ bundesweite konferenz gegen weltwirts chaftsgipfel ohne aktionsbeschlüsse zu ende gegangen ++ stop ++ 350 vetreterinnen aus dem autonomen unabhä ngigen und grünalternativen spektrum konnten sich nac h mehrstündiger hitziger debatte nicht über gemeinsam e aktion am 4.mai einigen ++ stop ++ bufantrag für ge naue festlegung von demonstrationsort münsterplatz bo nn in nähe regierungsviertel ++ gegenantrag aus götti ngen für allgemeine beschluß für großaktion gegen wel twirtschaftsgipfel und späterer genauer festlegung vo n demoplatz und route wenn genaueres über gipfelablau f bekannt ist ++ stop ++ kompromißantrag auf vorläufi ge festlegung mit vorbehalt einer weiteren aktionskon ferenz ende märz abgelehnt ++ stop ++ mißtrauen und m angelnde kompromißfähigkeit verhinderten mögliche ein igung ++ stop ++ politisch nicht zu rechtfertigender rückschlag der bewegung gegen den weltwirtschaftsgip fel ++ stop ++ bereits beschlossenes konzept für kong reß und tribunal durch auseinanderbrechen an der akti onsfrage ebenfalls gefährdet ++ stop ++ weitere entwi cklung unklar ++ stopp ++ nächstes treffen wahrschein lich 2./3.3. ++ weitere informationen über die bekannten kontaktstellen ++ stop ++ stop ++ stop

Aktionen und Kampagnen zur

Atomwaffensperrvertrag - Überprüfungskonferenz

Ab 2.9.85 wird in Genf die mehrwöchige 3. Überprüfungskonferenz der Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrags stattfinden. Um diese Konferenz in die öffentliche Diskussion zu rücken ist von Seiten der Anti-AKW-, Friedens- und 3.-Welt-Bewegung geplant, sie mit Informationskampagnen und Aktionen zu begleiten. Dazu haben bislang zwei Arbeitstreffen stattgefunden, ein internationales in Brüssel am 10/11.1 und ein bundesweites in Bonn am 20.1. Auf dem Brüsseler Treffen, daß von WISE (World Information Service of Energy) und der grün-alternativen Allianz (GRA EL) im Europaparlament organisiert war, waren ca. 60 Teilnehmerinnen aus Belgien, den Niederlanden, Spanien, England, USA, Dänemark, Schweiz, Schweden, Frankreich und der BRD vertreten, darunter bedeutende Organisationen, die sich mit Proliferationsfragen beschäftigen, wie Greenpeace, Friends of earth, European Proliferation Information Centre (London), Nuclear Control Institute (USA), Groupe de Bellervie (Schweiz) und WISE. Dieses Treffen diente wesentlich dem Ziel, die Überlegungen der verschiedenen Verbände und Gruppen bezüglich der Genfer Konferenz auf internationaler Ebene auszutauschen und aufeinander abzustimmen.

Das Bonner Treffen war durch die 3. Welt-Soli-Bewegung dominiert, versammelt hatte sich ferner eine bunte Mischung aus Öko-Instituten, BBU, Grünen, Greenpeace, die Mitarbeiterin von MdB Catenhusen, die Friedensbewegung war durch einen Vertreter der DFG-VK Berlin und die Anti-AKW-Bewegung durch die Atommmüllzeitung repräsentiert. Ziel der Zusammenkunft war die Vorbereitung eines Tribunals, daß die Haltung und die Vergehen der Bundesregierung gegen den Geist des Atomwaffensperrvertrag (NPT) untersuchen und anklagen soll.

Abrüstung und Austausch von Nukleartechnologie – die Widersprüche sind im NPT angelegt

Der NPT, dem bisher 120 Länder beigetreten sind, ist das wohl bedeutsamste multilaterale Abrüstungsabkommen der Welt. Darin haben sich die Atomwaffen- und die Nichtatomwaffenstaaten verpflichtet, alles zu unterlassen, was die Zahl der bestehenden Atomwaffenmächte erhöhen könnte (Art. I und II). Als Gegenleistung haben sich die USA, SU und GB verpflichtet, glaubwürdige Anstrengungen zum Abbau und schließlich zur Beseitigung ihrer Atomarsenale zu machen (Art.V I).

1980 – anläßlich der 2. NPT-Überprüfungskonferenz in Genf , hagelte es Proteste wegen des offenkundigen Verstosses der Nuklearmächte gegen Art. VI; ein gemeinsames Schlußdokument kam nicht zustande. Die „Nach"rüstung und der US-Beschluß, bis 1992 17.000 neue Atomsprengköpfe zu installieren, dürfte 1985 den Streit in Genf über Artikel VI bis hin zu möglichen Austritten aus dem NPT eskalieren. Von Bedeutung ist ebenfalls der (seinerzeit auf besonderes BRD Betreiben) aufgenommene Art. IV, Abs. 2, in dem sich sich die Vertragsparteien verpflichten, den „weitestmöglichen" Austausch von Nuklearmaterial und Know-How in alle Welt zu „erleichtern". Da sich bekanntlich zivile und militärische Atomtechnik nicht eindeutig voneinander trennen läßt, steht Artikel IV tendenziell im Widerspruch zu Art. I und II des NPT.

Einschätzung des NPT

Der in Brüssel entwickelte Konsens zum NPT und zur Genfer Konferenz wurde vom Bonner Treffen übernommen. Konsens bestand in folgenden Punkten:

1. Der NPT enthält Widersprüche und Inkonsequenzen, die nicht ignoriert werden können. Dies gilt u.a. für Artikel IV (mit der nicht zu akzeptierenden Verpflichtung, die Atomenergie zu fördern) und die völlig unzulänglichen Kontrollmöglichkeiten. Der NPT schürt somit die Illusion einer möglichen Abgrenzbarkeit von ziviler und militärischer Atomtechnik und verhilft der Atomenergie zu mehr Akzeptanz.
2. Trotz seiner zu benennenden Schwäche sollte der NPT nicht schlicht verdammt sondern als Instrument im Kampf für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen und als Ansatzpunkt zur Aufklärung über den Doppelcharakter der Atomenergie genutzt werden.

Anklage gegen die BRD

Weitgehend einig waren sich die Bonner Teilnehmerinnen, daß die Bestrebungen der Bundesregierung zur (Mit)Verfügung über Atomwaffen durch

1. die Forcierung einer europäischen Atomstreitmacht unter Mitwirkung der BRD
2. durch Zusammenarbeit/Exporte im Bereich der Atomtechnologie mit potentiellen und heutigen Atomwaffenstaaten
3. durch Aufbau einer eigenen, möglichst unkontrollierten Plutoniumwirtschaft

einer breiten Öffentlichkeit transparent gemacht werden müssen, um auf diese Weise weitergehend politischen Druck auszuüben.

Als vorläufige Struktur des Tribunals wurde festgelegt:

1. Allgemeine Informationen zum NPT in Kurzreferaten
2. Abrüstung (Bedeutung der Nachrüstung für die politischen Bestrebungen der BRD, europ. Atomstreitmacht) und in diesem Zusammenhang Atomteststop
3. Exporte von Atomtechnolgie
4. Sensitive Technologie in der BRD (Verwendung von angereichertem Uran, Pu etc.)

Zum nächsten Treffen wird ein Aufrufvorschlag erarbeitet, der einem möglichst breiten Kreis von Gruppen ermöglicht mitzuarbeiten. Gewisse Unstimmigkeiten gab es bei der Einschätzung der „zivilen" Atomtechnologie (generelle Ablehnung oder nicht), in diesem Punkt wird es jedoch keinen Kompromiß geben.

Als Ort des Tribunals wurde Bonn oder Frankfurt (wegen der Nähe zu den Hanauer Nuklearbetrieben) ausgeguckt. Entscheidend wird das nächste Vorbereitungstreffen sein, denn hier sollen der politische Träger- und Unterstützerkreis festgelegt werden, sowie die einzuladenden Referenten bestimmt werden.

Eine breitere Beteiligung der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung für diese bedeutendste Konferenz in diesem Jahr im Bereich der Abrüstung und zivil-militärischen Nutzung der Atomtechnoligie wäre wünschenswert.

Das nächste Treffen findet am 9. März um 11.00 Uhr in Bonn in den Räumen der „Jungen Europäischen Förderalisten", Berliner Platz 1, statt.

Informationsmaterial zur Brüsseler Konferenz kann bestellt werden bei: Wise Amsterdam , P.O. Box 5627, 10 07 AP Amsterdam, NL

Reader zur WWG-Konferenz

Für alle, die am 9.2. nicht zur Konferenz nach Göttingen kommen konnten, sich aber trotzdem für die Konferenzunterlagen, den Reader interessieren:
der Reader kann zum Preis von 2.50 DM incl.Porto über folgende Adresse bezogen werden:
Göttinger AK gegen Atomenergie
Postfach 1945
34 Göttingen (0551/7700158) oder
AGIL
Neues Rathaus
34 Göttingen (0551/4002085)

Letzte Meldung WWG:
Das nächste Vorbereitungstreffen für gemeinsame Aktionen am 4.Mai gegen den Weltwirtschaftsgipfel findet am 2./3.März in Bonn statt. Der genaue Ort und nähere Infos sind bei den oben genannten Kontaktstellen zu erfragen.

Unterdrückung, Hunger, Krieg

die Folgen imperialistischer Politik

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-4.Mai in Bonn

Im Zusammenhang mit Überlegungen, was wir gegen den im Mai stattfindenden Gipfel unternehmen können, haben wir diese Broschüre zusammengestellt. Wir hoffen, daß sie vielen bei inhaltlichen Diskussionen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen ist.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- **Schuldenlast**
- **Krise des Neo-Kolonialismus**
- **Nord-Süd Dialog?**
- **Atom Exporte**
- **Hunger und Unterdrückung**
- **Bevölkerungspolitik**
- **Die Rolle der Pharmakonzerne**
- **Agrobusiness**
- **Internationale Organisationen**
- **Chronik der Weltw.-Gipfel**
- **Die Bedeutung der Gipfel**

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Antimil-Kommission KB Göttingen
76 Seiten A 4, Preis: 5.-DM + Porto
für Wiederverkäufer 30% Rabatt

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945 in 34 Göttingen
oder Antimil-Kommission, c/o Buchladen Rote Str, Rotestr.10 in 34 Göttingen

»Riskier' doch mal 25.- Mark für ein atom-Abo!

Dann bist du akw-mäßig ein Jahr lang über alles bestens informiert!«

Die neue „atom" erscheint 2monatlich und hat einen Umfang von 64 Seiten. Ein **Abonnement** kostet 25 Mark für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemlaren 3,00 DM.

Bestellungen:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
Konto: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
Postscheckamt Hannover 148 99 - 308
und
Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Elke Rickert, Alte Dorfstraße 9, 3119 Eddelstorf.
Konto: „atommüllzeitung", Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt.
Postscheckamt Hamburg: 378 14 - 206

HIERMIT ABONNIERE/N ICH/WIR DIE „ATOM"

Name/Gruppe:.....

.....

Anschrift:.....

.....

Anzahl: .....Förder Abo: .....

Ausschneiden und an eine der Bestelladressen schicken!!!!!!!!!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016